

Wormitz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 5. August 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die sechsgehaltene Monats-
gabe über deren Raum 60 Wg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berichtigungs-Anzeigen 30 Wg.
„Kleine Anzeigen“, das heißt die
Wort 30 Wg. (zuletzt 2 Zeilenbreite
Wort), jedes weitere Wort 10 Wg.
Stellenangebote und Stellenanzeigen
das erste Wort 10 Wg., jedes
weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Bieteljährlich 3,30 RM., monatlich 1,10 RM.,
wöchentlich 25 Wg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Wg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Wg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
preisliste. Unter Streifenband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Zum Katholikentag.

I.

„Als im Frühjahr der Sturm von Westen den Volkset- und Diplomatenstaat mit all seinen stolzen Burgen und Wällen gleich Kartenhäusern über den Haufen warf, zugleich aber auch den ganzen Bestand der Gesellschaft bedrohte, da mußte es jedem einsichtsvollen Katholiken einleuchten, daß jetzt die Zeit gekommen sei, sich zu vereinigen und mit vereinter Kraft zu handeln, daß er jetzt gelte, die neuerrungenen Freiheiten der Versammlung und Vereinigung, der freien Rede und Presse mit Entschlossenheit in die Hand zu nehmen und sich ihrer zugunsten der Religion und der Kirche zu bedienen.“

So beginnt die Einleitung zu dem Protokoll des ersten Katholikentages, der vom 3. bis zum 6. Oktober 1848 in Mainz stattfand. Es klingt aus diesen Sätzen wie Genugtuung, wie Schadenfreude über die Niederlage, die der Staat durch die siegreiche Revolution erlitten hatte. Und die Kirche hatte Grund zu dieser Genugtuung. Die Säkularisation am Anfang des Jahrhunderts, die der Kirche in Deutschland den Verlust von mehr als 1700 Quadratmeilen weltlichen Besitzes mit 21 Millionen Einkünften gebracht hatte; das überhandnehmende Staatskirchentum mit seinen Schikanen und Eingriffen in die religiöse Bewegungsfreiheit; die Zurücksetzung der katholischen Bevölkerung in Ländern mit evangelischer Mehrheit; die vermeintliche Begünstigung des radikalen Christentumsfeindlichen Zeitgeistes durch die Bureaucratie — alles das hatte dazu gedient, die Kirche mit großer Sorge um ihr Dasein und ihre Zukunft zu erfüllen. Was wunder, wenn sie den Umschwung der Dinge in den Märztagen begrüßte, einmal weil sie den Staat mit seinem Bureaucratentum und Polizeiregiment, unter dem sie so viel gelitten hatte, am Boden sah, dann weil sich ihr Gelegenheit bot, sich der ins Wanken geratenen Gesellschaft als den Retter in der Not des Umsturzes anzubieten und bei dieser Gelegenheit möglichst viel Rechte und Freiheiten für sich herauszuschlagen.

Die Welt ist aus den Fugen — so hören wir es in den kirchlichen Versammlungen und Blättern des Revolutionsjahres. Staat, Militär und Bureaucratie haben sich als machtlos erwiesen, dem Verderben entgegenzuwirken, jetzt wird die Kirche ihre heilende, erziehende und erlösende Kraft beweisen, auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und sittlichem Gebiete. Zunächst galt es, dem Staat und der Gesellschaft die Macht der Kirche zu zeigen. Dazu war es erforderlich, die katholischen Massen zu organisieren, um den kirchlichen Abgeordneten in den Parlamenten einen Rückhalt für ihre Tätigkeit zu geben und um weiter den Regierungen sagen zu können: Seht, soviel an politischer Energie haben wir hinter uns. Diese Massen voll Ordnungsliebe und guter Gesinnung stellen wir Euch zur Befämpfung des Umsturzes zur Verfügung. Was gebt Ihr uns?

Die Organisierung des katholischen Volkes durch die Kirche begann. Am 4. März schon beschwor der Mainzer „Katholik“, das angesehenste bereits seit 1821 bestehende publizistische Organ des deutschen Kirchtums, seine Gesinnungsgenossen, „in allen deutschen Gauen auf das schleunigste“ überall Vereine zu bilden und dadurch die Rechte der Katholiken, das Recht der Kirche, der vollstündigsten Institution der Welt, das Recht des Gewissens und der Gesinnung zu wahren“. Mainz ging mit gutem Beispiel voran. Hier entstand am 12. März der Piusverein, und nach seinem Muster bildeten sich an zahlreichen Orten des katholischen Deutschlands derartige Vereine, die sich ebenfalls Piusvereine oder auch Vereine für religiöse Freiheit oder ähnlich nannten. Fast überall waren es Geistliche, die die Gründung unternahmen und die Leitung in der Hand behielten.

Bei dem Dombaufest in Köln (August 1848) kam eine Anzahl katholischer Abgeordneter überein, baldigst eine gemeinsame Tagung der katholischen Vereine stattfinden zu lassen. Der Piusverein in Mainz wurde mit der Veranstaltung betraut, und so fand denn vom 3. bis zum 6. Oktober des genannten Jahres die Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands, wie sich das Ganze nannte, in Mainz statt. Später nannte sich das Unternehmen Generalversammlung der Katholiken Deutschlands oder mit dem kürzeren und geläufigeren Namen Katholikentag. „Die Katholiken Deutschlands — so heißt es in der Einleitung des Protokolls der Mainzer Tagung — stehen nun endlich als eine wohlorganisierte Einheit da. . . Bisher waren wir zerstreut, vereinigt, jeder in seinem Kreise von Widersprüchen umgeben, mißkannt, angefeindet, beengt. Nun aber waren wir hier eins und einig; frei und frohlich wie nicht seit Menschengedenken tagten wir in unserer eigenen Sache, ein geistiges Parlament des katholischen Volkes!“

Der Verein, der von nun an alljährlich zu einer Tagung zusammentrat, wollte nicht politisch sein; er habe, so hieß es, keinen Verus, für irgend eine der Parteien in den Kampf zu treten oder sein Los an das Schicksal dahinschwindender Institutionen zu knüpfen; er wolle in dieser chaotischen Zeit, wo alles träge und breche, die Kräfte des Christentums im Volke schirmen und pflegen; Führung und Leitung bei diesem Werte überlasse er getroßt dem Allerhöchsten.

Gewiß, „unpolitisch“ waren die ersten Katholikentage insofern, als die Parteibildung damals noch im Fluß und eine kirchliche Fraktion weder im Frankfurter Reichsparlament, noch in den Einzellandtagen vorhanden war. Wie die einzelnen Katholikentage fast ausnahmslos geistlicher Leitung unterstanden, so übertrug auch auf ihren jährlichen Tagungen der geistliche Einfluß, und es waren ja auch vorwiegend kirchliche Interessen, die hier erörtert wurden. Aber deshalb ist es doch verkehrt, die Katholikentage und auch die katholischen Vereine als unpolitisch zu bezeichnen. Das traf 1848 nicht zu, wo genug politische Fragen in den Vereinen, dem Gesamtverein und auf dessen jährlicher Tagung verhandelt wurden, und es trifft erst recht nicht zu von der Zeit ab, wo die Parteibildung festere Form angenommen hatte und in den Parlamenten kirchliche Fraktionen entstanden waren. Von da ab bestand der engste Zusammenhang zwischen Katholikentagen und kirchlichem Parteileben, so daß man später mit Recht die jährlichen Katholikentage als die Parteitage des Zentrums bezeichnet hat.

An erster Stelle unter den Forderungen der katholischen Vereine stand die Freiheit des Glaubens und der Kirche. Im Anfang wurden, namentlich von Mainz aus, wo auch in dieser Frage ein radikaler Wind wehte, Stimmen laut, die nach der völligen Trennung von Staat und Kirche verlangten. „Nur das — so schrieb dazu der Mainzer „Katholik“ — verbürgt der Kirche auch fernerhin das Vertrauen des Volkes, daß sie ganz unabhängig vom Staate und allen und jeden politischen Parteien rein die ewigen Ideen des Christentums vertritt.“

Und ein anderes kirchliches Mainzer Blatt bezeichnete die Trennung von Staat und Kirche als den „letzten Ausdruck alles dessen, wozu unsere Zeit in religiöser Beziehung strebt und wozu sie zum Heile der Religion gelangen muß.“ Aber derartig weitgehende Pläne behagten den Bischöfen nicht. Kardinal Weis von Köln versammelte im Mai 1848 die Bischöfe von Trier, Baderborn und Münster um sich und gab der Frage die Formel: Unabhängigkeit der Kirche vom Staat. Die Versammlung des gesamten deutschen Episcopats, die im Oktober in Würzburg stattfand, erklärte sich ebenfalls gegen die Trennung von Staat und Kirche und forderte statt dessen, „für die Aus- und Durchführung ihrer göttlichen Sendung die vollste Freiheit und Selbständigkeit der Kirche.“ Diese Forderung hatte vor der Trennung von Staat und Kirche den Vorzug, daß sie der Kirche die öffentlich rechtliche Stellung, den Anspruch auf die Unterstützung und die Geldmittel des Staates ließ und andererseits ihre Rechte und Freiheiten erweiterte. Die Bischöfe wußten, was diese Forderung für die Kirche wert war, und sie hatten denn auch die Genugtuung, in den meisten Staaten, Preußen voran, ihre Wünsche erfüllt zu sehen.

Neben der Freiheit der Kirche stand unter den Forderungen des Kirchtums als zweitwichtigste die Freiheit des Unterrichts. Es war das die Formel, in die man die Bestrebungen zur Herrschaft über die Schule kleidete. Grundsätzlich stand die Kirche auf dem Standpunkt, daß ihrer Aufsicht und Leitung das ganze Schulwesen mit Einschluß der Bildung, Prüfung und Anstellung der Lehrer unterworfen sein müsse. Weil das vorab nicht zu erreichen war, beschied sie sich mit der Freiheit des Unterrichts, d. h. sie beanpruchte für jeden Staatsbürger, wie allen Gemeinden, Konfessionen und Korporationen die Befugnis, Schulen zu errichten und Unterricht zu erteilen; irgend ein Zwang zum Besuche gewisser Unterrichtsanstalten sollte nicht bestehen; jeder Familienvater hatte das Recht, seine Kinder der ihm passenden niederen und höheren Schule anzubehalten.

Es ist klar, daß die Erfüllung dieser Forderung die Schule in den katholischen Gegenden vollständig der Kirche ausgeliefert hätte. Sie hätte die Mittel und Kräfte, beliebig viel Privat- und Ordenschulen zu errichten, und sie hätte weiter die Macht, die Eltern zu zwingen, ihre Kinder nur den unter kirchlichem Einfluß stehenden Schulen zu übergeben. Die öffentlichen Staats- und Gemeindeschulen wären, wenigstens auf dem Lande und in den kleineren Orten, gegen die kirchlichen Schulen gar nicht aufkommen, und gründlicher noch, als wenn sie sich mit dem Staat in die Aufsicht über das Schulwesen geteilt hätte, wäre die Kirche zur völligen Herrschaft über die Volkserziehung gekommen.

Die Marokkoaffäre.

Es geht etwas vor!

Natürlich weiß kein Mensch was, aber nach den Berichten der bürgerlichen Presse sehen wir vor einem entscheidenden Wendepunkte in der Marokkoaffäre. Gestern Abend setzte freilich die „National-Zeitung“ noch die Alarmnachricht in die Welt, daß die Verhandlungen auf eine „sehr bedauerliche Stodung“ geraten seien, es wurde sogar von dem eventuellen Rücktritt des Herrn Riederlen-Wächter geredet. Darob unruhiges Kaufmännchen in dem großen internationalen Wälderwald. Die Gemüter haben sich aber heute im Laufe des Tages wieder beruhigt. Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau brachte nämlich folgende Meldung: Berlin, 4. August. In den Unterredungen zwischen dem französischen Vizekonsul Gambon und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

v. Riederlen-Wächter hat eine Annäherung über den prinzipiellen Standpunkt stattgefunden. Die Ausarbeitung im einzelnen erfordert jedoch eine eingehende Prüfung, mit der zurzeit die zuständigen Reichsressorts befaßt sind. Das Ergebnis wird dann durch den Reichskanzler dem Kaiser zu unterbreiten sein.

Außerdem weiß das „Berliner Tageblatt“ zu melden: Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg trifft heute Abend von Hohenfinow in Berlin ein. Morgen früh wird der Kaiser, der, entgegen dem bisherigen Programm, heute Abend Wilhelmshöhe verläßt, hier eintreffen und mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär des Auswärtigen konferieren. Es wird ein offizielles Communiqué vorbereitet, das vermutlich noch heute im Laufe des Tages erscheinen und folgendes bejagen wird: eine prinzipielle Annäherung des deutschen Standpunktes und des französischen Standpunktes in der Marokkofrage hat stattgefunden, so daß eine Verständigung erhofft werden kann. Die Beratung über die Einzelheiten des Abkommens dürften noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Zum Ueberflus verabreicht auch die „Kölnische Zeitung“, jedenfalls in höherem Auftrage, folgende Berichtigungspille aus Berlin:

„Neuerdings mehren sich die Rumormen der verschiedensten Art, die Stellung zu den deutsch-französischen Unterhandlungen nehmen. Um ihre Berechtigung nach der einen oder anderen Richtung prüfen oder beurteilen zu wollen, muß man doch, wie hier betont wird, darauf hinweisen, daß sie sich nur auf Vermutungen und Gerüchte stützen. Bei der nun einmal von deutscher Seite beschlossenen und streng durchgeführten Geheimhaltung wird man ein Urteil erst fällen können, wenn das endgültige Ergebnis veröffentlicht sein wird. Dieses Abwarten ist allerdings höchst unangenehm, aber die deutschen Interessen laufen doch nicht Gefahr dabei. Denn die diplomatischen Abmachungen sind, im besonderen wenn es sich um den Austausch kolonialer Gebiete handelt, nicht auf dem rechten Fuß, sondern unterliegen der Genehmigung des Reichstages. In der Volksvertretung können dann die verschiedenen Auffassungen Vertreter finden. Es läßt sich nicht leugnen, daß die jetzige Art der Erörterung in der Presse im Auslande den Eindruck der Verbottheit macht und dadurch der deutschen Diplomatie Schwierigkeiten bereiten kann, die besser vermieden werden.“

Die blutiger Hohn klingt in diesem Beschwichtigungsgestammel der Hinweis auf den Reichstag. Der deutschen Volksvertretung wird allerdings gestattete, sich mit den Dingen zu befassen, wenn das Schachergeschäft erledigt ist. Vorher fragt die Regierung den Teufel nach dem Reichstage. Im Gegenteil, man schickt ihn erst nach Hause, um bei der Anzettelung internationaler Konflikte ganz freie Hand zu haben. Als mildernder Umstand kommt für die Regierung freilich in Betracht, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages, nachdem sie stets in allen Fragen der auswärtigen Politik und des persönlichen Regiments jämmerlich zu Kreuze gedroschen ist, behandelt werden kann wie ein Hund, dem man „Ruch“ zuruft.

Ihre Wirkung versagen die offiziellen Beschwichtigungsmänner bei einigen alldutschen Kriegsheyrern. So muß in der Redaktion der „Post“ infolge der Hitze eine gefährliche Kombination von Tobfucht und Tropenfieber aufgetreten sein. Die Wut über das Schwindeln der Kriegshoffnungen macht sich in dem Blatte des seligen Stumm in einem Leitartikel Luft, der unmöglich einem normal funktionierenden Gehirn entspringen sein kann. Daß die Agadiraffäre mit einem neuen Dmäh verglichen wird, ist noch das Gelindeste an diesem Wutgebelfer. Eine kleine Probe der Postdelirien sei hier mitgeteilt:

„Ist das alte Preuentum zugrunde gegangen, sind wir ein Geschlecht von Weibern geworden, regiert von den Interessen einiger raffestender Händler, die auch dann noch ihr Schäfchen ins Trockne bringen werden, wenn es den produktiven Ständen des Reiches noch so schlecht geht, ist bei uns jedes Gefühl für nationale Ehre, jede große politische Verantwortlichkeit, jeder weite Blick gebrochen, sind wir nicht mehr als ein Spott für das Ausland? Was ist mit den Hohenzollern geschehen, aus denen einst ein Großer Kaiser, ein Friedrich Wilhelm I., ein Friedrich der Große, ein Kaiser Wilhelm I. hervorgegangen ist. Der Kaiser soll die stärkste Stütze der englischen und französischen Politik sein, eine Stütze, viel stärker als fünfzig französische Divisionen? Er soll die Hoffnung Frankreichs sein? Noch vermögen wir es nicht, wollen wir es nicht glauben. Noch wollen wir es nicht glauben, was die französischen und englischen Zeitungen schon seit Wochen erzählen. Wartet nur ab, bis Euer Kaiser zurückkommt, dann wird zum Rückzug geblasen, dann wird Deutschland nachgegeben. . . . Brandenburg hat am gebrochenen Herzen. Wir trösten uns mit ästhetischen Teckelranchen, Dinern, Soupers, Reisen, Befähigungen, Feiern aller möglichen Art über die Schmach des Vaterlandes. Und ernten damit billiges Lob des Auslandes, hinter dem die Verachtung steht!“

Das mag genügen. Rehnlich, wenn auch nicht ganz so toll treibt es die „Meinisch-Westfälische Zeitung“, die gleichfalls ihre Kriegsjelle fortzuschwimmen sieht.

Die bulgarische Parteibewegung.

Man schreibt uns aus Sofia vom 15. (28.) Juli:

Vom 10. (23.) bis 14. (27.) d. M. wurde der Kongress der ge- einigten sozialdemokratischen Partei Bulgariens abgehalten. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 2425 im Vorjahre auf 3123 in 65 Parteiorganisationen und 34 Parteigruppen gewachsen ist. Die Wahlen für die Große Nationalversammlung im vorigen Monat, die die Verfassung des Landes abgeändert hat, haben den wesentlichsten Einfluß der Partei auf die Arbeitermasse in Stadt und Land an den Tag gelegt. Den offiziellen Mitteilungen zufolge hat die Partei rund 23000 Stimmen bekommen und fünf Kandidaten in zwei Wahlkreisen durchgebracht. Zwar sind unsere Genossen im Wahlbündnis mit den Kandidaten des Bauernbundes gewählt worden, aber, mit Ausschluß von drei Wahlkreisen, ist überall sonst die Partei selbständig

Borgogänger. Unsere Agitatoren haben die sozialdemokratischen Forderungen in dem Wahlkampf stark betont und sind besonders energisch für die demokratische Republik eingetreten. Diese Lösung wurde auch infolge unserer Agitation in den Arbeitermassen so populär, daß die Radikaldemokraten und die Bauernbündler in der Großen Nationalversammlung selbst für die republikanische Staatsform eintreten mußten. Das ist einer aus den Reihen der sogenannten engherzigen Sozialisten herausgehenden in Nr. 100 vom 12. Juli des „Vorwärts“ veröffentlichten Korrespondenz aus Sofia entgegengehalten. Die Engherzigen haben anfänglich die Zahl ihrer Wahlstimmen auf 13 000 angegeben, haben aber nachher selber diese Ziffer revidieren müssen, bis sie in den offiziellen Mitteilungen auf 11 000 gefallen ist. Der einzige engherzige Vertreter ist in einem Dorfwahlkreis auf Grund einer demagogischen Propaganda, in der kein Wort weder über Sozialismus, noch über Republik enthalten ist, mit den Stimmen sogar einiger Partisanen der Regierungspartei gewählt worden. Dagegen sind die 26 000 Stimmen für die Kandidaten der geeinigten Partei im Namen des Sozialismus und der demokratischen Republik abgegeben worden. Der engherzige Abgeordnete Maslowitz ist ein junger Mann mit sehr karglicher sozialistischer Bildung, der mit seinen Entgeleungen seine Fraktionsgruppe in der Kammer kompromittiert hat. Dagegen haben die Vertreter der geeinigten Partei den Protest der Arbeitermassen gegen die reaktionären Veränderungen der Verfassung nachdrücklich zum Ausdruck gebracht.

Was das Wahlbündnis betrifft, so stellt es für die Partei kein taktisches System dar, sie war aber dazu infolge ihrer Ausnahmestellung durch unser ungünstiges Wahlsystem gezwungen. Zwar haben wir ein allgemeines Wahlrecht nach dem majoritären System, aber dank unserer Parteizersplitterung hatten wir vorläufig noch keine Aussicht, in irgendeinem Wahlkreis selbständig die absolute Majorität der Stimmen zu bekommen. Bei unserem ungerechten Wahlsystem stimmt die Mehrheit des Volkes oppositionell, gegen die Regierung, wird aber regierungstreu vertreten. Mit unseren 23 000 Stimmen hätten wir nach dem Proporz ein Anrecht auf 17 Mandate. Ohne Wahlbündnis hätten wir gar keine erhalten. Die Partei hat indessen einen großen Wert darauf gelegt, in der Verfassungskammer wenigstens durch ihren ersten Wortführer vertreten zu werden. Also wir haben das Wahlbündnis nur als ein technisches Mittel betrachtet, unsere parlamentarische Stärke wenigstens teilweise zu wahren und zum Ausdruck bringen zu lassen. Es ist auch in diesem Abkommen, das übrigens erst in den letzten Tagen der Wahlkampagne zustande gebracht wurde, ausdrücklich vereinbart worden, daß beide Parteien volle Kampfesfreiheit einander gegenüber bewahren. Unsere Partei ließ ihre sozialistische Sonderkritik gegen die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs einschränken. Das ist eher bei den Engherzigen geschehen, was gerade durch die Wahl ihres Genossen Maslowitz bestätigt ist.

Aber besonders erfreulich war bei den Wahlen der Erfolg der geeinigten Partei in der Hauptstadt Sofia, der einzigen modernen Stadt des Landes nach westeuropäischem Muster, wo die Partei mit ihren 1500 Stimmen als die stärkste Gruppe hervorgetreten ist. (Die Koalition beider Regierungsparteien hat die Wahl nur mit rund 1800 Stimmen in dem 1. Wahlkreis der Stadt gewonnen.)

Der Kongreß der geeinigten Partei hat in leidenschaftlichen Debatten die Frage der Wahltaktik verhandelt. Es haben sich zwei starke Strömungen gegeneinander gestellt. Die ehemaligen Engherzigen, die seitdem von ihrer Partei abgewandert sind und sich mit den „Weißherzigen“ einigten, haben darauf bestanden, daß der Kongreß aus taktischen Gründen der Partei jedes Wahlbündnis verbietet. Man befürchtet, daß ein solcher Verzicht den Einfluß der Partei unter den Staatsarbeitern schmälere und die Einigung mit der engherzigen sozialistischen Fraktion, die den Kompromissen abhold ist, verhindere. Die Mehrheit des Parteitag hat jedoch einen Beschluß angenommen, worin der selbständige Massencharakter der Partei und das selbständige Vorgehen in dem bevorstehenden Wahlkampf für die entscheidende Kammer betont wird; aber es wird dem Parteivorstande gestattet, angesichts der Notwendigkeit für die Arbeiterschaft, gemäß ihrer Organisationsstärke in Parlament vertreten zu werden, nötigenfalls als Ausnahme Wahlbündnisse mit der radikalen Opposition einzugehen. Damit ist in der Praxis nur ein Wahlabkommen mit dem Bauernbund in einem oder zwei Wahlkreisen gemeint. Die Engherzigen bezeichnen diese letztere Organisation schlechthin als eine reaktionäre Masse, wie sie diese Qualifikation jeder außer ihrer Partei stehenden Gruppe anhängen, sogar der Fraktion der geeinigten Sozialisten. Nun geben sich die Letzteren keiner Illusion über den Charakter der auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehenden Wählungen hin; es muß aber vom Bauernbund gesagt werden, daß es sich um eine Berufsbewegung der schwankenden demokratischen Masse der unausgebildeten Landarbeiter und Kleindauern handelt.

Der Jahresbericht der geeinigten Partei weist auf eine bedauerliche Lücke in der Finanzlage der Partei hin, deren Budget mit einem Defizit von 6000 Franc abgeschlossen ist. Zum Teil ist auch die Anstrengung der Partei bei den Wahlen daran schuld, zum anderen Teil aber die Obstruktion der Minderheit der Partei gegen die Zentralleitung verantwortlich sein. Der Kongreß hat eine Reihe von Maßnahmen für die finanzielle Stärkung der Organisation in Aussicht genommen.

Die vorige Woche hat in Philippopol auch der Kongreß der Engherzigen stattgefunden. Die Partei zählt nach dem Jahresbericht 3510 Mitglieder und erweist sich einer gefestigteren Finanzlage, wobei aber der größte Teil der Einkünfte aus Gesellschaftsveranstaltungen kommt. Die Partei ist innerlich viel geschlossenere als die geeinigte Partei, jedoch bleibt auch sie von heftigen inneren Kämpfen nicht frei, wie ein Zwischenfall während der Kongreßverhandlungen gezeigt hat. Als Kolaroff den Ruf ausgegeben haben soll, die Partei müsse auch in die Dörfer ziehen, soll sich Blagoff mit heftigen persönlichen Angriffen demselben widersetzt haben. (S. Janoff.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. August 1911.

Schwerindustrie und Agrarierturn.

Wir haben schon wiederholt betont, daß die Verschärfung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, er werde niemals seine Zustimmung zur Erhöhung der Lebensmittelpreise geben, ganz wertlos ist; denn der Zentralverband wünscht dringend die Erhöhung verschiedener Zölle für Stahlfabrikate, und diese Erhöhungen werden ihm niemals von den konservativen und zentrumsparteilichen Agrariern zugestanden werden, wenn er ihnen nicht als Entschädigung eine Erhöhung und Erweiterung der Agrarzölle zubilligt.

Dieselbe Ansicht spricht die „Deutsche Industrie-Korrespondenz“ als Vertreterin der sogenannten Weiterverarbeitungs- und Fertigungsindustrie aus. Sie wirft die Frage auf, mit welchen Verheerungen die Schwerindustrie gerechnet habe, als sie sich vom Hansabund löste

und mit dem Bunde der Landwirte zu Lieblingen begann. Die Antwort lautet:

„Die Vorteile, die man zunächst erwartet, sollen angeblich auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik liegen. Man spricht von einer gewissen Interessengemeinschaft. Die konservativere Partei soll mit dem Bund der Landwirte bereit sein, in der Zoll- und Handelspolitik mit der schwereren Industrie gemeinsame Sache zu machen. Nun, das wäre also eine realpolitische Leistung auf Gegenseitigkeit. Es fragt sich nur, wer bei dieser Rechnung im Vorteil sein wird und welche Folgen sich ergeben werden. Wir können begreifen, daß die führenden Männer der Industrie im Besten einem Druck nach links widerstehen; nicht zu verstehen wäre aber, wenn sie sich über die wahren Absichten der konservativ-agrarischen Annäherungsversuche täuschen sollten. Was bezweckt die konservativere Partei? Sie denkt gewiß nicht nur an eine Verlängerung über eine Reihe von Jahren. Was sie offenbar will, ist die Befestigung und Stärkung ihrer Agrarpolitik. In der Begründung zu den letzten Handelsverträgen wurde ausdrücklich gesagt, daß dem Interesse der Landwirtschaft der Vorrang eingeräumt worden sei. Kein Zweifel — diese Bevorzugung will man nicht nur auf neue bestätigen sehen: sie soll noch fester und unantastbarer als Wahr- und Weizen der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches aufgerichtet werden. In diesem Reichen will man liegen, und die schwere Industrie soll helfen, dieses Ziel zu erreichen. Um sie zu gewinnen, gebraucht man ein sehr einfaches Mittel. Man tut so, als sei mit einem Abbruch der Schutzpolitik zu rechnen, und da ein Teil der sehr weit links stehenden Kreise dem Hansabund diese Abbruchpolitik täglich empfahl, war es leicht, ihn selbst als Träger einer schutzpolizeilichen Bewegung hinzustellen. Möchten sich seine Führer dagegen verwahren oder nicht — der Plan gelang. Dennoch ist es sonderbar genug, daß dieses Mittel verfangen konnte. Die Regierung denkt nicht daran, die jetzige Wirtschaftspolitik aufzugeben. Und der Reichstag? Wie soll eine freihändlerische Mehrheit im Reichstage zustande kommen? Das Zentrum, das sicherlich wieder mit 100 Mann einrücken wird, ist zwar unberechenbar; aber der landwirtschaftliche Einfluß ist viel zu stark, als daß dieser Partei die Reigung zu einem Abbruch der Schutzpolitik antommen könnte. Die nationalliberale Partei hat durch ihre Führer bei jeder Gelegenheit den Willen bekundet, für das gegenwärtige System einzutreten. Wenn man Dr. Stresemann als verkappten Freihändler verdächtigt, so waren dies Klappschertentische, über die kaum noch ein Wort verlohnt. Nein, es ist schon so: die Industriellen, die sich in den Bannkreis konservativer Wirtschaftspolitik hineinziehen lassen, sind in einer Fäufnis gefangen. Sie denken an die Möglichkeit, in der Schutzpolitik gewisse Forderungen durchzusetzen: was sie selbst nicht wollen, nicht wollen können, die Stabilisierung der einseitigen Agrarpolitik der preussisch-konservativen Machtaherschaft — das ist das dicke Ende, das nachkommt.“

Das Zentrum in den Reichslanden.

Der am Donnerstag in Straßburg versammelte Delegiertentag der elsass-lothringischen Zentrumsparlei besaßte sich eingehend mit dem Verhältnis zu dem neu gegründeten Nationalbund. Es wurde beschlossen, daß die Partei ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber allen Parteien bewahren solle. Die Entscheidung der Frage, ob ein Zentrumslandidat dem Nationalen Bund angehören darf, soll von den Kreisorganisationen getroffen werden. Die Zugehörigkeit zum Nationalen Bund wird jedoch nur gestattet, wenn der Kandidat erklärt, daß er im Falle seiner Wahl Mitglied des Zentrums bleibt und wenn er sich verpflichtet, daß er im Landtage der Zentrumsfraktion unter Ausschluß des Beitritts zu jeder anderen Fraktionsbildung beiträgt. Diese Beschlüsse bekräftigen aufs neue die Tatsache, daß der Nationale Bund lediglich dazu dienen soll, unsichere Mandate für das Zentrum zu erodern.

Uebergegnappt?

Seitdem Herr Wikowski, getauft Garden, einmal einige hochgeborene Päberasten zur Strecke gebracht hat und dafür beinahe vier Monate ins Gefängnis spaziert wäre, hätte er sich nicht noch zu guter Letzt aufs Reuigen verlegt und durch leidenschaftliche Beteuerungen seine Harmlosigkeit versichert — kurz, seit seinem so heroisch begonnenen und so über die Wägen kläglich beendeten Feldzug gegen die Eulenburgerei, fühlt sich Herr Wikowski-Garden als mentor germaniae, als gottgewählter Hüter teuflicher Ehre. Dieser Größenwahn hat unter der Einwirkung der abnormen Hundstagshitze den Charakter der Gemeingefährlichkeit angenommen. Mit Herrn Rippler und anderen alldemischen Narren um die Wette schreit dieser Rasse-Deutsche nach einem Kriege, der einzig die bedrohte oder gar schon beschmutzte deutsche Ehre reinwaschen könne. Im letzten Heft der „Zukunft“ läßt er einen Kanzler, wie er sein sollte („von rechtem Weisensinn“ heißt es im Gardendischen Jargon), folgende donnernde Moral- und Gebühre an Wilhelm II. halten:

„Der Inhaber oberhöchster Kommandogewalt hat befohlen, ein Kriegsschiff nach Agadir zu schicken. Das sollte (und konnte nur) heißen: Deutschland ist fest entschlossen, den Rechtsanspruch, der ihm mit der Bunte besitzten wird, mit dem Schwert zu erzwingen. Es ist rühmlich verstanden worden; niemandes anders. Neben dem Schritt, dessen mächtige Folgen uns doch leicht erkennbar waren, steht eine harmlose Deutung, so schwindet der letzte Schimmer allen Respektes und wir dürfen über die dreifache Zumutung schon nicht mehr räunen. Die Verantwortung eines dem Reich nützlichsten Tuns oder Unterlassens werde ich, mag blinde Rücksicht noch so laut heulen, niemals scheuen. Jeder Rückzug, der jetzt beschlossen würde, brächte dem Reich ungeheuren Schaden; und kein Treuegefühl könnte mich zwingen, ihn mit meiner Verantwortlichkeit zu beden. Wollten Sie nicht lieber als Geißeln und Eisenstrassen verfahren als den schäblichen Männlein zugeführt werden, die bei dem Gedanken an blühendes Vaterland unter dem Stahlpanzer schlittern? Wie Kränkung klingt schon die Frage. Ja durfte sie stellen, weil ich der Antwort gewiß bin. Weil ich weiß, daß mein König und Kaiser in einer vor dem internationalen Ehrengerichtshof anhängigen Sache nicht schwachgemut werden kann. Wenn ein Kaiser so unkriegertüm wäre, daß ihm aus der Versuch einer Demütigung nicht die Hand aus Schwertzwänge würde, daß deutsche Volk noch in Ungewissheit, selbst sich sein Schicksal schmeiden. Und der höchste Konrad mußte sich solchen Entschlüssen freuen.“

Wenn jemand diesen tollhässlichen Eruch etwa die Absicht unterstellen wollte, Herr Garden habe unter der Geste des Nordpatriotismus nur eilige Cottilien gegen Wilhelm II. zu Markte bringen wollen, so würde dieser Gedankmod vor stiller Entrüstung explodieren! Wir müssen dem Gedankmod also schon die Absicht zuschreiben, Wilhelm II. „die Hand ans Schwert zu zwingen“, Deutschland in den oberwiegendsten und frivolisten aller Kriege zu stürzen!

Und so ungeheuerliche Aufreizungen stößt das Männlein, das drohend vier Monate Gefängnis wegen so heldenhaft gekniffen ist, so feelenruhig aus, als folpottiere er seiner Gewohnheit gemäß irgendwelchen pikanten Valerienkass!

Oder verkennen wir vielleicht nur die wirkliche Absicht Gardens? Hat er am Ende nur durch seinen Appell an die „nationale Ehre“ die alldemischen Scharier und die Kriegslieferungsspekulanten vollends kompromittieren und lächerlich

machen wollen? Herr Garden hätte dann auf jeden Fall die Rolle des Uebergegnappten geradezu täuschend gespielt!

Reichsmarineamt und Techniker.

Mit dem Konflikt zwischen dem Reichsmarineamt und den von ihm beschäftigten Technikern befaßten sich zwei Versammlungen des Deutschen Technikerverbandes in Wilhelmshafen und Kiel, die auch aus den Kreisen der Bürgerschaft zahlreich besucht waren. In Kiel referierte Schubert-Vorlin und führte aus, daß der Staatssekretär seinen Standpunkt unter dem Druck der Organisation werde ändern müssen. Die Verträge und die Behandlung der Techniker seien einer Reichsanstalt unwürdig und infolgedessen staatsgefährlich, als an einer solchen Stelle so wenig wie möglich Unzufriedenheit bestehen dürfe. Der Konflikt habe sich verschärft, da ein großer Teil der Angestellten ausgesperrt worden sei. Es liege nun die Gefahr nahe, daß das Ausland unsere Techniker im Gehalt überbiete zum Schaden des Reiches. — In beiden Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, in denen die Techniker von den Kollegen und der Bürgerschaft aufgefordert werden, im Kampfe auszuhalten.

Wie verlautet, soll das Reichsmarineamt jetzt geneigt sein, nachzugeben. Die Mittel, mit denen der Deutsche Technikerverband seine ausgesperrten Mitglieder unterstützen wird, sind aus seinen Kreisen in den letzten Tagen sehr zahlreich geflossen; es ist anzunehmen, daß diese Opferwilligkeit und die Geschlossenheit der Organisation das Reichsmarineamt zum Nachgeben genötigt hat.

Christlicher Anstand.

Der bekannte Pfarrer Traub-Dorimund ist fortschrittlicher Reichstagskandidat im Wahlkreis Hamm-Soest. In einer seiner Reden hatte Herr Traub in bezug auf die Führer der christlichen Gewerkschaften durchaus zu Recht behauptet, daß diese bewußt oder unbewußt Trabanten des Zentrums seien. Diese Ausführungen Traubs hatten vier evangelische Gewerkschaftssekretäre (Angestellte der christlichen Gewerkschaften) auf den Plan gerufen, die in einer öffentlichen Erklärung Herrn Traub aufforderten, „seine Verleumdungen der christlichen Gewerkschaften“ mit Beweisen zu belegen. Die fortschrittliche Volkspartei berief deshalb eine öffentliche Versammlung über die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer vertretend. Die Versammlung, die vorgestern abend stattfand, war von über 1000 Personen besucht. Ein großer Teil der Besucher gehörte den christlichen Gewerkschaften an. Die Christen hatten etwa ein Duzend ihrer Sekretäre entsandt. In der Versammlung kam es während der Ausführungen Traubs und in der Debatte zu den ungeheuerlichsten Szenen, die mehrmals die Fortführung der Versammlung in Frage stellten. Bei jeder Kritik des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften schrie ein wohlwollend vorbereiteter Brüllen der „Christen“ ein, das sich immer erst nach Minuten wieder legte. Damit und aber nicht der Vorwurf tendenziöser Verächtlichkeit gemacht werden kann, seien hier einige Sätze aus dem Bericht eines Dorimunder bürgerlichen Blattes über den Verlauf der Versammlung zitiert. In der Einleitung des Berichtes heißt es: „Die Versammlung war von annähernd 1200 Personen besucht, zu einem Drittel von Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, die den Mangel an Interesse an einer sachlichen Erörterung des Themas durch Brüllen und Särzeien zu ersetzen suchten. Minutenlang schten turbulente Szenen ein, die gewissermaßen auf Kommando der Oberführer hervorgerufen wurden und ein wenig zeitweiliges Schlaglicht auf den christlichen Charakter der Raubstörer warfen.“ Der Sekretär Ufer stellte fest, daß auf das Winken gewisser Personen das Brüllen einsetze. Der Sekretär Grülling, der mit den christlichen Gewerkschaften stark ins Gerüst ging, wurde nach dem Bericht durch Brüllen am Weiterreden verhindert. Den gegnerischen Rednern riefen die „Christen“ fortgesetzt „Verleumder“ und dergleichen Worte zu. Niemand, der etwas gegen das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften sagte, konnte ungehindert sprechen. Daß auch jedes Wort der Kritik an dem Verhalten der Zentrumsparlei den Unwillen der christlichen Gewerkschaftler auslöste, ist besonders charakteristisch und bestätigt ganz besonders den engen Konnex, der zwischen beiden besteht und den zu widerlegen sich mehr als ein halbes Duzend christlicher Sekretäre vergebens abmühten. Zum Schluß der Versammlung geberdelten sich die „Christen“ wie die Tollhändler. Die Versammlung wurde unter allgemeinem Tumult und furchterlichem Gebrüll der „Christen“ geschlossen. Das Benehmen der „Christen“ und ihrer Führer ist um so bezeichnender, als auch der politische Gegner dem Pfarrer Traub das Prädikat eines vornehmen Charakters nicht vorenthalten kann. — Dieselben Leute aber, die sich in Hamm wie Raubstörer geberdeten, werfen sich tagtäglich als Lehret guter Sitten auf, und wir möchten nicht die Moralpredigten hören, die diese Herrschaften halten würden, wenn sozialdemokratische Arbeiter sich den gebührenden Teil dieser Redereien erlauben hätten.

Schöne Aussichten für „Germania“-Redakteure.

Die altgläubigste Kerlke „Germania“, die sich so häufig den Anschein gibt, als sei sie eine Meisterin auf dem Gebiete katolischer Theologie, hat wieder einen allerliebsten Reimfall erlebt. Ein elisassisches Zentrumsblatt brachte kürzlich eine Berechnung darüber, wie lange die Seele eines normalen Katholiken im Fegefeuer breiten muß. Der fromme Verfasser rechnete aus, daß ein erwachsener Normalkatholik im Jahre ungefähr 8000 Sünden begeht, in zwanzig Jahren also 60 000 kleinere und größere Sünden. Rund die Hälfte davon, so hieß es in dem Artikel, könne ein tugendhafter Mensch wohl durch Gebet und gute Werke im gleichen Zeitraum wieder ausblühen. Rechnet man nun an — so folgte die geistliche Mathematik — der Mensch gehe mit einer Last von 60 000 Sünden ins Fegefeuer ein und die arme Seele habe, gelinde gerechnet, pro Sünde eine Stunde zu brennen, so ergäbe das eine gesamte Brenndauer von drei Jahren, drei Monaten und fünfzehn Tagen.

Diese schöne Berechnung der Seelenschmerzzeit erregte selbstverständlich den Abscheu der sonst für alle religiösen Aberrationen eingetragenen „Germania“. Das elisassische Zentrumsblatt, das „Journal d'Alsace“, hatte als Urheber jener Berechnung einen Jesuitenpater genannt. Die „Germania“ aber wollte das nicht wahr haben, und sie schrieb voller Empörung:

„Da der Verfasser dieses Blättchens nicht genannt ist, erkundigte sich die Zentralkommission der katholischen Presse bei dem „Journal d'Alsace“ und erhielt die Antwort: die Notiz entstamme der Pariser „Revue Sociale“. Dieses Bureau wird aber ebenso wenig wie das „Journal d'Alsace-Lorraine“ in der Lage sein, einen Jesuiten zu nennen, der einen derartigen Unsinn zusammengeschrieben hätte, und hätte es ein Geisteskranker getan, so wäre seine Berechnung nicht in die Öffentlichkeit gekommen, denn die Ordensoberen und kirchlichen Behörden hätten die Veröffentlichung verhindert.“

Doch das Unglück schreitet schnell. Denn die Berechnung entstammt, wie der „Reichsbote“ feststellt, der Schrift des Jesuitenpaters St. X. Schoupe: „Die Lehre vom Fegefeuer beleuchtet durch Tatsachen und Probatores“. Die Schrift aber ist „mit wissenschaftlicher Apparatik“ in deutscher Uebersetzung aus dem Französischen (von Pfarrer G. Meil) im Jahre 1899 in

Origen im Verlage von A. Wegers Buchhandlung erschienen. Die sinnreiche Verrechnung über die Mindestbranddauer einer armen Seele im Fegfeuer befindet sich auf Seite 81 und 82. Was aber der Fürstbischof von Origen approbiert hat, wird doch das Leitblatt des Fürstbischofs von Breslau nicht verdammen dürfen!

Begreiflich ist allerdings, daß die „Germania“ sich über die lange Dauer der Seelenbraterei entsetzt; denn wenn schon die Seele eines gewöhnlichen Menschen so lange in der Pein des Fegfeuers ausharren muß, wie lange mag dann erst eine Redakteurseele der „Germania“ im Fegfeuer ausharren müssen, bis sie entlassen wird. In Anbetracht der bekannten Lügenhaftigkeit dieses Blattes kommen doch sicherlich auf jeden ihrer Redakteure mindestens 30 bis 40 Sünden täglich, vielleicht auch noch mehr. Schöne Ausflüchte.

Die militärische Demonstration in der Kirche.

Pfarrer Kraatz, bei dessen Predigt in der Luisenkirche in Charlottenburg die Soldaten auf Befehl ihrer Offiziere sich ostentativ entfernten, hat das Konsistorium gebeten, die Namen der Offiziere festzustellen, damit Strafanzeige erstattet werden könne. Der Pfarrer erhielt nunmehr vom Konsistorium folgenden Bescheid: „Nach der besonderen Lage des Falles sind unseres Erachtens in dem Verhalten der Offiziere, die an dem Hauptgottesdienste in der Luisenkirche zu Charlottenburg am 23. Juli d. J. dienstlich teilgenommen und die Kirche vor Schluß des Gottesdienstes mit ihren Mannschaften verlassen haben, die Tatbestandsmerkmale des § 167 A. St. O. nicht zu finden. (Vergl. Urteil des Reichsgerichts, III. Strafsenat, vom 26. Mai 1882. Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen, herausgegeben von den Mitgliedern der Reichsanwaltschaft, Band 4, Seite 436.) Wir lehnen deshalb ab, unfernerseits mit der Militärbehörde wegen Feststellung der Namen der betreffenden Offiziere in Verbindung zu treten und gegen dieselben Anträge zu stellen.“

Bez. Ritzelmann.

Uns sind Fälle bekannt, wo Sozialdemokraten wegen Religionsergebenen bestraft worden sind, weil sie bei einer Leichenfeier, während der Geistliche das Gebet sprach, den Hut nicht abnahmen. Hier stellt sich dagegen das Konsistorium auf den Standpunkt, daß in dem demonstrativen Verhalten der Kirche während der Predigt eine Störung einer gottesdienstlichen Handlung nicht zu erblicken ist. Was dem Militär recht ist, muß natürlich jedem anderen Sterblichen billig sein. Die logische Konsequenz des konsistorial-Entscheides kann nur die sein, daß jeder Teilnehmer an einer gottesdienstlichen Handlung den Schauspiel ostentativ verlassen darf, sobald er mit einer Redewendung des Geistlichen nicht einverstanden ist. Wenn sonach künftig ein Geistlicher, sei es auf der Kanzel oder am Grabe, die Arbeiterbewegung beschimpft, dann haben nach der Ansicht des Konsistoriums Teilnehmer, die sich verletzt fühlen, das Recht, sich sofort zu entfernen.

Die Ruhr unter den Soldaten.

Wegen Ausbruch der Ruhr hat die Räumung des rheinischen Truppenübungsplatzes Effenborn bei Kallmiedh verfügt werden müssen. Im Lager von Döberitz, wo gleichfalls Ruhrerkrankungen in den letzten Wochen ausgebrochen sind, ist von einer Räumung des Platzes bisher Abstand genommen worden. Die auf dem Truppenübungsplatz Effenborn befindlichen Truppen des 18. Landwehrregiments, der 68. Infanteriebrigade und der 33. Feldartillerie-Brigade kehren am 5. und 6. August in ihre Garnisonen zurück.

Oesterreich.

Alberner Schwatz.

Dem deutschnationalen Rechtsanwalt Dr. Schuster, den die Salzburger Speise seit manchem Jahre nach Wien ins Parlament schickte, ist seine neue Präsidentswürde sehr zu Kopf gestiegen, obgleich er selbst erzählt, daß er deshalb Präsidents des Abgeordnetenhauses wurde, weil kein anderes Mitglied des wackeren Deutschen Nationalverbandes wollte. Statt daß der Herr, der sich schon in der kurzen Sommermission elend blamierte, die Geschäftsordnung studiert, wozu ihm die „Arbeiterzeitung“ schon wertvolle Anleitungen gab, hielt er in Salzburg eine Rede für den Dinauswurf Englands aus dem Mittelmeer durch die vereinigten Kräfte Oesterreichs, Deutschlands, Italiens und Frankreichs, also jener drei anmuthigen Paare, die sich täglich bereit zum Vorschlagen, gärtlich gegenübersehen. In England weiß man vielleicht nicht, daß Herr Schwatz weniger als Kall ist und das kann Oesterreich gelegentlich recht unangenehm werden. Das „germanische Deutschland“, für das Herr Schuster immerfort zu reden behauptete, braucht auch keinen Schwatz aus Salzburg, das übrigens selbst in Oesterreich etwa die politische Bedeutung hat wie Oera oder Offenbach, Pant-Rüstringen oder Boyerich in Deutschland! Wenn Herr Schwatz schon nach England schauen will, dann blicke er gefälligst mal auf den gewöhnlich geistvolleren Mund des Speakers des mächtigsten Parlaments der Welt!

Persien.

Eine persische Adresse an den Deutschen Reichstag.

Das liberale persische Komitee „Endjumi Seadet“ in Konstantinopel hat an den Deutschen Reichstag eine Adresse abgehen lassen, in der um Schutz gegen das Vordringen der Russen in Persien gebeten wird. Aus dem Wortlaut der Adresse, den das „Berliner Tageblatt“ zu veröffentlichen in der Lage ist, entnehmen wir:

„Die russischen Truppen halten seit mehr als zwei Jahren die wichtigsten persischen Städte besetzt unter dem Vorwand, die Ausländer zu schützen, die indessen nach Auslage aller europäischen diplomatischen Agenten niemals in einer Gefahr geschweigt haben. Rußland hat formell versprochen, seine Truppen zurückzuziehen, sobald die Ruhe wieder hergestellt sei. Statt dessen fährt es fort, Unruhe zu erregen, in der Absicht, die Disposition für alle Ereignisse zu begründen. Das vergangene Jahr war traurig. Der Bandit Rahn Khan, der sich nach Rußland geflüchtet hatte, kam nach Persien zurück, um die Provinz Erdebil zu plündern und zu brandstiften. Jetzt erleichtert Rußland, trotz seiner offiziellen, von England garantierten, Versicherung, daß es den Erzbischof Mohammed Ali in seinem Exil Odesa überweisen und ihn verhaften werde, gegen die konstitutionelle Regierung Persiens zu konspirieren, es dem abgesetzten Schah, in das persische Gebiet zu gelangen, nachdem er vorher von Balu aus Waffen und Munition geschickt hat. Trotz des Protestes der persischen Regierung hat Rußland jedoch mit Hilfe seiner Soldaten aus dem Gefängnis in Tabriz den kranjungen Reaktionsführer Kischid al Kull befreit. Es hat die Revolute der Schwabierinnen zugunsten des abgesetzten Schahs organisiert. Es hat soeben den russischen Instruktionsoffizieren der persischen Kavalleriebrigade verboten, die Artillerie zu liefern, deren die gefegmähige persische Regierung bedarf, um die Expedition gegen den abgesetzten Herrscher auszurüsten.“

Das persische Komitee hat offenbar eine sehr übertriebene Meinung von dem Einfluß, den der Reichstag auf die Weltung unserer auswärtigen Politik hat. In Wirklichkeit ist dieser Einfluß dank der Anwesenheit der bürgerlichen Parteien gleich Null, und deshalb werden auch die Perser erleben müssen, daß ihre Adresse im höchsten Fall den oder jenen bürgerlichen Parlamentarier zu ein paar Redewendungen veranlassen, die zu nichts verpflichten und die auch nichts nützen. Am allerwenigsten wird aber die deutsche Regierung Neigung haben, dem linken russischen Nachbar irgendwo wech zu tun.

Amerika.

Landung deutscher Matrosen in Haiti.

Paris, 4. August. Nach einer Meldung des „New York Herald“ und „Port-au-Prince“ ging ein Offizier des Kreuzers „Dresden“ mit 45 bewaffneten Marinejoldaten ans Land. Die Soldaten wurden auf die deutsche Gesandtschaft und auf die verschiedenen deutschen Kaufleute verteilt. Die Landung erfolgte auf Ansuchen einer Bauunternehmungsgesellschaft.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Partei und die Marokkofrage.

Zu der gestern unter dieser Epigraphik veröffentlichten Erklärung erhalten wir vom Genossen Dr. Kurt Rosenfeld folgendes Schreiben:

Auf die im heutigen „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärungen des Parteivorstandes und der Redaktion des „Vorwärts“ habe ich zu erwidern:

Gegenüber der „aus dem Parteibureau“ stammenden Mitteilung habe ich hervor, daß ich es getrost dem Verfasser der R. L.-Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ überlasse, den Inhalt dieser Artikel, auf die allein ich, wie der Bericht beweist, meine Ausführungen in der Parteiversammlung des 6. Kreises gegründet habe, gegenüber dem Parteibureau zu vertreten.

Nur einen charakteristischen Punkt möchte ich hervorheben, der beweist, von welcher Beschaffenheit die Richtigstellung des Parteibureaus ist. Es schreibt:

„Wenn nach dem Bericht des „Vorwärts“ (Nr. 179) Genosse Dr. Rosenfeld in einer Versammlung des sechsten Berliner Wahlkreises diese Behauptungen des R. L.-Artikels der „Leipziger Volkszeitung“ wiederholte und ferner behauptete: „Das Internationale Bureau in Dräsel habe eine gewaltige Demonstration für den Frieden angeregt. Diese scheiterte an dem Widerspruch des deutschen Parteivorstandes“, so ist das unwahr.“

Das I. S. B. hatte lediglich die oben erwähnte Konferenz der Delegierten des I. S. B. im Auge.“

Jedes Kind versteht, daß diese Konferenz nichts anderes zum Zweck hatte, als die Einleitung einer gewaltigen Demonstration für den Frieden. Denn wäre dies nicht der Fall, so bliebe der Brief des Vorstandes unverständlich, der die Einleitung einer solchen Aktion gerade aus Rücksicht auf die Reichstagswahlen bekräftigt und sogar eine Zurückstellung „aller Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage“ bekräftigt zu müssen glaubte. Eine Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureau hätte die von dem Briefschreiber bekräftigten Wirkungen niemals haben können.

Das Parteibureau müßte sich doch wenigstens über die Tatsachen informieren, die es selbst widerlegen und richtig stellen will.

Zum Schutze der großen Masse der Parteigenossen, die nicht zu den „Wissenden“ des „Vorwärts“ und des Parteivorstandes gehören, muß sich ferner erklären: Wenn in der Parteipresse ein aussehender Artikel erscheint und viele Tage vergehen, ohne daß vom Parteivorstand eine Verichtigung erfolgt, so ist jeder Genosse vollkommen berechtigt anzunehmen, daß der Artikel — was ja auch in diesem Falle zutrifft — die Wahrheit enthält. Unter keinen Umständen hat der Vorstand das Recht, gegenüber einem Parteigenossen, der offensichtlich diesem Gedankengange folgt, das größte Geschick aufzuführen und zu erklären, die Behauptungen dieses Parteigenossen seien „unwahr“.

Wenn der Vorstand mir schließlich einen Vorwurf daraus macht, Artikel einer Parteizeitung — um mich der feinen Ausdrucksweise des Vorstandes zu bedienen — „weiter kolportiert“ zu haben, so weise ich diesen Vorwurf entschieden zurück. Die Parteigenossen werden mir sogar dankbar sein, daß ich dadurch dem Vorstand den Mund geöffnet habe. Denn es ist ein trauriger Zustand, daß der Parteivorstand bei wichtigen Veröffentlichungen in der Parteipresse der Kopf in den Sand steckt und schweigt. Hätte er wirklich etwas zu berichtigen, so war er verpflichtet, dies sofort zu tun. Es ist überhaupt eigenartig und ein Beweis für die Notwendigkeit meiner Ausführungen in der Parteiversammlung, daß in dem Schreiben aus dem Parteibureau gesagt ist: Es sei eine Erwiderung auf die R. L.-Artikel der „Leipziger Volksztg.“ lediglich deshalb „nötig“ geworden, „weil sie in Parteiversammlungen weiter kolportiert werden.“ Denn danach ist die Weitergabe einer Keimung der Parteipresse in Parteiversammlungen die einzige Möglichkeit, den Vorstand zu einer Erklärung zu „nötigen“.

Zu den höchst diplomatischen Bemerkungen der Redaktion habe ich zu sagen, daß sich in diesem Falle wieder einmal zeigt, wie weit man in der Partei mit staatsmännischen Gesichtspunkten kommt. Es ist nur zu bedauern, daß die Redaktion aus ihrem Herzen eine Würde gebildet gemacht, von ihrem notorisch großen Wissen den unwissenden Lesern des „Vorwärts“ nichts abzugeben und den Berliner Genossen, die noch immer nicht wissen, worum sich der ganze Streit dreht, den Inhalt des Briefes des Vorstandes mitgeteilt und seine Bedeutung nicht mitgeteilt hat.

„Ähnliche Vorgehens- und Auseinandersetzungen“ vermeidet man nicht dadurch, daß man wichtige Ereignisse, die sich in der Arbeiterbewegung abspielen, den Lesern des „Vorwärts“ verschweigt. Schließlich verneinen die Berliner Genossen doch — soviel sollte die Redaktion ihren Lesern schon zutrauen — aus anderen Parteizeitungen zu ermitteln, was in der Welt vorgeht, und dann bleibt nichts übrig, als — was der Redaktion schmeibbar besonders unangenehm ist und was auch jedem Berliner Parteigenossen schwer fällt, aber manchmal unvermeidlich ist — die „Leipziger Volkszeitung“ gegen den „Vorwärts“ auszuspielen.“

Berlin, den 4. August 1911.

Kurt Rosenfeld.

Sowohl sich die Erwiderung des Genossen Rosenfeld gegen den Parteivorstand wendet, müssen wir es diesem überlassen, ob er zu den erhabenen Vorwürfen Stellung nehmen will. Wir selbst können nur wiederholen, was wir gestern gesagt haben: es war vor allem das politische Verantwortlichkeitsgefühl, das uns abhielt, angesichts einer Protestaktion gegen den Marokkorummel und die Kriegshege die Privatmeinung eines Parteivorstandsmitgliedes, in dem R. L.-Artikel in sensationeller und indiskreter Weise ausgeschaltet worden war, zum Gegenstand einer Staatsaktion zu machen. Wir geben aber gerne zu, daß das politische Verantwortlichkeitsgefühl verschiedenes stark ausgebildet sein kann, so daß der eine in der gegebenen Situation einen hässlichen Streit für zweckdienlicher hält, während der andere auf eine geschlossene Stellungnahme gegen den gemeinsamen Feind Wert legt. Auch darüber, ob ein R. L.-Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ ein „wichtiges Ereignis“ für die Arbeiterbewegung ist, gestatten wir uns anderer Meinung zu sein als Genosse Dr. Rosenfeld.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Nach dem Schreiben des Genossen Dr. Rosenfeld ging uns noch folgende Erklärung der Genossin Rosa Luxemburg zu:

Zur Richtigstellung.

Auf die im heutigen „Vorwärts“ veröffentlichte Erklärung aus dem Parteibureau habe ich als Verfasserin des angegriffenen Artikels der „Leipziger Volkszeitung“ folgendes zu erwidern:

1. Daß die Demonstrationsversammlung in der „Neuen Welt“ unter Mitwirkung der Partei ausgeführt wurde, war nicht bloß in meinem Artikel nicht bestritten, sondern war von mir selbst hervorgehoben. Trotzdem bleibt es strikte Wahrheit, daß diese Demonstration lediglich den Führern unserer Gewerkschaftsbewegung zu verdanken war, denn sie ist lediglich aus Anlaß des zufällig in dem Moment erfolgten Besuchs französischer Gewerkschafter auf Grund einer Einladung deutscher Gewerkschafter zustande gekommen. Meine Frage also: „Wo war aber die Partei bei dieser Gelegenheit?“ findet ihre Antwort nicht in der mir vom Parteibureau unterstellten Behauptung, als sei die Partei gar nicht dabei gewesen, sondern die Antwort lautet so, wie ich sie selbst klar und deutlich formuliert habe: die Partei war im Schlepptau der Gewerkschaften, statt an der Spitze der Protestaktion mit der Initiative voranzugehen.

2. Das Parteibureau erklärt:

„Es heißt dann weiter, daß der Berliner Demonstration eine solche in Paris folgen würde, die von den deutschen und französischen Gewerkschaften veranstaltet würde. Auch das ist unwahr.“ Den Beweis dafür glaubt das Parteibureau damit zu erbringen, daß es hervorhebt, zu dieser Pariser Demonstration seien „die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften Frankreichs, Deutschlands, Englands und Spaniens eingeladen.“ Diese „Bilderlegung“ geht wieder, wie im ersten Punkt, um die eigenartige Frage herum. Daß die sozialistischen Parteien eingeladen werden würden, habe ich nicht bestritten, vielmehr selbst die Erwartung ausgesprochen, daß dies geschehen würde. Der Kernpunkt der ganzen Sache ist aber der, daß auch diese Pariser Demonstration aus der Initiative der in Berlin zusammengelassenen französischen Gewerkschafter und deutschen Gewerkschafter geboren wurde, während eine ganz analoge Initiative der französischen Sozialistenführer und des Internationalen Sozialistischen Bureau vor drei Wochen ohne Folgen geblieben ist, ebenso wie die Einladung, die von den französischen Sozialistenführern zu einer Pariser Demonstration Mitte Juli an den deutschen Parteivorstand ergangen war, bloß mit einer schriftlichen Sympathieerklärung beantwortet wurde.

3. Der Behauptung des Parteibureaus, es sei „nicht wahr“, daß der Parteivorstand „eine Zusammenkunft des Intern. Soz. Bureau ausgefallen habe“, steht die nackte Tatsache entgegen, daß, nachdem die sozialistischen Vertreter Frankreichs, Englands und Spaniens ihre Bereitwilligkeit zu einer Zusammenkunft erklärt haben, vom deutschen Parteivorstand erst der Brief eines Mitgliedes erfolgte, der die Einleitung einer Aktion gegen die Kriegshege aus Rücksicht auf die Reichstagswahlen ablehnte, dann eine kurze Erklärung des deutschen Mitgliedes des Internationalen Sozialistischen Bureau, die Zusammenkunft sei zunächst nicht empfehlenswert. Daß diese Antwort als eine Abzage aufgefaßt worden ist, beweist einfach die Tatsache, daß die geplante Zusammenkunft trotz der Zustimmung der Franzosen, Engländer und Spanier abgefallen und die Marokkoaffäre auf die nächste Jahresfrist des Internationalen Sozialistischen Bureau verschoben, d. h. ad acta gelegt ist, und das unter ausdrücklicher Verufung auf die Antwort von deutscher Seite.

Sämtliche Behauptungen meines Artikels also, die vom Parteivorstand als „unwahr“ hingestellt wurden, sind und bleiben in allen Punkten wahr.

Zum Schluß muß die Nachschrift der Redaktion des „Vorwärts“ beantwortet werden. Die Redaktion untersteht in ihrer eifrigen Dienstbereitschaft, was das Parteibureau selbst nicht behauptet: Daß der erwähnte Brief des Vorstandes an das Intern. Soz. Bureau „ein Privatbrief“ und seine öffentliche Verprechung „eine irreführende Indiskretion“ wäre. Dieser Angriff beruht auf unwahren Behauptungen: 1. Dieser Brief war so wenig ein Privatbrief, daß ihn das I. S. B. in einer Abschrift an sämtliche ihm angegliederten sozialistischen Parteien der Welt verschickt hat. 2. Die im Briefe dargelegte Auffassung war so wenig ein Privatgeheimnis und ihre öffentliche Verprechung so wenig eine Indiskretion, daß der Briefschreiber selbst eingangs seines Briefes ausdrücklich bemerkt, er habe dieselbe Ansicht „auch am Dienstag in einer Versammlung ausgesprochen“. Weber der Schreiber noch der Empfänger des Briefes dachten also im geringsten daran, daß es sich hier um ein zartes Geheimnis handelt, das kein Licht der Öffentlichkeit vertragen darf. 3. Der Parteivorstand ist mit ein gewählter Geschäftsführer der Sozialdemokratie. Sein Meinungsaustausch mit dem Internationalen Sozialistischen Bureau über die Frage, ob die Partei eine Aktion gegen die Kriegshege unternehmen soll, ist eine Handlung, die ihrer Natur nach keine Privatangelegenheit der Vorstandesmitglieder ist, in die sich die Partei nicht einzumischen hätte, sondern sie ist eine Handlung im Auftrage, im Namen und im Interesse der Partei. Die Gesamtpartei, die Rolle der Genossen also und ihr Organ, die Parteipresse hat nicht bloß das Recht, sondern auch die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, sich für solche Handlungen zu interessieren und sie kritisch zu prüfen. Die von der Redaktion des Zentralorgans huldigende Auffassung hat nur in den Beziehungen bürgerlicher Staatsdiplomaten zu der bürgerlichen Öffentlichkeit Platz, in sozialdemokratischen Kreisen war sie bis jetzt nicht üblich und wird es hoffentlich nicht werden.

Berlin, 4. August 1911.

Rosa Luxemburg.

In unserer eifrigen Dienstbereitschaft“ müssen wir es auch hier dem Parteivorstande überlassen, zu sagen, was er zu der „Richtigstellung“ der Genossin Rosa Luxemburg zu sagen hat. Wir selbst bleiben nach wie vor dabei, daß die Veröffentlichung und Ausschaltung des bewußten Briefes eine Indiskretion war. Der Briefschreiber hat am Anfang seines Schreibens dem Internationalen Sozialistischen Bureau klar und deutlich mitgeteilt, daß es sich nur um seine Privatmeinung handle. Und etwas anderes als seine Privatmeinung konnte er auch als Versammlungsredner nicht aussprechen. Ob diese Meinung richtig ist oder nicht, kommt hier nicht in Frage. Das Internationale Sozialistische Bureau hat den Brief des Parteivorstandsmitgliedes nicht „familiären ihm angegliederten sozialistischen Parteien der Welt“ mitgeteilt, sondern nur den Vertretern der einzelnen Nationen beim Bureau mit dem ganzen in der Marokkoaffäre gepflogenen Briefwechsel zur Kenntnisnahme zugesandt. Solche Informationen sind nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Wir bezweifeln, daß die Verwendung des Briefes, wie sie Genossin Rosa Luxemburg in ihrem Artikel für notwendig gehalten hat, im Sinne des Internationalen Sozialistischen Bureau lag. Mit ihrer Charakterisierung des Briefes des Parteivorstandes nennt Genossin Rosa Luxemburg offene Lügen ein. Es ist selbstverständlich, daß der Parteivorstand als solcher der „gewählte Geschäftsführer der Sozialdemokratie“ ist. Das hindert nicht, daß das einzelne Parteivorstandsmitglied zu bestimmten Fragen seine persönliche Meinung äußern kann.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Gewerkschaftliches.

Ein Urteil.

Gelegentlich des Straßburger Straßenbahnerstreiks, der nach einmonatiger Dauer mit einem vollen Erfolg der Streikenden endete, fanden vor dem Straßburger Bürgermeisteramt unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Schwander Verhandlungen statt, an denen außer der Streikleitung und der Straßenbahndirektion auch ein Mitglied des Aufsichtsrates, Herr Löwe (Direktor des Straßburger Elektrizitätswerks) teilnahm. In bezug auf die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation führte Herr Löwe aus, daß er mit der Organisation in seinem Betriebe nur gute Erfahrungen gemacht hätte. Der vordem im Betriebe bestandene Ausschuss, hinter dem der Verband nicht gestanden sei, habe gar keinen Wert gehabt, erst nachdem der Verband selbst im Ausschuss mitwirkte, würde positive Arbeit geleistet. Derselbe Herr hat früher einmal den Ausspruch getan, daß derjenige Arbeiter ein erbärmlicher Feigling sei, welcher sich unter den heutigen Verhältnissen seiner gewerkschaftlichen Organisation nicht anschließt. Daß er dabei nicht etwa eine christliche Organisation oder gar einen gelben Verein im Auge hatte, beweist am deutlichsten die Tatsache, daß in der betreffenden Verhandlung für den Straßenbahnbetrieb als zuständige Arbeiterverbände der Deutsche Transportarbeiterverband und der Deutsche Metallarbeiterverband als berechtigt zu den Verhandlungen im neugewählten Arbeiter- und Bedienstetenausschuss bestimmt wurden. Ein vordem bestandener Ausschuss, welcher sich der Direktion gegenüber als mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden erklärte, mußte seine Wirksamkeit einstellen.

Im gleichen Sinne wie Herr Löwe sprach sich Herr Bürgermeister Dr. Schwander aus, der darauf hinwies, daß für die städtischen Betriebe in Straßburg ebenfalls Arbeiterausschüsse gewählt seien, bei welchen die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisation mit zur Beratung herangezogen würden. Wir registrieren diese Tatsachen in der Erwartung, daß manche rückständige Stadtverwaltung gleichfalls den gewerkschaftlichen Verbänden etwas mehr Anerkennung zuteil werden läßt und nicht die gelben Arbeiter- und Bedienstetenvereine direkt züchtet, wie es mancherorts geschieht.

Berlin und Umgegend.

Tarifabschluß in der Wästerbranche der Damenkonfektion.

Wie uns mitgeteilt wird, haben am Donnerstag die beiderseitigen Kommissionen über die Forderungen der Arbeiterschaft verhandelt. Sämtliche Forderungen mit wenigen Abänderungen sind bewilligt worden. Der Minimallohn für selbständige männliche Arbeiter ist auf 38 und 40 M. festgesetzt worden; für selbständige Arbeiterinnen auf 28 und 28 M.; für Arbeiterinnen, wenn sie zwei Jahre im Beruf tätig sind, auf 18 M. Die Abmachungen bedürfen noch der Zustimmung der beiderseitigen Mitgliederversammlungen.

Die Maschinisten des Prüsselbades stehen im Kampf. Der Betrieb der A. G. Turbine ist für organisierte Maschinisten und Heizer bis auf weiteres gesperrt. Die Ortsverwaltung Berlin.

Wichtig! Köpfer! Die Firma Paul Döring hat den Tarif anerkannt und beschäftigt nur Organisierte. Die Sperre ist aufgehoben. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Die Metallarbeiter in Leipzig.

In Leipzig streiken seit dem 27. Mai die Metallformer, Kernmacher und Gießereiarbeiter. Trotz der äußerst bescheidenen Forderungen scheint dieser Kampf eine große Ausdehnung anzunehmen. Der Metallindustriellenverband, Bezirk Leipzig, kann sich im Gegensatz zu den Metallindustriellen anderer Großstädte noch nicht dazu aufschwingen, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln, wenigstens eine nicht unbeträchtliche Anzahl Unternehmer dagegen nichts einzumenden hätte. In den ersten Wochen des Streiks fanden wiederholt Unterredungen zwischen dem Bewältigsten des Verbandes und einem der einflussreichsten Unternehmer statt. Hatte es den Anschein, daß durch diese Aussprache ein befriedigendes Ende des Streiks herbeigeführt würde, so änderte sich die Situation, als der Bezirk Leipzig des Metallindustriellenverbandes wider Erwarten mit der Aussperrung drohte. Der Unternehmerverband hatte es nach außen so darzustellen versucht, daß sich in diesen Kampf die Organisationen nicht einmischen und die Verhandlungen lediglich durch die Streikenden und deren frühere Arbeitgeber geführt werden sollten. Durch die brutale Androhung der Aussperrung hat der Leipziger Bezirksverband den gesponnenen Fäden zerrissen! Wenn die Organisation der Unternehmer in dieser Weise eingriff, konnten auch die Arbeiter nicht anders verfahren und bestanden nunmehr darauf, daß auch die Vertreter der Organisation zu den Verhandlungen, die zwischen vier Unternehmern und einer Kommission der Streikenden stattfinden sollten, zum mindesten als Berater, zugezogen würden. Das lehnten die Metallindustriellen ab und ein weiteres Verhandeln war dadurch zur Unmöglichkeit geworden.

Als dann die in den bestreikten Metallgießereien Beschäftigten Treffer in den Zustand traten, entschlossen sich die Unternehmer dieser Betriebe, am 24. bzw. 25. Juli 60 Proz. ihrer sonstigen Arbeiter noch auszusperrn. Von dieser Aussperrung wurden 431 Arbeiter betroffen. Das Vorgehen der Unternehmer wurde damit beantwortet, daß noch 234 Arbeiter die Arbeit niederlegten, so daß am 28. Juli 1116 Arbeiter im Kampfe standen. Die ausständigen Arbeiter stellten nunmehr noch Forderungen auf, Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnrückzahlung usw. Die Metallindustriellen saßten dann den Beschluß, 60 Proz. ihrer Gesamtbelegschaft auszusperrn. Nebenfalls wurden die Leipziger Metallarbeiter zeigen, daß sie bereit sind, den Kampf in aller Schärfe aufzunehmen.

Chemnitz, 4. August. Das Kartell der sächsischen Metallindustriellen hat nach einer Meldung der „Allgemeinen Zeitung“ beschlossen, eine gemeinsame Aussperrung vorzunehmen, falls es am 6. August in Leipzig tatsächlich zu der angedrohten Aussperrung kommen sollte.

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe

dauert nunmehr bereits 20 Wochen, ohne daß ein baldiges Ende desselben abzusehen ist. Die Parteien (Arbeitgeberverband der Holzindustrie und Deutscher Holzgewerkschaften) sind sich in keiner Beziehung auch nur eine Fingerspitze nähergekommen. Der Kampf wird demzufolge mit aller Entschiedenheit weitergeführt. Über 1800 Holzarbeiter stehen noch im Kampfe. Es wird dringend eruchtet, den Zugang nach Hamburg unter allen Umständen fernzuhalten. Auch die von Hamburg während der Dauer der Bewegung abgereisten Holzarbeiter werden dringend gebeten, nicht nach Hamburg zurückzukehren, bevor nicht genaue Erläuterungen bei der Streikleitung eingebracht sind.

An eine Beilegung des Kampfes ist in den nächsten Wochen nicht zu denken. Der Arbeitgeberverband versucht mit allen Mitteln, auch weiterhin Streikbrecher heranzuziehen.

Holzarbeiter Deutschlands, seid auf der Wacht! Weidet jeden Zugang nach Hamburg und verweigert auf jede Streikarbeit dorthin, dann wird der Kampf zugunsten der Arbeiter entschieden werden müssen.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Ausland.

Streik der Londoner Hafnarbeiter.

London, 2. August 1911.

7-8000 Hafnarbeiter traten hier gestern in den Streik. Die Streikenden, die ohne Einwilligung der Organisationsleiter die Arbeit niederlegten, behaupten, daß die Arbeitgeber den Vertrag, der vor einigen Tagen zwischen den Vertretern aller Kategorien Hafnarbeiter und der Arbeitgeber geschlossen wurde, gebrochen haben. Die Arbeiter und auch das Publikum waren nach dem Abschluß der Verhandlungen der Ansicht, daß die Arbeitgeber eingewilligt hätten, den Stundenlohn der Arbeiter, die bisher 6 Pence verdienten, auf 7 Pence zu erhöhen, und den Arbeitern, die bisher einen Stundenlohn von 7 Pence hatten, 8 Pence zu bewilligen. Ein derartiges Abkommen meldete zur Zeit auch die Presse. Die Arbeitgeber wollen nun den Stundenlohn von 8 Pence nicht bezahlen und berufen sich auf eine Klausel im Vertrag, nach der angeblich der strittige Punkt einem Schiedsgericht zur Erledigung überwiegen werden sollte. Die Situation ist sehr unklar. Eine Ausdehnung des Streiks würde in wenigen Tagen eine Lebensmittelverknappung in London hervorrufen, da die Hauptstadt fast nur auf dem Wasserwege mit Lebensmitteln versorgt wird. Wahrscheinlich wird es den Leitern der Organisationen in der Massenversammlung, die für heute abend angesagt ist, gelingen, die Fäden wieder in die Hände zu bekommen. Die Regierung hat als treue Hüterin der Arbeitgeberinteressen Polizeikolonnen nach den Hafendistrikten geschickt, die wohl für die nötigen Unruhen sorgen werden.

Der Streik der Londoner Hafnarbeiter dehnt sich immer mehr aus. Augenblicklich mögen 10-11000 Mann im Streik stehen. Wie schon berichtet, war ein Mißverständnis die Ursache des Ausbruchs des Streiks. In dem vor einer Woche abgeschlossenen Vertrage wurde bestimmt, daß die Frage, ob den Arbeitern, die bisher einen Stundenlohn von 7 Pence hatten, ein Stundenlohn von 8 Pence gewährt werden soll, durch ein Schiedsgericht zu entscheiden ist. Die in Betracht kommenden Arbeiter waren nun irrtümlicherweise der Ansicht, daß der erhöhte Lohn ohne weiteres bezahlt werden würde. In zwei großen Massenversammlungen wurde den Streikenden gestern die Sachlage auseinandergesetzt. Man beschloß, loyal zu den Führern zu halten, die den Vertrag unterzeichnet hatten, aber vorläufig die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. In diesem letzten Beschluß wurden die Streikenden durch die Streikführer bekräftigt. Vielleicht wird dieser Druck dazu beitragen, die Arbeiten des Schiedsgerichts, dem Vertreter der Handelskammer und der Gewerkschaften angehören, zu beschleunigen. Voraussichtlich wird die Arbeitseinstellung nicht von langer Dauer sein, denn die Arbeitgeber scheinen zu einem längeren Kampfe nicht aufgelegt zu sein. Zuerst verlangten sie, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen sollten, ehe man das Schiedsgericht mit der Beilegung des Streites und der Entscheidung der Lohnfrage beauftragte. Jetzt haben sie diese Forderung fallen lassen.

London, 4. August. Die Lage in den Londoner Docks hat sich in keiner Weise gebessert. Die Steuer der Surrey Commercial Docks haben sich jetzt den Ausständigen angeschlossen, und nur wenige sind heute zu den Docks gekommen, um die gestrigen angefangenen Arbeiten zu vollenden. Die Zahl der ausständigen Steuer beträgt jetzt ungefähr dreitausend.

London, 4. August. Der Hafnarbeiterstreik nimmt an Ausdehnung ständig zu. Ein Dampfer, der gestern nach Neuseeland abging, mußte 2000 Tonnen seiner Fracht, darunter Rennpferde und zahlreiches Vieh, zurücklassen.

Der Straßenbahnerstreik.

Mit dem 1. August, demselben Tage, an dem die Kopenhagener Straßenbahnen in städtischen Betrieb übergingen, wodurch die Angehörigen eine lange vergeblich angestrebte Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erhielten, haben die Angestellten der Frederiksberg- und der Tuborg-Klampenborger Straßenbahngesellschaft die Arbeit eingestellt. Sie wollen nicht schlechter gestellt sein als die große Masse ihrer jetzt im Dienste der Stadt Kopenhagen tätigen Kollegen. Der staatsangestellte Vermittlungsmann für Arbeitsstreitigkeiten hatte Ende voriger Woche versucht, eine Einigung unter den Parteien zustande zu bringen, und den Angestellten den Vorschlag gemacht, ihren Streik um acht Tage hinauszuschieben. Das lehnten die Angestellten ab, und zwar deshalb, um den Gewerkschaften nicht Gelegenheit zu geben noch mehr Leute zum Streikbrecherdienst auszubilden. Die Frederiksberger Gesellschaft hatte schon vor einigen Wochen eine Anzahl von Leuten herangeholt und sie durch Probefahrten für den Dienst einüben lassen. Als diese Leute am Dienstmorgen in Tätigkeit treten sollten, weigerte sich jedoch ein großer Teil von ihnen, Arbeitswilligendienste zu leisten. Um überhaupt einige Leute zu bekommen, mußte er den Tagelohn auf 15 Kronen festsetzen, ungefähr das Dreifache, was die Angestellten sonst erhalten. Die Menschen, die sich zum Streikbruch verleiten ließen, sind angehende Techniker und andere junge Leute aus dem sogenannten guten Bürgerum. Es gelang dem Direktor nicht mehr als 8 Wagen in Gang zu bringen. Bei der Tuborg-Klampenborger Bahn war es der Direktor selbst, der den ersten Wagen hinaufführte, und außerdem gelang es noch mit Ingenieuren und Monteuren, drei Wagen in Gang zu setzen. Konduktoren hat man bei dieser Gesellschaft überhaupt nicht zur Verfügung, die Fahrgäste werden eruchtet, das Fahrgeld in eine Wäsche zu stecken.

Die Massenausperrung in Norwegen.

Es wird jetzt in Deutschland versucht, Arbeiter nach Norwegen zu verlocken, um sie dort als Streikbrecher zu verwenden. So hatte kürzlich die Firma Ernst Pöhlmann in Kristiania in deutschen Blättern Plakate gesetzt. Ein Hiseleur, der sich auf eine solche Annonce schriftlich bei der Firma meldete, erhielt die Antwort, daß er gleich kommen solle, daß er aber nicht Mitglied des Eisen- und Metallarbeiterverbandes werden dürfe, da alle Mitglieder dieses Verbandes ausgesperrt seien. Er könne jedoch der Organisation der Goldschmiede beitreten, auf die sich die Aussperrung nicht erstreckt. Der Hiseleur erkundigte sich beim Deutschen Metallarbeiterverband über die Sache und verzichtete dann auf die Reise nach Norwegen. Dieser Vorgang zeigt, wie notwendig es ist, unter den gegenwärtigen Verhältnissen vor Zugang nach Norwegen zu warnen. Vorläufig erstreckt sich die Aussperrung auf die Bergwerks-, Zellulose-, Papier- und Holzmasseindustrie auf die Hölz- und Sägewerkindustrie sowie auf die Eisenindustrie. Es ist aber damit zu rechnen, daß sie auch auf alle anderen Industriezweige ausgedehnt wird, sich also zu einer Generalaussperrung über das ganze Land entwickelt. Die norwegische Arbeitgebervereinigung ist auch bestrebt, das schwedische Unternehmertum, das ja eine allgemeine Aussperrung im Vorgebirge veranlaßt hat, zu unterstützen. „Socialdemokraten“ in Kristiania veröffentlichten soeben zwei geheime Rundschreiben der Arbeitgebervereinigung. In dem einen werden die Mitglieder aufgefordert, dafür zu sorgen, daß keiner der ausgesperrten Arbeiter in irgend einem anderen Erwerbszweige Arbeit findet, und in dem zweiten werden die Mitglieder auf die Aussperrung in Schweden aufmerksam gemacht und ebenso dringend eruchtet, keine schwedischen Bauarbeiter zu beschäftigen.

Soziales.

Von der Norddeutschen Holzindustrie.

Welch gewaltige Entwicklung die Holzindustrie in Norddeutschland genommen hat, zeigt uns so recht deutlich der soeben erschienene

Bericht ihrer Berufsgenossenschaft. Nach demselben zählte die Berufsgenossenschaft im Jahre 1886 nur 4266 Betriebe mit 17 469 Arbeitern, während heute 47 733 Betriebe mit 280 471 Arbeitern vorhanden sind.

Berichtet sind allein 26 464 Kraftbetriebe. Der Bericht erwähnt selbst, daß dieser Industriezweig „mehr und mehr von der rein handwerksmäßigen Bearbeitungsweise abgegangen und zur maschinellen Holzbearbeitung übergegangen ist“. In welcher Weise die Maschine in der Industrie Eingang gefunden hat, zeigt uns recht deutlich eine Aufzählung des Berichtes, nach der im Jahre 1886 nur 5824 Motoren, im Jahre 1910 dagegen 30 725 Motoren in Benutzung waren, die heute 126 795 Arbeitsmaschinen, gegen 27 783 im Jahre 1886, in Bewegung sehen.

Ein Blick auf die einzelnen Arten dieser Maschinen und Motoren zeigt uns, daß heute eine förmliche Umnägelung der Betriebe gegen 1886 stattgefunden hat. So waren im Jahre 1910: 11 932 Elektromotoren vorhanden, während solche im Jahre 1886 noch völlig fehlten. Ebenso fehlten im Jahre 1886 Schmirgelmaschinen; im Jahre 1910 kamen deren 7560 zur Anwendung. Kreisfrägen gab es 1886: 5580, im Jahre 1910: 18 209; Bandsägen im Jahre 1886: 1435 gegen 14 167 im Jahre 1910; Drehbänke waren im Jahre 1910: 11 785 gegen nur 4680 im Jahre 1886 vorhanden. Von den erst nach 1886 zur Anwendung gelangten Maschinen sind noch die Maschinen zur Hobelarbeit von Steinmaß- und Verleimknöpfen hervorzuheben; deren gab es im Jahre 1910: 3670.

Mit der Einführung der neuesten Maschinen ist natürlich auch die Unfallgefahr bedeutend gestiegen. Während im Jahre 1886 auf 1000 Beschäftigte durchschnittlich 31,7 Unfälle entfielen, kommen heute schon 51,4 in Frage. Im Jahre 1886 wurden 3. B. 3170 Unfälle mit 47 Todesfällen gemeldet, im Berichtsjahre dagegen 14 408 Unfälle, darunter 108 Todesfälle.

Dabei sind 6 technische Aufsichtsbereame tätig, die im Vorjahre allein 5802 Betriebe besichtigten hatten, die 50 002 Arbeiter beschäftigten. Anzuordnen waren 8818 Schutzmaßnahmen, darunter die meisten an den gefährlichsten Maschinen, wie Kreisfrägen usw.

Die Frauenarbeit hat im Holzberufe mehr und mehr Eingang gefunden. Wenn auch die Berufsgenossenschaften leider keine Angaben darüber machen, so ergibt sich diese auch aus den Unfallziffern. Während im Jahre 1886 nur 3 weibliche Personen Rente erhielten, mußte im Berichtsjahre schon an 41 Frauen Rente gezahlt werden, darunter 5 an jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren.

Verfammlungen.

Die Dachbeder und Dachbeder-Hilfsarbeiter beschäftigten sich am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung im Gewerkschaftshause mit der Frage: Was gedenken wir zu tun, um zur Tarifbewegung im nächsten Jahre gerüstet zu sein? Der Vorsitzende Görnich führte aus, daß es mit Rücksicht darauf, daß der Tarifvertrag im nächsten Sommer abläuft, Aufgabe der Mitglieder sein muß, beizeiten, und zwar jetzt schon für eine weitere Stärkung der Organisation und ihrer Kassen zu sorgen, da man ja auf jeden Fall darauf gefaßt sein müsse, daß es zu einem schweren Kampf mit dem Unternehmertum kommen könne. Aus diesen Gründen machte der Vorstand, der sich bereits mit der Frage befaßt hatte, der Versammlung den Vorschlag, zu beschließen, daß jedes Mitglied, das innerhalb des letzten halben Jahres gearbeitet hat 5 Extrabeiträge in der Höhe des Wochenbeitrages zu zahlen hat, und zwar im Laufe der 22. bis zur 41. Beitragswoche. Die Berechnung soll in derselben Weise geschehen wie die der ordentlichen Verbandsbeiträge, so daß 80 Proz. in die Verbandskasse, 20 Proz. in die Lokalkasse fließen. — Nach einer regen Debatte, in der sich zeigte, daß man allgemein zur Zahlung der Extrabeiträge gewillt war, auch ein Antrag gestellt wurde, statt fünf, zehn solcher Beiträge zu zahlen, nahm die Versammlung den Vorschlag des Vorstandes in allen Punkten an. — Sodann gab der Vorsitzende das Ergebnis der Abstimmung über die Verschmelzung mit dem Deutschen Bauarbeiterverband bekannt. Es haben sich leider kaum zwei Drittel der Mitglieder der Filiale Berlin an der Abstimmung beteiligt, und es stimmten 113 für und 494 gegen die Verschmelzung.

Letzte Nachrichten.

Infolge einer Benzinexplosion

lam am Freitag in der Wohnung des Hauptmanns Leopold Friedemann, Invalidenstr. 5, Feuer aus, wobei der Wohnungsinhaber Brandwunden an der rechten Hand und am Arm erlitt, die ihm von Samaritern verbunden wurden. Die Flammen konnten auf ihren Herd beschränkt werden. Gleichzeitig wurde die 2. Kompanie wegen einer Spiritus-Explosion nach der Brangelstraße 7 alarmiert. Dort war der Frau J. Szimkowsky ein Kanister mit Spiritus exploidiert, als sie etwas Spiritus abfüllen wollte. Sie erlitt dabei Brandwunden am rechten Arm und mußte deshalb nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden.

Streik der Klempner und Installateure in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 4. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Klempner und Installateure haben heute abend beschlossen, in den Streik zu treten. Am 24. Juli wurde der Innung ein Tarif unterbreitet, der im wesentlichen die neunstündige Arbeitszeit fordert, sowie einen Minimallohn für Junggefelln im ersten Jahre nach der Lehre nicht unter 40 Pf., nach einem Jahre bis zum 21. Jahre nicht unter 45 Pf., für Gesellen vom 21. bis 24. Jahre nicht unter 55 Pf. und für Gesellen über 24 Jahre nicht unter 62 Pf. Die Innung hatte nur nebensächliche Wünsche den Arbeitern zugestanden und Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde bis zum Höchstbetrage von 60 Pf. bewilligt. Durch allerhand Ausreden hatte die Innung die Verhandlungen in die Länge gezogen; infolgedessen beschlossen die Arbeiter den Streik. Es kommen etwa 500 Arbeiter in Betracht.

Zwei Kinder vom Zuge getötet.

Narkruhe, 4. August. (W. S.) Auf der Strecke Barmersheim—Bruchsal wurden heute nachmittags zwei Mädchen im Alter von 11 und 13 Jahren vom Zuge überfahren und getötet.

Fünf Arbeiter verbrannt.

Vahu, 4. August. (W. S. B.) In den Balchater Naphthawerken ist eine Naphthafabrikation in Brand geraten; fünf Arbeiter kamen in den Flammen um.

Cholera und Pest.

Konstantinopel, 4. August. (W. S. B.) Gestern sind hier 22 Erkrankungen an Cholera vorgekommen, von denen 12 tödlich verlaufen sind.

Uesfö, 4. August. (W. S.) In Djacova wird ein leichtes Anzeichen der Zahl der Cholerafälle gemeldet. In Uesfö herrscht die Epidemie weiter fort.

Obessa, 4. August. (W. S. B.) In Wazarrachon sind zwei neue Pestkrankungen festgestellt worden. Eine davon verlief tödlich.

Mehr Hüttenarbeiterschutz.

Am 1. April 1909 ist die Hüttenarbeiterschutzverordnung (Bekanntmachung des Bundesrates für die Betriebe der Grobblechindustrie vom 10. Dezember 1908) in Kraft getreten. In ihren Jahresberichten für 1909 und für 1910 haben die Fabrikinspektoren Preußens eingehend über die Durchführung der Schutzverordnung berichtet. Danach fielen im Jahre 1909 in Preußen 182 853 Arbeiter unter die Hüttenarbeiterschutzverordnung. Die Verordnung schreibt ein Ueberstundenverzeichnis vor.

Im Jahre 1909 wurden 40 Prozent der beschäftigten Arbeiter durchschnittlich zur Ueberarbeit herangezogen. In den im Jahre 1909 beobachteten acht Monaten (vom 1. April bis zum 30. November) waren 7 538 571 Ueberstunden geleistet worden. Dabei ist zu beachten, daß die meisten dieser Ueberstunden sogenannten Wechselschichten, die meist in die Zeit von Sonntag früh bis Montag früh fallen und 24 Stunden dauern, feltamerweise nicht ins Ueberstundenverzeichnis kommen und damit der öffentlichen Kenntnisnahme entzogen werden. Und das, obwohl auch für diese unermesslich langen Wechselschichten in der Regel keine Ersatzurlage eingelegt werden.

Bei ihren Berichten für das Jahr 1909 erwähnten die Fabrikinspektoren vielfach, daß aus den mitgeteilten Zahlen nur in beschränktem Umfange Schlüsse gezogen werden könnten, da einmal die Verzeichnisse nur, wie schon erwähnt, acht Monate umfaßte und diese in eine Zeit der Geschäftsaufblühe fielen. Auch wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Zwang des Ueberstundenverzeichnisses an sich schon eine Einschränkung der Ueberstundenzahl herbeiführen würde.

Nun liegen die Jahresberichte der Fabrikinspektoren für das vergangene Jahr vor und es ist angebracht, zuzusehen, wie es mit dem Hüttenarbeiterschutz steht. Da sei gleich bemerkt, daß von einer Besserung gar keine Rede sein kann, daß sich die Ueberstundenwirtschaft vielmehr noch sehr verschlimmert hat. Die Zahl der in Preußen unter die Schutzverordnung fallenden Hütten- und Walzwerksarbeiter ist auf 199 303, also um 16 510 gleich 8 Proz. gestiegen. Durchschnittlich zur Ueberarbeit herangezogen wurden 88 056 Arbeiter, das sind 45,7 Prozent! Die Zahl der geleisteten Ueberstunden betrug 19 066 372, davon fielen auf Sonntage 7 601 770! Auch wenn berücksichtigt wird, daß die Beobachtungszeit im Jahre 1910 sich auf das ganze Jahr erstreckte, fällt doch sofort die riesige Zunahme der Ueberarbeit auf. Rechnen wir vergleichsweise die Zahl für 1909 auf 12 Monate um, so kommt eine Vermehrung der Ueberstunden um 68,6 Prozent heraus! Das ist eine ungeheure Steigerung!

Allerdings waren die Werke im Vorjahre im allgemeinen flott beschäftigt. Als Gründe der Ueberstundenwirtschaft werden von den Gewerbeaufsichtsbeamten angegeben: Wünsche nach Produktionssteigerung, eilige Aufträge, mangelnde Dispositionsfähigkeit der Werksbeamten, Widerstand der Arbeiter bei Einschränkung der Ueberarbeit wegen des Lohnausfalls, Mangel an gelehrten Arbeitern usw. Der Mangel an gelehrten Arbeitern rührt, soweit er zutreffen sollte, zum Teil daher, daß die Werke vielfach mit Absicht eine zu geringe Zahl dieser Leute einstellen, weil die qualifizierte Arbeit (Drehen, Mechaniker, Elektriker usw.) zu verschiedenen Zeiten verschieden stark vorliegt. Die Hüttenherren wollen aber jede Stunde, die nicht gerade mit höher gelohnter Arbeit verbracht wird, auch gleich geringer bezahlen. So werden denn die gelehrten Leute zu Zeiten über alle Maßen abgebeutet, so daß sie die Woche über oft kaum aus dem Werke kommen. Die Arbeiter sind im allgemeinen froh, wenn sie nach zwölfstündiger Regelschicht — in der Zulage vor der Hölle der Ofen und Walzen! — ihre müden Knochen ausruhen können. Wenn ein kleiner Teil noch an der Ueberarbeit hängt, so liegt der Grund an der Niedrigkeit der Regellöhne, die es vielfach unmöglich macht, einigermaßen in der Hauswirtschaft auszukommen. Die Unternehmer — besonders die der Hüttenwerke — lassen lieber überarbeiten, ehe sie den Regellohn etwas erhöhen. Und das tüchtige Kampfmittel der PreSSION durch die Organisation ist von den Arbeitern der Grobblechindustrie bis jetzt immer noch nicht genügend gewürdigt worden. Der Hauptgrund der Ueberarbeit liegt in der Profitgier der Unternehmer, in der geradezu wahnwitzig gestiegenen

Neben der ungeheuren Zahl der Ueberstunden ist die Ausnahmewirtschaft in die Augen fallend, besonders bei den Pausen. Die Schutzverordnung stellt als Regel eine einständige Hauptpause während der Schicht vor. Ausnahmsweise kann sie bis auf eine halbe Stunde herabgesetzt werden. Wie die Ausnahmebewilligungen in die Pausen wirken, dafür ein paar Zahlen. Im Bezirk Döbeln haben 700 Arbeiter nur eine 1/2 stündige und 4300 nur eine 1/4 stündige, im Bezirk Arnsherg 3920 eine 1/2 stündige und 4080 eine 1/4 stündige, im Bezirk Trier 2469 eine 1/2 stündige, 840 eine 1/4 stündige und 1835 eine 1/2 stündige Hauptpause.

Die Dauer der Regelschichten beträgt ganz überwiegend zwölf Stunden. 993 Hüttenleute hatten noch längere Regelschichten, 8750 Arbeiter arbeiteten „nur“ 8 Stunden. Im Bezirk Köln waren 41/2 Prozent der Arbeiter der Grobblechindustrie 11 1/2 Stunden, 84 Prozent 12 Stunden und 11 1/2 Prozent dreizehn Stunden täglich beschäftigt! Ohne die Ueberstunden, wohlverstanden!

Die Fabrikinspektoren berichten, daß durch das Ueberstundenverzeichnis auch die Verstöße gegen die Sonntagsarbeitsbestimmungen besser festgestellt werden können als wie vordem. In der Stadt Düsseldorf kamen bei sieben Firmen 85 Arbeiter in Frage, die in 56 Fällen an je drei Sonntagen, in 31 Fällen an je fünf Sonntagen und in elf Fällen an je sechs Sonntagen hintereinander länger als drei Stunden beschäftigt worden waren.

Zümmertlich „hok“ sind wieder die Strafen, die verhängt wurden. 3, 5, 10 Mark Strafe gibt's für Verstöße gegen die Schutzverordnung. 20 Mark ist schon „viel“. Trotzdem stehen die Hüttenherren der Schutzverordnung nach wie vor mit grimmigem Haß gegenüber, und so unzulänglich der den Arbeitern gewährte Schutz auch ist. Gegenüber dem Geheire der Unternehmer von der angeblichen Gefährdung der deutschen Eisenindustrie durch Arbeiterkutsch und Sozialpolitik ist es angebracht hinzuzusetzen, was aus Ober-Schleien über die Durchführung der Hüttenarbeiterschutzverordnung und ihre Folgen von den Gewerbeaufsichtsbeamten berichtet wird. Da heißt es:

„Im schonenden, allmählichen Vorgehen ist ein alle Beteiligten leidlich befriedigender Zustand geschaffen worden. Die Arbeiter, denen Inhalt und Zweck der Bekanntmachung nun allmählich klarer geworden ist, empfinden das Vorhandensein gestrichelter Pausen woblutend, wenn ihnen auch noch gar manchmal die Einschränkung der Ueberarbeit keineswegs zusagt. Unverkennbar ermöglichte solches Ueberarbeiten den Arbeitern bei ihrem Leben aus der Hand in den Mund, zeitweilig aufstretende größere Ausgaben durch erhöhte Einnahmen aus gut gelohnter, offenbar nicht drückend empfundener Ueberarbeit zu decken. Es ist daher auch heute noch sehr oft den Vertretern nicht leicht, sich dem Drängen mancher Arbeiter nach Ueberarbeit zu entziehen. Der zunächst von den neuen Bestimmungen herbeigeführte Erzeugungsanstieg hat sich durch veränderte Betriebsbedingungen oder eine veränderte Betriebsregelung im großen und ganzen abstellen lassen. Bisweilen sind inzwischen sogar Leistungssteigerungen oder andere Vorteile zu verzeichnen gewesen, die von den sonst mit der Bekanntmachung immer noch nicht recht ausgeöhnten Werksleitern angenehm empfunden wurden. Beispielsweise ist in einem Walzwerke die tägliche Walzgutmenge unter dem Einflusse der Bekanntmachung zunächst von etwa 200 Tonnen auf rund 300 Tonnen gestiegen, neuerdings aber wieder auf mehr als 230 bis 240 Tonnen gestiegen. Die Steigerung ist durch Einstellung einer genügenden Zahl von Ersatzleuten und durch Einführung von zwei achtstündigen Schichten statt der früher üblichen zwei zwölfstündigen erzielt worden. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die erhöhte Leistung schon in zweimal 8 ist 16 Stunden erreicht wird, und daß das Werk für die übrigen 8 Stunden des Tages die Ausgaben für den Betrieb der Walzenstraße erspart und diese Zeit für eine weitere Leistungssteigerung noch verfügbar hat.“

Damit ist aufs neue erwiesen worden, daß in einer kürzeren Arbeitszeit die Leistungen der Arbeiter verhältnismäßig steigen.

Allmählich finden jedoch auch die Arbeiter der Grobblechindustrie den Weg zur kämpfenden Organisation.

Wittert not tut es, daß der schwächliche Schutz der Bundesratsverordnung entschieden erweitert wird. Grundforderung bleibt der Achtstundentag.

vollständigeres Einverständnis, freundschaftlichere Gefühle und ein herzlicheres Zusammenarbeiten zu fördern“. Die alles umfassende Prinzipienklärung enthält die ausdrückliche Bemerkung, daß politische Diskussionen von Aktualität eine untergeordnete Rolle spielen müssen. In der Praxis waren die brennendsten politischen und wirtschaftlichen Fragen, die sich aus dem Zusammenstoß des modernen Kapitalismus mit den weniger entwickelten Massen ergeben, Tabu. Man wollte die britische Regierung nicht vor den Kopf stoßen. Unter diesen Umständen kann man es verstehen, daß unter den Gönnern der Bewegung die Hauptrollen des aggressivsten Imperialismus zu finden sind. Abgesehen von den sachwissenschaftlichen Erörterungen der Anthropologen und anderer Wissenschaftler waren daher die Arbeiten des Kongresses von keiner Bedeutung.

Wunder Vertreter der farbigen Massen war auf dem Kongress erschienen in dem Glauben, daß sich hier eine Gelegenheit bieten würde, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Massen und namentlich die grundlegenden wirtschaftlichen Beziehungen ernsthaft zu diskutieren. Zu diesen gehörte auch der Genosse Honoré Joseph Jazon, ein Westze aus dem Nordwesten Kanadas. Er kam als offizieller Vertreter seiner Klasse und besah auch Mandate von der Ration der Sprachen (Vollblutindianer) und den proletarischen Elementen der indischen Mischlingsrasse Mexikos. Auf dem Kongress schien man sehr besorgt zu sein. Jazon nicht zu Worte kommen zu lassen. Genosse Jazon nahm die Gelegenheit wahr, sich mit anderen gleichgesinnten Vertretern farbiger Massen in Verbindung zu setzen, um einen ständigen Ideenaustausch zu organisieren. Er sieht auf dem Standpunkt, daß die von dem europäischen und amerikanischen Kapitalismus ausgebeuteten farbigen Massen denselben Feinde gegenübersehen als die proletarischen Schichten der weißen Rasse, daß diese Interessengemeinschaft von gemeinschaftlichen Vorgehen führen muß und daß das ideale Bindemittel der Sozialismus ist.

Jazon ist eine sehr interessante Erscheinung. Als junger Student der Universität Toronto nahm er an der Rebellion Niels (1885) teil, in der seine Stammesgenossen einen letzten verzweifelten Versuch machten, das Joch der weißen Landpekulanten abzuschütteln. Der Führer Niel wurde gehängt und dasselbe Schicksal würde auch Jazon erreicht haben, wenn es ihm nicht gelungen wäre, nach den Vereinigten Staaten zu entkommen. In den Vereinigten Staaten schloß er sich bald der Arbeiterbewegung an, studierte Marx und die sozialistische Literatur und fand im Sozialismus das Mittel zur Verbesserung aller von der kapitalistischen Ausbeutung und Veralterung unterdrückten Menschen. Genosse Jazon wird in den nächsten Wochen auch dem Festlande einen Besuch abstatten.

Aus der Hitzedebatte alter Zeiten. Bei der gegenwärtigen, und ganz ungewohnten Hitze und Trockenheit haben nachstehende Berichte alter Schriftsteller über ähnliche Zeiten in früheren Jahrhunderten ein besonderes Interesse: „Anno 1185 war so ein dürrer Jahr, daß die Bäche und ziemlich Flüsse ausdunneten, die Wälder sich entzündeten, der Reim um Köln so klein wurde, daß man durch waten konnte.“ (M. Henrich, Von der Dürre).

„Anno 1473 ist solche große Hitze und heißer Sommer gewesen, daß die Bäche und Wasser nicht allein ausgetrocknet, das man fast nicht mahlen konnte, sondern es hat sich auch von solcher Hitze der

Gerichts-Zeitung.

Unzüchtige Annoncen.

Wegen Vergehen gegen § 184, Absatz 3 des Strafgesetzbuches hatte die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Kaufmann Otto Bode erhoben, weil er durch Annoncen in der „Zeit am Montag“ sowie in einem Wählblatt und durch Verfertigung von Preislisten und Proschüren „Gegenstände, die zu unzüchtigem Gebrauch bestimmt sind, dem Publikum angekündigt oder angepriesen“ haben sollte. Es handelt sich um Präservativs und andere antikonzeptionelle Mittel. In den Annoncen heißt es: „Hygienische Gummikartikel. — Bester Schutz gegen Infektion. Hervorragend für Eheleute. Preislisten gratis und franko.“ Auf Grund des Inzerats hatten Beauftragte der Polizei unter dem Namen E. Just und E. Kühn ohne Verlegung, ob sie Eheleute seien, sich die Preislisten von dem Kaufmann kommen lassen. Dann war die Anklage erhoben worden. Der mitangestellte Redakteur Weigand von der „Zeit am Montag“ war zu dem gestrigen Termin vor dem Landgericht wegen Krankheit nicht erschienen. Die Verhandlung gegen ihn wurde vertagt.

Der Staatsanwalt beantragt 20 M. Geldstrafe oder 4 Tage Haft. Er bezog sich auf ein in einem analogen Fall vom Reichsgericht getroffene Entscheidung.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Halpert, äußerte Bedenken gegen die Auslegung, die das Reichsgericht jenen Paragraphen gegeben hat. Das Reichsgericht habe einfach statt der Worte „bestimmt sind“, gesagt: „geeignet sind“. Trotz jenes Reichsgerichtsurteils hätten z. B. das Landgericht in Köln, das Landgericht in Hannover und als Berufungsinstanz das Oberlandesgericht in Celle in solchen Fällen auf Freisprechung erkannt, und vermutlich habe daraufhin dort die Staatsanwaltschaft von weiteren Anklagen solcher Dinge wegen Abstand genommen. Hervorragende Juristen wie Rögge und andere händten durchaus nicht auf dem Standpunkt des Reichsgerichts. Auch hervorragende Juristen, wie der Geheimrat Reicher in Breslau und mit ihm die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten betrachteten es als eine schwere Schädigung der Volksgesundheit, wenn die Verbreitung solcher Artikel durch das Gesetz behindert wird. Nun sage man, daß durch die Anpreisung solcher Gegenstände der außereheliche Geschlechtsverkehr gefördert werde. Aber wer die Verhältnisse kenne, werde schwerlich behaupten, daß auch nur ein einziger derartiger Fall weniger vorkomme, wenn man der Judikatur des Reichsgerichts folge. Wenn man aber gar die Anwendung antikonzeptioneller Mittel in der Ehe treffen wolle, so sei das doch ein ungeheurer Eingriff in die intimsten Verhältnisse. Auch dürfe in dem hier vorliegenden Falle nicht unerwähnt bleiben, daß das Vorgehen der Polizei doch als antimoralisch und gewissermaßen als Anstiftung zu einem Delikt erscheinen könne. Außerdem aber sei die Verurteilung der Preislisten und Proschüren nicht als Anpreisung im „Publikum“ anzusehen, denn es könne hier, möge die Zahl der Reflektanten auch groß sein, nur von Individuen, und nicht von dem allgemeinen Begriff „Publikum“ die Rede sein, da in allen Fällen ein individueller Wunsch vorliege. Aus Gründen der Logik und der Volksgesundheit sei es sehr zu wünschen, daß die Instanzgerichte zu einer anderen Rechtsprechung als die des Reichsgerichts kämen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 20 M. Geldstrafe oder 2 Tagen Haft und erkannte ferner auch dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf Unbrauchbarmachung der Schriften und Annoncen.

Die Ansicht des Verteidigers, daß das Reichsgericht seine Ansicht ändern werde, vermögen wir nicht zu teilen. Bereits vor der jetzigen Fassung des § 184 St. G. B. eines Teiles der sogenannten Lex Heinze, sind auf Grund des minder spezialisierten älteren § 184 Verurteilungen wegen Verfertigung derartiger Preislisten und Proschüren erfolgt, wenn die Verfertigung ohne Rücksicht auf die Person des Empfängers geschah. Die Gerichte prüften von Fall zu Fall, ob solche Listen und Inzerate dem außerehelichen Verkehr dienen sollten und verurteilten, wenn sie zur Verhütung dieser Frage gelangten. Die Lex Heinze hat diese Praxis bestätigt und verschärft. Derartige Inzerate unterliegen also freiz der Gefahr strafrechtlicher Verurteilung. Der Verkauf von Palliativmitteln ist straflos, unter Strafandrohung steht aber ihre öffentliche Ausstellung, Ankündigung und Anpreisung. Reulich legten wir dar, daß der Ausschluß der Ausstellung solcher Dinge aus der Dresdener Hy-

Böhmischer Wald entzündet, und ganzer 18 Wochen gebrennet, desgleichen der Harz ist auf 4 ganzer Weilen hinweg gebrennet, daß das Land voll ausgehoben worden, welches viel Säume niederfallen und Gruben aufwerfen müssen, damit den Feuer gewehrt werden.“ (Sachsen Chronica).

„Anno 1550 ist ein kalter Winter gewesen, darauff ein heißer Sommer erfolgt, daß es in elflichen Monaten nicht geregnet, dadurch nicht allein das Gras verborret, und die Sommer Früchte ausblieben, sondern auch ein großes Sterben, hebes an Menschen und Vieh erfolgt, also das zu Abend oft das dritte Teil des Viehes kaum wieder zu Hause kommen, das andere ist draußen geblieben und gestorben. Von den Menschen haben sich gefunden hitzige Fieber, großer Hauptwehe. Item schwerliches Husten und Wuttipien, eiliche werden im Leide auch anrüchig und sinken so übel, das fast niemand um sie bleiben kann. So fest auch die giftige Seuche der Pestillen, welche Anno 1540 sich angefangen, noch immerdar hart an.“

Der oben angeführte M. Henrich bringt seinerseits wieder ältere Berichte und Erzählungen über dürrer Jahre in Erinnerung. So heißt es: „Anno 664 gedenket Bedo, das binnen dreier ganzer Jahr kein Regen gesehen, darauf eine solche Theurung erfolgt, da zu 40 und 50 Menschen mit gefalteten Händen gelaufen, sich für großen Hunger miteinander ins Meer gestürzt.“

Gesprochene Zeitungen. Das einfachste chinesische Buch zu lesen, erfordert die vollkommenste Kenntnis von wenigstens dreitausend verschiedenen Schriftzeichen, und so darf ein Sohn des Himmels Reiches, der lesen und schreiben kann, mit Zug und Recht als ein hochgebildeter angesehen werden. So ist es auch begreiflich, daß der „King Pao“ und andere Zeitungen nur diesen Gebildeten zugänglich sind. Für die große Mehrheit derer, die nicht zu lesen verstehen, gibt es in Peking Lesezettel, in denen einer dieser Gebildeten die Zeitung laut vorliest und der stets zahlreicheren Zuhörerschaft ihren Inhalt erklärt. Diese Lesezettel erinnern, so berichtet die italienische Zeitschrift „Attualita“, an die evangelischen Gebetszettel, und die Wämer, die hier die Zeitungen vorlesen, geben auch zu, daß sie durch die Methode der Missionare auf den Einfall gekommen wären, es ihnen nachzutun. Vielleicht ist die Kunde von diesen gesprochenen Zeitungen aus China zu uns gekommen und hat hier die Nachahmung gefunden, die natürlich bei der sehr viel entwickelteren Technik, über die das Abendland bietet, eine ganz andere Ausgestaltung erfahren hat. Budapest kann sich rühmen, den Traum Bellamys von einer telephonierten Zeitung in die Wirklichkeit überführt zu haben. Der „Telefon Birmanda“ hat mehr als 200 Redakteure, die mit Hilfe eines Telephonnetzes von dreihundert Kilometer Drahtlänge mit über 15 000 Abonnenten in Verbindung stehen. Alltäglich wiederholen von morgens früh um acht Uhr bis abends um 10 Uhr acht Stentorstimmen Wort für Wort die Artikel, die von dem Chefredakteur ausgewählt sind, und sprechen sie in die Apparate, die in einem großen Saal zusammenlaufen. Zur selben Zeit werden die erhaltenen Meldungen wiedergegeben: Telegramme aus dem Ausland, Lokalnachrichten, Parlamentsberichte, politische Neben-, Vorkommnisse, Handelsnachrichten und Gerichtsberichte; kurz, alle die Dinge, die ein großes Tagesblatt zu bringen pflegt. Auch in Rom arbeitet gegenwärtig eine gesprochene Zeitung dieser Art.

Kleines feuilleton.

Reinhold Wegas. Nun, da er tot ist — er starb am Donnerstagabend im 81. Lebensjahre —, den wir so oft und so heftig bekämpft, fragt man sich: haben wir ihm auch nicht unrecht getan? In voller Bestimmtheit kommt die Antwort: nicht, wir taten ihm das Unrecht, er hat es sich selber zugefügt. Und wenn nicht er, so das Wilhelmische Zeitalter, das über ihn kam. Er ist zugrundegegangen, als er seine Menschlichkeit gegen höfische Romantik vertauschte. Er wäre solchem Luxus aber kaum zugänglich gewesen, hätte er nicht von vornherein die Raslosigkeit in sich getragen. Es ist darum eigentlich falsch, von einem guten und einem schlechten Wegas zu reden, von einem, der aus eigenem Empfinden die schöne Leidenschaft gestaltete, von einem anderen, der gewaltsam brauste, weil er sich verleiten ließ, die Kunst als ein Arrangeur von Festen zu betreiben. Demgemäß: es gab immer nur einen mittelmäßigen Wegas, Mittelmäßig zum mindesten in der Selbstbeobachtung; ohne die indes noch nie ein dauernder Wert geschaffen wurde. Mittelmäßig im Charakter, an dem sich noch immer entschied, ob einer zum Sklaven oder zum Herrn bestimmt ist. Man erinnere sich, wie Michelangelo dem Papst entließ, weil er fürchtete, die Kunst bedrängt zu sehen. Wegas hat sich den absolutistischen Wesen zum Gefangenen gegeben und hat damit drastisch bewiesen, daß er nichts weniger war als „unser“ Michelangelo. Er war ein talentvoller Anekdote; er hatte, und das ist das Schlimmste, die Erkenntnis für solche Horigkeit völlig verloren. Er lachte nicht über seine Drometenhöhe, er freute sich an ihnen. Er war kein Zyniker, vielmehr ein Pathetiker. Die alten Zauberfänger und Goldmacher, die bei aller Weisheit doch nie vergaßen, daß im Grunde sie die Herren und die Fürsten die Genarrten wären, haben der Menschheit mehr geleistet.

Als er anfang, schien es so, als wollte er einem Dämon gehorchen; er rebellierte gegen die berlinische Maffii und schwelgte im Fleisch. Als dann aber später das Orchester seinen Rängen fand, schwoh es zum Paroxysmus, der alles froh und nichts neben sich gelten lassen wollte. Wegas war eine Seuche. Noch lange wird Deutschland an ihm zu tragen haben, wenngleich man sagen kann, daß die eigentliche Wegaschule bereits zertrümmert wurde. Das archaische Prinzip hat den kannibalischen Naturalismus ausgeschaltet. Schon heute empfinden alle Wissenden den Wegas als eine Episode.

Wir haben ihm nicht unrecht getan, er hat das Maß der Selbsterfüllung zugefügt. Warum begnügte er sich nicht mit der Art seiner Mangelhafte, des Schillerdenkmals und der seiner frühen Frauenalter. Warum begnügte er sich nicht damit, den Ringkämpfen als Preisrichter zuzuschauen, warum begann er selber zu ringkämpfen und zu boxen? R. Br.

Ein Welt-Kongress. In den letzten Wochen des Juli fand in London der Erste Welt-Kongress statt. Obwohl sich die Veranstalter alle Mühe gaben, der Welt die Abhaltung des Kongresses zu verübeln, hat die Öffentlichkeit der Zusammenkunft doch herzlich wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Der Zweck des Kongresses war, im Richte der Wissenschaft und des modernen Bewusstseins die allgemeinen Beziehungen, die zwischen den verschiedenen Massen bestehen, zu diskutieren, um ein

niens-Ausstellung als dem § 184 entnommenen Wecken ungerichtet war, weil die Frage, ob die zur Ausstellung bestimmten Gegenstände unzulässig Gebrauch dienen sollten, schließlich von irgendeinem Gericht, einschließlich des Reichsgerichts, bejaht wäre. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hätte gerade, weil sie auf Verbreitung der Kenntnis von Krankheitsgefahren mit Recht dringt, die Präventivmittel ausstellen oder, was bei der Tendenz der Dresdener Ausstellung gegen Hygiene vielleicht ratsamer gewesen wäre, auf jede Beteiligung an einer so gezielten Ausstellung verzichtet sollen.

Ein schweres Bootunglück

bei welchem ein junges Mädchen und Leben gekommen war, beschäftigt gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zimmermann die 2. Ferienkammer des Landgerichts II. Wegen Vergehens gegen den § 328 des Strafgesetzbuches und fahrlässiger Tötung war der Dampferführer Wilhelm Gublaß angeklagt, weil er beschuldigt wurde, durch Fahrlässigkeit das Sinken eines Bootes verursacht zu haben, wodurch der Tod eines Menschen herbeigeführt worden war. Am 9. August vorigen Jahres hatte der Mechaniker Schwamm, welcher bei dem Direktor Schneider angestellt war, mit dessen Motorboot „Agnes“ eine Fahrt nach dem Restaurant „Ostend“ in Oberschöneweide unternommen. In seiner Begleitung befand sich ein Student und drei junge Mädchen. Als sich das Motorboot auf der Rückfahrt in der Nähe des Spindlerischen Badehauses in Köpenick befand, folgte ihm in einiger Entfernung der Dampfer „Aufhäuser“ von der Reederei Kömer, der erheblich schneller fuhr als das Motorboot. Wie die Anklage behauptet, habe der Angeklagte, welcher Führer des Dampfers „Aufhäuser“ war, nach § 21 der Strom- und Schiffsfahrtpolizeiverordnung die Pflicht, sich in mindestens zwei Bootslängen Abstand von dem vorauffahrenden Boot zu halten, und ferner mit der Dampfpeife Signale zu geben, wenn er die Absicht habe, das Boot zu überholen. Weibes soll der Angeklagte unterlassen haben. Durch diese Unterlassung sei herbeigeführt, daß das Motorboot von hinten angefahren wurde. Das Motorboot erhielt ein großes Loch und ging sofort unter. Während es gelang, die beiden männlichen Insassen und zwei der jungen Mädchen von dem Dampfer aus zu retten, verschwand das dritte Mädchen, namens Emma Reichle, welches sich in der Kajüte aufgehalten hatte, mit dem Boot in der Tiefe und ertrank.

Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß ihn keine Schuld an dem Unglück treffe, da er das Boot nur wenig über dem Wasserspiegel erhebende Motorboot überhaupt nicht gesehen habe, weil es entgegen den polizeilichen Vorschriften keine Hecklaterne gehabt habe und dadurch von hinten übersehen nicht sichtbar gewesen sei. — Der Staatsanwalt beantragte dennoch eine Gefängnisstrafe von 1 Monat. Rechtsanwalt Dr. Granemann hielt die Freisprechung unbedingt für geboten, da den Angeklagten keinerlei Verschulden trifft. Es sei in Wasserfahrtskreisen allgemein bekannt, daß gerade von den kleinen Motorbooten, die wenig sichtbar sind, es unterlassen werde, am Heck das vorgeschriebene Warnungsschild anzubringen. — Das Gericht folgte nach kurzer Beratung den Ausführungen der Verteidigung und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

Schwere Verletzungen eines Briefträgers

lagen einer Anklage wegen Unterschlagung im Amte und Urkundenfälschung zugrunde, die gestern die 1. Ferienkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt war der Briefträger Karl Köhler. — Der Angeklagte, welcher seit dem Jahre 1900 in Postdiensten stand, war zuletzt auf dem Postamt 65 als Briefträger beschäftigt. Hier führte er sich sehr gut und war allgemein beliebt. Um so größer war das Erstaunen, als sich eines Tages ergab, daß der Angeklagte sich nicht nur an den ihm amtlich übergebenen Geldern betrogen habe, sondern auch noch verschiedene Fälschungen verübt hatte. Es ergab sich, daß der Angeklagte einer Frau Sauerwald, die ein Zigarrengeschäft besaß, vorgerechnet hatte, er sei auch zur Empfangnahme von Geldern berechtigt. Frau S. übergab ihm daraufhin eine über 185 M. lautende Postanweisung zur Einzahlung auf dem Postamt. Köhler zahlte jedoch nur 65 M. ein und behielt den Rest für sich. Auf dem Postabschnitt fälschte er den Namen der Frau S., nachdem er vorher in deren Namen die Bitte ausgesprochen, der Empfänger des Geldes möge ihr den Rest bis zum November senden. In gleicher Weise fälschte der Angeklagte mehrere andere Postanweisungen, wodurch er sich in den Besitz von 473 M. setzte. Das auf diese Weise erlangte Geld brachte der Angeklagte zum größten Teil auf der Rennbahn durch.

Vor Gericht gab der Angeklagte an, daß er durch Schulden, die in einem von seiner Frau geführten Papiergegeschäft entstanden seien, vertrieben worden sei, sich an fremdem Gelde zu vergreifen. Das Gericht erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf 4 Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Ein Wiederaufnahmeverfahren

welches einen interessanten Beitrag zu der Frage der Glaubwürdigkeit der Aussagen jugendlicher Personen liefert, liegt zurzeit der 10. Strafkammer des Landgerichts I zur Entscheidung vor.

Vor dieser Strafkammer hatte sich vor einiger Zeit der Schauspieler Willi G. und der 17-jährige Schriftsetzerlehrling Joh. H. unter der Anklage des Vergehens gegen den § 175 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Die Anklage stützte sich im wesentlichen auf die Angaben des 17-jährigen jungen Mannes, der aus der Lehre gelaufen und allgemein als Luthigut bezeichnet war. Der erstangeklagte G. bestritt die Angaben des H. auf das entschiedenste und behauptete, es sei ihm unerklärlich, wie H. zu dieser Verleumdung komme. Das Gericht hielt die Angaben des jugendlichen Angeklagten jedoch für glaubwürdig und erkannte gegen G. auf 2 Monate und gegen H. auf 2 Wochen Gefängnis. Kurz nach der Verhandlung brach H. auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes in Tränen aus und erklärte in Gegenwart mehrerer Personen, daß er den G. zu Unrecht beschuldigt habe. Ihm sei auf der Polizei gesagt worden, wenn er möglichst alles sage, komme er am besten weg, da es dann heiße, er sei der Verführte. Er habe dann alles übertrieben und mehr erzählt, als sich tatsächlich zugetragen habe. Da er glaubte, es sei strafbar, wenn man vor der Polizei etwas Falsches ausfage, sei er dann vor Gericht bei den falschen Angaben geblieben. Unter Tränen hat er dann den G. um Verzeihung. Auf Grund dieses Vorganges hat Rechtsanwalt Dr. Busse, der die Verteidigung des G. geführt hatte, die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Die Staatsanwaltschaft hat schon die Erklärung abgegeben, daß sie der Wiederaufnahme zustimme.

Soziales.

Wacht, daß die Invalidenversicherungsansprüche nicht verfallen!

Der erweiterte Senat des Reichsversicherungsamtes hat eine für die Frage der Erfüllung der Wartezeit erhebliche Entscheidung getroffen.

Das Invalidenversicherungsgesetz schreibt vor, daß ein Versicherter nur dann Anspruch auf Invalidenrente oder Altersrente hat, wenn er die im § 29 des Gesetzes vorgezeichnete Wartezeit erfüllt hat. Die Wartezeit beträgt, wenn der Versicherte mindestens 400 Pflichtbeiträge geleistet hat, 200 Beitragswochen, im anderen Falle jedoch 500 Wochen. Die Wartezeit ist dann nicht erfüllt, wenn innerhalb zweier Jahre nicht mindestens 20 (bei Selbstversicherern nicht 40) Wochen geleistet worden sind. Es gelten dann alle Ansprüche auch aus den früher geleisteten Wochen als erloschen. Die Versicherten, die also aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, müssen dafür Sorge tragen, daß sie ihren Anspruch aufrecht erhalten; denn auch nur eine Woche, die nicht erfüllt ist, gilt infolge der erwähnten Bauernfangvorschrift der Anspruch als erloschen.

Der Buchbinder Wilhelm H. wurde Anfang Januar 1910 vollständig erwerbsunfähig. Der von denselben bei der Landesversicherungsanstalt Berlin gestellte Antrag auf Bewilligung der Invalidenrente wurde abgewiesen, weil H. die Wartezeit nicht zurückgelegt habe. Die Landesversicherungsanstalt stellte fest, daß H. 515 Beitragswochen geleistet hat, daß weiter 9 als Beitragswochen anzurechnende Krankheitswochen vorhanden sind, daß aber von diesen insgesamt 524 Wochenentzügen nur 81 angerechnet werden können, weil die vor dem 6. April 1900 zurückgelegten Wochen wegen Erloschen der Anwartschaft keine Berücksichtigung finden könnten. Für den zweijährigen Zeitraum vom 6. April 1907 bis zum 6. April 1909 seien nur 19 Beitragswochen als nachgewiesen angesehen.

Das Schiedsgericht beurteilte auf eingelegte Berufung die Landesversicherungsanstalt zur Zahlung der Invalidenrente. Es wurde für festgehalten erachtet, daß H. in dem in Betracht kommenden Zeitraum nicht 10, sondern 20 Wochen geleistet habe. H. hatte seine Karte, in der 7 Wochen enthalten waren, auf dem Polizeirevier umtauschen wollen. Hier wurde ihm aber gesagt, daß er, um seinen Anspruch anrecht zu erhalten, noch mindestens 13 Wochen leben müßte. Diesem kam H. nach. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat nun eine am 17. April 1909 entwertete Karte nicht mit in Anrechnung gebracht, weil für die Woche vom 12. bis zum 17. April 1909 in der nächsten Karte eine Woche mit gleichem Entwertungsdatum bereits vorhanden war. Das Gericht hielt eine der beiden Karten als Pflichtbeitrag geleistet, die andere wurde als freiwilliger Beitrag in Anrechnung gebracht. Dadurch war die Wartezeit erfüllt, denn nunmehr hatte H. für den zweijährigen Zeitraum 20 Wochen geleistet.

Gegen diese Entscheidung legte die Landesversicherungsanstalt Berlin Revision beim Reichsversicherungsamt ein. Sie bemängelte, daß das Schiedsgericht eine der am 17. April 1909 entwerteten Karten als freiwilligen Beitrag für rückliegende Zeiten angerechnet habe. Beide fraglichen Karten seien verwendet, um der Beitragspflicht für die Woche vom 12. bis zum 18. April 1909 zu genügen. Der Arbeitgeber hätte die in der nächsten Karte vorhandene Karte nicht mehr verwendet, wenn er gewußt hätte, daß in der alten umgetauschten Karte für die gleiche Woche bereits geleistet worden sei.

Das Reichsversicherungsamt verwarf die Entscheidung an den erweiterten Senat. Der erweiterte Senat des Reichsversicherungsamtes wies die Revision der Landesversicherungsanstalt zurück.

Aus den Entscheidungsgründen seien der Wichtigkeit des Falles entsprechend einige Stellen wörtlich wiedergegeben:

„Nach der hängigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes können Beiträge, die auf Grund einer irrtümlich angenommenen Verpflichtung geleistet sind und deshalb als Pflichtbeiträge ungültig sind, als freiwillige Weiterversicherungsbeiträge angesehen werden. Dazu bedarf es nicht eines von vornherein auf die Weiterversicherung gerichteten Willens, vielmehr genügt der allgemeine Wille, die Beitragsmarken überhaupt zur Versicherung desjenigen zu verwenden, für den sie geleistet sind. Dieser allgemeine Wille ist auf Seiten des Arbeitgebers, der die überschüssige Marke auf Feld 1 der Karte Nr. 11 offenbar in der Annahme verwendet hat, daß er für die Woche vom 12. bis 18. April 1909 noch keinen Beitrag entrichtet habe, zu vermuten, solange er den Beitrag für den überschüssigen Beitrag nicht zurückgefordert hat, was bisher nicht geschehen ist und jetzt gegenüber der Versicherungsanstalt auch nicht mehr gefordert kann.“

Es bleibt nur noch zu prüfen, ob es nicht zulässig ist, den Beitrag rückwärts auf den am 6. April 1909 abgelaufenen Anwartschaftszeitraum anzurechnen. In dieser Beziehung ist das Revisionsgericht der Revisionsentscheidung 1267 (Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1909, S. 419) gefolgt, wo ausgeführt ist, daß das Gesetz den freiwillig Versicherenden innerhalb der durch die §§ 46, 148 des Invalidenversicherungsgesetzes gezogenen Grenzen die weiteste Bewegungsfreiheit lasse hinsichtlich der Zeit, in welcher und der Zeiträume, für welche die Beitragsleistung zu erfolgen habe, und daß es in dieser Beziehung weder eine Erklärung noch einen bestimmten Willen des Versicherten verlange, auch dann nicht, wenn es sich um die Nachbringung von Beiträgen für zurückliegende Zeiten handele. Nur auf den aus den Umständen zu entnehmenden mutmaßlichen Willen des freiwillig Versicherenden kommt es an. Dieser Wille ging aber bei dem Kläger, wie das Schiedsgericht auf Grund der Verhandlung vom 16. Juni 1910 zutreffend angenommen hat, ungewißhaft dahin, die Anwartschaft für den Zeitraum vom 6. April 1907 bis dahin 1909 zu erhalten, und war daher an sich geeignet, den überschüssigen Beitrag aus der Karte Nr. 11 für diesen Zweck dienstlich zu machen.

Wenn auch nicht feststeht, wann der überschüssige Beitrag der Karte Nr. 11 entrichtet worden ist, so ist doch anzunehmen, daß dies spätestens Ende Oktober 1909, als der Kläger seine Arbeit einstellte und jedenfalls nicht erst nach Ablauf eines Jahres seit dem auf der Karte bemerkten Auslieferungstage (6. April 1909) geschehen ist. Die Anrechnung dieses Beitrages auf die Anwartschaftszeit vom 6. April 1907 bis dahin 1909 ist daher unbedenklich. Damit sind aber 20 Beiträge für diese Frist nachgewiesen, so daß die Anwartschaft erhalten ist.“

Aus aller Welt.

Ein genossenschaftliches Warenhaus.

errichten sich jetzt für über 3 Millionen Frank die Zürcher Arbeiter. Ihr Konsumverein (Lebensmittellverein) zählt jetzt über 21 000 Mitglieder aus fast allen Kreisen der Bevölkerung und verzeichnet für das letzte Geschäftsjahr einen Umsatz von rund 7 Mill. Fr. Die finanzielle Grundlage für dieses Millionenprojekt ist somit gegeben, weshalb es dem auch die letzte Generalversammlung sanktionierte. Das Warenhaus, im modernen Sinne gedacht, kommt an die „teuerste Stelle von Zürich“ zu stehen, im Zentrum der Stadt, des Bank- und Geschäftsviertels, ins Herz der besten Kauf- lage, dahin, wo Arm und Reich von allen Seiten in die Warenhäuser zusammenströmt. Für den Quadratmeter Baugrund wurden 662 Fr., für den gesamten Komplex 1 900 000 Fr. gezahlt. Der Verein, der im steten Aufblühen begriffen ist und von allen politischen und gesellschaftlichen Schichten à la Preußen verschont bleibt, sich somit nach jeder Richtung hin voll entwickeln kann, genießt das Vertrauen der großen Masse der Zürcher konsumierenden Bevölkerung und vertritt die Ansicht, daß die Idee der genossenschaftlichen Warenhäuser entschieden in der Richtung der natürlichen Entwicklung des Konsumvereinswesens liegt und daß es ein Gebot der Gerechtigkeit ist, die Idee beizugehen zu realisieren. Um sich das glänzendste Aussehen verschaffende Geschäft zu sichern, hat der Verein — ein Beweis seiner Leistungsfähigkeit — bereits vor einigen Tagen 600 000 Fr. in bar ausbezahlt. Er hat ferner für den Bau bereits weitere 1 1/2 Mill. Fr. zur Verfügung, so daß sich Ende nächsten Jahres im Herzen der internationalen Fremdenstadt Zürich ein Kauf- und Geschäftszentrum erheben wird, auf den die weitblickenden Leiter des sozialistischen Genossenschaftswesens in Zürich stolz sein dürfen und der vielleicht andere leistungsfähige Vereine zu ähnlichen Unternehmungen anspornen wird.

Weitere Folgen der Hitze.

Östn. Nicht weniger als vier Dristellager im Vorgebirge sind infolge der trockenen Hitze in Brand geraten. Die Lösungsversuche hatten nur geringen Erfolg.

Paris. Ein blutiges Drama, das der Hitze zugeschrieben wird, wird aus Antoine umwit Journal gemeldet. Ein Buchbinder tötete aus unbekanntem Grund sein 46-jährige Witwe, Frau und deren Tochter. Hierauf schickte er und beging Selbstmord, indem er sich eine Kugel in die Schläfe jagte.

Dr. Sel. Die Hitze hat in Belgien weitere Opfer gefordert. Mehrere Todesfälle, verursacht durch die Hitze, sind hier wieder zu verzeichnen.

Madrid. In Matara (Malabrien) sind drei Personen plötzlich verstorben. Man glaubte, daß es sich um Cholera handelte; eine jetzt verordnete Untersuchung hat jedoch ergeben, daß die Verstorbenen Opfer der Hitze geworden sind.

London. Ein 77-jähriger Mann, der stark unter der Hitze litt, beging Selbstmord durch Vergiftung, ein anderer 65-jähriger durchschlitt sich aus demselben Grunde die Gurgel. In der Umgebung von Rott sind alle Wasserläufe ausgetrocknet und die Landbevölkerung muß das Wasser meilenweit herholen. Die Milchpreise sind um 10 Pfennige gestiegen. Seit 43 Jahren ist die Ernte nicht so frühzeitig eingeholt worden wie in diesem Jahre.

Ein ungeheurer Waldbrand, der zwischen Mittenwald und Franzensfeste im Eisackale ausbrach, nahm vergangene Nacht bei stürmischem Wetter eine große Ausdehnung an und bedroht jetzt die ersten Häuser von Franzensfeste. Jeder Versuch, den Brand einzudämmen, ist aussichtslos, da die fliegenden Funken alle Schutzgräben überbrücken. Das Militär mußte wegen der Gefahr von den Höhen zurückgezogen werden. Die vernichtete Hochwaldfläche wird auf 350 bis 400 Hektar geschätzt.

In der Ortschaft Runatepewa im ungarischen Komitat Gömör sind 110 Wohnhäuser niedergebrannt. Zwei Kinder sind in den Flammen umgekommen, 800 Menschen sind obdachlos. Zahlreiches Vieh und viel Getreide ist verbrannt.

Tragisches Ende eines Schulausfluges.

Auf einem Schulausflug von New Caslle nach Swalwell erkrankte, einem Telegramm aus London zufolge, 30 Kinder nach dem Genuß von Beeren, so daß 15 von ihnen unverzüglich ins Krankenhaus geschafft werden mußten und nur die übrigen die Rückfahrt nach New Caslle antreten konnten. Drei der im Krankenhaus befindlichen Knaben konnten nach einem Tag wieder entlassen werden, die 12 noch im Krankenhaus von Swalwell Weilenden schweben dagegen in Lebensgefahr.

Der Lehrer, der die Schüler bei dem Ausflug führte und beaufsichtigte, soll von den Eltern der erkrankten Kinder wegen Fahrlässigkeit zur Rechenschaft gezogen werden.

Traurige Beschließung.

In articulo mortis (Ehefrau wegen Todesgefahr) ist dieser Tage in Rom ein Juchshändler namens Marchetti mit seiner im Sterben liegenden Geliebten getraut worden. Diese Ziviltrauung fand statt, um das im Jahre 1904 aus dem Verhältnis der beiden unglücklichen herborgegangene Kind zu legitimieren. Marchetti wurde wegen Totschlags zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Geliebte, die nunmehr allein für das Kind zu sorgen hatte, wurde daraufhin Krankenwärterin in einem römischen Hospital und holte sich, wie viele ihrer Arbeitsgefährtinnen die Augenubertulose. Auf ihrem Totenbett wünschte sie die Beschließung, und der Sträfling ließ sich aus seinem Zuchthaus in Gardinen nach Rom schiden. Die Frau lag tatsächlich in den letzten Tagen während der Trauungszeremonie vor sich hing: sie verlor zweimal das Bewußtsein.

Der römische „Messaggero“ macht darauf aufmerksam, daß in dem Zimmer der Schwindsüchtigen vier Personen außer dem siebenjährigen Kinde schlafen, und fragt sich, warum die Gesellschaft, die so eifrig die Verbrechen bestraft, an ihren eigenen Verbrechen teilnahmslos vorübergeht.

Kleine Notizen.

Die Explosionkatastrophe in Wandobet hat ein weiteres Opfer gefordert. Von den in das Krankenhaus eingelieferten Schwerverletzten ist der hier wohnende Arbeiter Wegner gestorben. Der Zustand zweier anderer Schwerverletzter muß noch als sehr ernst angesehen werden. Beide haben schwere Brandwunden und außer dem Beinbrüche erlitten.

Wahnschändel eines Kindes. Aus Drillinge wird gemeldet: Ein Landarzt, der vor einiger Zeit eine Witwe mit zwei Kindern geheiratet hatte, hat gestern die Frau und eines der Kinder in einem Anfall von Tobsucht ermordet. Mit der Frau hatte er den beiden unglücklichen den Schädel gespalten. Der Mörder ergriff nach der Tat die Flucht und konnte bisher nicht ermittelt werden. — Ein ähnlicher Fall wird aus Halle gemeldet: Der Geistesranke Fuchs stieß auf einem Spaziergange in Eisenberg seine neunjährige Tochter trotz ihres festigen Sträubens in einen Teich und sprang ihr dann nach. Vater und Kind ertranken.

Hungernot in China. In der Provinz Tschu steht, wie uns aus Schanghai berichtet wird, eine Hungernot infolge starker Ueberflutungen bevor.

Anfall während einer Schließung. Während einer Schließung in der Nähe der Ordenerburger Müllschleifbahn flohen mehrere Augen in eine Vergnügungsgesellschaft. Die Frau eines Ingenieurs wurde von einer Kugel getroffen und sofort getötet.

Der Kampf um die Hutnadel wird in München energisch durchgeführt. Heute waren nicht weniger als — sechzig Straßendankschaffner vor die Direktion geladen, weil sie laut Anzeige der Kontroleurinnen Damen mit offenen Hutnadeln nicht aus dem Wagen gewiesen hatten. Wenn die Schaffner nun bestraft werden, dann haben die Damen das auf dem Gewissen.

Ein Musikler beim Schwimmmunterricht ertrunken. Ein schwerer Unfall hat sich gestern in der Müllschleifbadausfahrt in Neureuppin zugetragen. Der Musikler Bremer von der zweiten Kompagnie des 24. Infanterie-Regiments hatte Schwimmmunterricht erhalten sollen. Es war ihm zu diesem Zweck vom Schwimmler ein Burt angelegt worden, dessen Leine der Lehrer in den Händen hielt. Er sprang ins Wasser, wodurch dem Lehrer die Leine aus der Hand glitt, und verankert in die Tiefe. Sofort angestellte Rettungsversuche waren erfolglos.

Witterungsübersicht vom 4. August 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Sonneberg	761.2	SW	1	befw.	21	Daprun	760.0	SW	2	befw.	19
Darmstadt	762.5	SW	3	halbbd.	19	Petersburg	761.3	SW	1	wolff.	19
Heilbr.	761.2	SW	3	halbbd.	22	Sibir.	764.3	SW	3	halbbd.	15
Konstanz	763.0	SW	1	Dunst	22	Wien	759.3	SW	1	befw.	15
München	763.3	SW	4	halbbd.	20	Warsz.	765.3	SW	2	befw.	13
Bien	760.3	SW	1	befw.	23						

Wetterprognose für Sonnabend, den 5. August 1911. Einmal kühler, veränderlich, vielfach wollig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Wartpreise von Berlin am 3. August 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Marktpreis (Rheinland) 100 Kilogramm Weizen, gelbe, vom Norden 30,00—30,00. Speisebrot, weisse 30,00—30,00. Rindfleisch, 1,00—2,40. Schweinefleisch, 1,20 bis 1,70. Schmalz 1,20—1,50. Kolbenschinken 1,40—2,20. Dammfleisch 1,50—2,30. Butter 2,30—2,50. 60 Stück Eier 3,00—4,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kote 1,00—3,20. Zander 1,00—3,50. Dorsch 1,20 bis 2,50. Sardelle 1,00—2,00. Sprotte 1,40—3,50. Hering 0,80—1,50. 60 Stück Karpfen 2,00—3,00.

Briefkasten der Redaktion.

In der Zeit von Montag, den 7. bis Freitag, den 11. August: Sprechstunde abends zwischen 7 und 9 Uhr.

W. G. 70. 1. Nur dann, wenn die Wartezeit zum Bezug der Altersrente noch nicht zurückgelegt ist und er Invalidenrente beantragt. 2. Bis zur Rentenprüfung ja. 3. Wann kann Verzeihung beantragt werden. C. B. S. 3a. — R. R. 100. Klage ist aussichtslos. — J. 20. 34.

wenn die Krankheit eine Folge des Dienstes ist. — C. S. 97. Es kann
 Anspruch darauf werden. Antrag an die Eisenbahndirektion. — 100 G.
 R. 1. Rein. 2. 2240 monatlich. 3. Volkstheater, in dessen Bezirk das
 Restaurant liegt. — S. 99. 1. 6 Wochen vor jedem ersten Kalender-
 quartals. 2. Zwei zweimal wöchentlich. — S. 100. Rein. — R.
 1000. Sie haben keinen Anspruch. — C. P. Gubrystr. 12. Die An-
 gaben reichen nicht aus. Es ist zweckmäßig, die Angelegenheit in der
 Sprechstunde vorzutragen. — C. S. 215. Die Verschlebung ist zu-
 lässig. — Spandau R. 2. In beiden Fällen leider ja. — R. G. 5.
 Der Gläubiger kann auch Möbel, soweit sie entbehrlich sind, pfänden lassen.
 — M. 860. In einem Möbelgeschäft. Näheres Adressbuch, Band II,
 Teil IV, Seite 410. Preis persönlich feststellen. — M. S. Rixdorf. Un-
 entgeltlich nicht. Derartige Kataloge liegen auch in Bibliotheken aus.
 Genannt sei hier: Scherl u. Danne, Bd. III. Kürschner, Handbuch der Presse.

Gaasstein u. Vogler etc. Vor allem das Berliner Adressbuch, Bd. II.
 Doch ist es sehr zweifelhaft, ob derartige Verzeichnisse auf Vollständigkeit
 Anspruch machen können. — C. P. X. Filiale und unbekannt. Schreiben
 Sie direkt nach Dresden. — M. R. 200. Rein, nicht unbedingt. Fragen
 Sie bei der Direktion direkt und rechtzeitig an. — 19. C. S. In er-
 fahren in jeder größeren Vogelhandlung. — S. P. 25. Es sind 1 und 3
 richtig. Zu 2 soll es heißen: Name der trefflichen Verfasserin
 Adolphine Wopp, sehr bekannt in der österreichischen und inter-
 nationalen Frauenbewegung. — M. 10. Rein. — M. S. Ja.
 — S. P. 66. Die Reibente ist steuerpflichtig. Wiederholen Sie Ihre
 Anfrage und geben Sie noch an, wie alt die Empfängerin ist. Nach Kenntnis
 des Alters kann die Anfrage erst beantwortet werden. — S. P. 1336.
 1. und 2. Hat mit dem Alter gar nichts zu tun. 3. Bis einschließlich
 Dezember 1912. 4. Längstens fünf Jahre. — Rixdorf G. 100. Ja. —

S. S. 8. Durch die Reichsversicherungsordnung ist der Erhaltung-
 anspruch beseitigt. — Goltz, Zwinenmündertstraße. Ja. — M. W. 88.
 Ja, etwa 3 M. — S. W. 10. Unfers Erachtens nicht. — R., Zier-
 gartenstr. 78. Wenn das Kind in Berlin geboren wird, ist 25 M. der
 Mindestlohn. — Rixdorf, Friedelstraße. Ob eine Strafverfolgung er-
 reichbar ist, erscheint zweifelhaft. Teilen Sie immerhin den Sachverhalt der
 Staatsanwaltschaft mit; es ist möglich, daß dort schon weiteres Material
 vorhanden ist. — S. 5. Ihr Sohn. — G. S. 6. Ja. — Ritzsch,
 i. 1,80 M. pro Tag. 2. Magdalen. — W. R. 6. Ja. — W. T. 5555.
 1. Geleglich 14tägige Kündigungsfrist. 2. Ja, für 14 Tage. 3. Für drei
 Tage kann Lohn gefordert, außerdem für den angefangenen Tag. 4. Nach
 drei Stundenlohn gilt die vereinbarte, mangel einer solchen die 14tägige
 Kündigungsfrist. Die Papiere müssen jedoch aufgehängt werden. 5. Nicht
 verbindlich. 6. Rein.

Todes-Anzeigen

Statt jeder besonderen Meldung.
 Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit
 die traurige Nachricht, daß meine liebe
Frau Wilhelmine (Minna) Mittmann
 geb. Trätow
 am 30. Juli abends, infolge Sturzes aus dem Fenster,
 plötzlich verstorben ist.
 Berlin, den 4. August 1911.
Albert Mittmann, Pankstr. 9.
 Die Beerdigung findet heute Sonnabend nachmittag
 4 1/2 Uhr von der Halle des St. Philippus-Apostel-Fried-
 hofes aus nach dem städtischen Friedhof in der Müller-
 straße statt. 29915

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und zahlreichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung unseres
 lieben Sohnes und Bruders August
 Bredow sagen wir allen Freunden
 und Bekannten, insbesondere den
 Kollegen der H. u. G. Klemperer,
 Kupferstraße, Schlichter unseren
 tiefgefühlten Dank. 57514
 August Bredow. Ernst Bredow.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung
 meines lieben Mannes
Karl Monien
 sagen wir allen den herzlichsten Dank.
Frau Auguste Monien
 51562 nobet Kinder.

Sozialdemokratischer Wahlverein des II. Berliner Reichstagswahlkreises

Am Sonntag, den 6. August, von 9 Uhr vormittags ab, findet
per Urabstimmung
 die Wahl des gesamten Vorstandes, der Delegierten zum Parteitag in Jena und der
 Delegierten zur Brandenburger Provinzial-Konferenz
 in folgenden Lokalen statt: 81177

Witze, Dennewitzstr. 13.	Riecke, Planufer 75.	Reufner, Yorckstr. 61.
Meier, Dranienstr. 103.	Lindemann, Yorckstr. 9.	Reim, Uebanstr. 29.
Wafz, Bergmannstr. 97.	Schnefjorge, Markgrafenstr. 102	Eide, Schönleinstr. 6.

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum April d. J. seine Beiträge entrichtet
 hat. — Das Mitgliedebuch ist mitzubringen. — Die Wahlzeit beginnt um 9 Uhr vormittags und
 endet um 1 Uhr nachmittags. Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 Rixdorf.**
 Den Parteigenossen zur Nach-
 richt, daß unser langjähriges
 Mitglied, der Gastwirt
Wilhelm Schnitzer
 Strinmeyerstr. 25 (18. Bez.)
 am 2. August nach langem Leiden
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Sonntag, den 6. August, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Jakobikirchhofes, Her-
 mannstraße, aus statt.
 Regere Beteiligung erwartet
 29519 Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
 für den
 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Landsberger Viertel,
 (Bezirk 401 I)**
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Metall-
 arbeiter
Otto Schulz
 Kochmannstr. 14
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 nachmittag 5 Uhr von der Leichen-
 Halle der Kusterberg-Gemeinde
 in Weihensee aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Eine Mark
 wöchentliche
 Teilzahlung
 elegante
Herren-Moden
 fertig und nach Maß,
 feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
 Herren-Schneiderei
 nur
 Frankf. Allee 75. I.
 Eingang Tivoli Str.



**Verband der freien Gast- und
 Schankwirte Deutschlands.**
 Ortsverwaltung Rixdorf.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
Wilhelm Schnitzer
 am 2. August verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 6. August, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Jakobikirchhofes, Her-
 mannstraße, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung er-
 sucht 75113
 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungshalle Berlin.**
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Gärtler
Otto Schulz
 am 3. August gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 6. August, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Kusterbergs-Kirch-
 hofes in Weihensee aus statt.
 Regere Beteiligung erwartet
 12711 Die Ortsverwaltung

Reste
 Musterfabrik „Oerdt-Neuheiten“ für
 Anzüge, Kostüme, Pelze 3, 4 Watt.
 Zuschlager-Gesellschaft m. b. H.
 186-213
 Gertraudenstr. 20-21, 5. Bezirksbez.

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband**
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Stadt-
 arbeiter
Wilhelm Schnitzer
 am 2. August gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Sonntag, den 6. August, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Halle
 des Jakobikirchhofes, Her-
 mannstraße, aus statt. 86118
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**
Todes-Anzeige.
 Am 1. August verstarb unser
 Genosse, der Glanzfabrikant
August Wagner,
 Schulzenbörser Straße 18a.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 6. August, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Jakobikirchhofes,
 Hermannstr. 44/45, Gde. Weststrabe,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 22919 Der Vorstand.

1 Mark
 wöchentliche
 Teilzahlungen
 elegant.
 fertige
**Herren-
 Garderoben**
 reize für Maß
 fertig, n. Mass
 Tadellos, Ausdauer
Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankfurter
 Straße 37, II
 Eingang Strau-
 burger Platz
 II. Gesch. Et.
 Turmstr. 18
 nur erste Etage,
 kein Laden



**Allgem. Kranken- u. Sterbekasse
 d. deutschen Drechsler u. Berufs-
 genossen.**
 S. P. 86 Verwaltungsbüro Berlin S.
 Am 2. Aug. verstarb unser Mitglied
Wilhelm Schnitzer.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, 6. August, nachm. 3 Uhr,
 von der Leichenhalle des Jakob-
 kirchhofes, Hermannstr., aus statt.
 29919 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
 und verwandter Berufsgenossen**
 Zahlstelle Berlin.
 Sonntag, den 6. August, vormittags 10 Uhr:
Mühlenarbeiter-Versammlung
 in Friß Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39.
 Tages-Ordnung:
Bericht von der Lohnkommission.
 Kollegen! Es ist dringendste Pflicht der Vertrauens-
 leute und der Mitglieder, für einen recht zahlreichen Ver-
 sammlungsbesuch zu agieren! 43/20
 Unorganisierte mitbringen. Die Ortsverwaltung.

**Verband der Buch- und
 Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.
 Arbeiterinnen Deutschlands.**
 Ortsverwaltung Berlin.
 Am 21. Juli nach langem
 schwerem Kranken die Kollegin
Anna Sommer.
 Die Beerdigung der Aichehrte
 findet am Sonntag, den 6. August,
 nachmittags 4 Uhr, in der Leichen-
 Halle des Jakobikirchhofes,
 Hermannstraße, statt.
 29925 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Steinsetzer, Pflasterer
 und Berufsgenossen Deutschlands.**
 Filiale Groß-Berlin.
Achtung! Achtung!
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Monatsversammlung
 für Bezirk Berlin I in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18,
 und für Bezirk Berlin II im Saal 5 des Gewerkschaftshauses
am Sonntag, den 6. d. Mts., vorm. 9 Uhr,
 stattfindet. 175/0
 Regener Besuch erwartet
 Der Vorstand.

Großer
Anzug-Verkauf
 Schluß morgen Sonntag
 ca. 40000 Anzüge für Herren,
 Jünglinge, Burschen und Knaben
 darunter Restbestände einzelner Serien,
 Modelle und Musteranzüge

Serie I. Herren-Anzüge	Oestreich u. karierte Cheviots	21 M.
Serie II. Herren-Anzüge	Zweikammern ein- und zweifach, sehr halber	33 M.
Serie III. Jünglings-Anzüge	Oemurter Cheviots und Kam- gera-Arten	11 ⁵⁰ M.
Serie IV. Jünglings-Anzüge	Oraue, grüne u. braune Cheviots	17 ⁵⁰ M.
Serie V. Burschen-Anzüge	Solide Kammern-Arten in vielen Mustern	7 ⁵⁰ M.
Serie VI. Burschen-Anzüge	Cheviots und Kammerer. Oestreich und kariert	10 ⁵⁰ M.
Serie VII. Knaben-Wasch-Anzüge	Blau-weiß gestreift, Or- 1-6	95 ⁵⁰ P.
Serie VIII. Knaben-Sport-Anzüge	In veränd. Stoffarten, Oröße 1-6	6 ⁵⁰ M.

**Lüsteranzüge, Bastanzüge } Teilweise
 Strandanzüge, Waschanzüge } erheblich
 unter Preis**

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
 Werkstattbetrieb und Heimarbeit
 Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog Nr. 42 kostenfrei.

Mein Bestreben, stets das Neueste zu bringen, veranlaßt mich jetzt zur
totalen Räumung
 des Sommer Lagers
 zu jedem nur irgend annehmbaren Preise!

Kostüme aus Leinen, Seide, Bast, Tüll, Tuch, blau und
 grau Kammern sowie echt englischen Stoffen,
 die früher z. T. 40 bis 50 M. kosteten, jetzt zu
Mäntel 10, 14, 19, 28, 39, 45 bis 95 M.

WESTMANN
 Gr. Frankfurterstr. 115

Gesellschaftskleider, Röcke, Blusen
 in den neuesten geschmackvollsten Ausführungen
stunend billig!

Neue Winter-Konfektion
 Ulster, Plüsch- und Pelzmäntel aus Reiss-Kollektionen
bedeutend unter Preis!

Sonntag geöffnet 8-10, 12-2



Poireremäntel
 von M. 25- ab
 Gesellschaftskleider
 von M. 18- ab

Geldnot

Ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kaufhaus für Monats-Garderoben erhalten Sie von

Millionären

Reisenden, Kavaliere, Doktoren nur wenig getragene reinwollene, vielfach auf Seide gearbeitete

Serie I Serie II Serie III
 Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
 Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billig vertrieben.

Kaufhaus für Monats-Garderoben

nur Große Frankfurter Str. 93

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten. Keine Filialen am Platze. Versand nach außerhalb. Abteilung II: Neue Garderoben.

Nur Große Frankfurter Straße 93

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!

Die Differenzen bei Bäckermeister Dehmelt, Ramlersstr. 84, sind beigelegt. 29905 Hochachtungsvoll Bäckermeister Dehmelt. Der Vertrauensmann der Bäcker u. Konditoren Berlins u. Umg.

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Grad-Anzüge, sowie von Kavaliere getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen billigen Preisen. 1 Treppe, deshalb billiger wie im Laden. 108/20 Hirsch Kieferbaum, Wassortor-straÙe 12/13 I

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Som.-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M. Große Abteilung n e u e r Garderobe. Moldaner, Gr. Frankfurter Str. 93 (Nähe Strausberger Pl.) Straßenbahn-Vergütung.

Hermann Meyer & Co., Akt.-Ges., Berlin N., Watsstr. 12

Liefern frei Haus 30 große Flaschen 105/10*
 Selterwasser, filtriert 1,50 M.
 Sprudelwasser, filtriert und destilliert 1,50 M.
 Brauselimonaden: Himbeer, Erdbeer, Zitronen-Geschmack 3,- M.
 Sauerstoffwasser, filtriert und destilliert 3,- M.
 Fruchtquell, alkoholfrei, unübertroffen, mehrf. prämiert 3,- M.
 Künstliche Mineralwässer 0,20 M.

Frische Fruchtsäfte: in Literflaschen & Flasche 1,20 M.
 Himbeer, Johannisbeer,) reiner Saft, in Raffinade eingekocht
 Erdbeer, Kirsch,) nach dem Deutschen Arzneibuch.
 Flaschen werden mit 10 Pl. berechnet und zurückgenommen.
 Zu gleichen Preisen auch in allen Geschäften zu haben, welche unsere Fabrikate führen.

Sichere Merkmale

guter reeller Bedienung liegen in der außerordentlich großen Haltbarkeit und den enorm billigen Preisen unserer Garderoben. Der Fortfall der großen Spesen ermöglicht es uns, mit ganz geringem Nutzen zu verkaufen. Es bieten sich daher

für alle Herren

die ihren Bedarf im Verleihhaus feiner Herren-Moden, Leipziger Straße 59, am Spittelmarkt, decken, ganz besonders große Vorteile. Wir empfehlen nur kurze Zeit verliehen gewesene und wenig

getragene Anzüge m. 9, 12, 16, 20
 getragene Paletots m. 8, 10, 15, 18

Wir verleihen elegante neue Garderoben, die im Verkauf bis zu M. 100 kosten, auf Tage, Wochen und Monate zu niedrigen Preisen.

Verleihhaus feiner Herren-Moden

Berlin - Hamburg
 Leipziger Straße 59 am Spittelmarkt
 Sonnabends bis 9 Uhr abends,
 Sonntags von 8-10 vorm. und 12-2 Uhr nachm. geöffnet.



Joseffi

JUNO

Beste 2 Pfg.-Cigarette



Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 5. August.
 Anfang 8 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
 Launhäuser.
Romische Oper. Der verbotene Ruf.
Berliner. Bummelstudenten.
 Reizend. Die Dame von Maxim.
 Welten. Die lustigen Nibelungen.
Neues Schauspielhaus. Die feurige Aufnahme.
Neues. Geschlossen.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
 Schiller - Charlottenburg. Der dumme Punkt.
 Bekking. Glaube und Heimat.
Luftspielhaus. Die goldene Schüssel.
 Kleines. Rorchen. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Trionon. Das Fringchen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Quien. Der Siebente. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wiese. Kojernacht. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hohel amüsiert sich!
Folies Caprice. Drei Frauenhüte.
 Sie ist eine Ausnahme. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wolff. Der Altkindler.
Woods. Der kalte Leidnam.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Berliner Theater. Die 3 Grazien. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Hyelle. Spezialitäten.
Parade. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kaiser-Panorama. Neu! Besuch von Konstantinopel. Wanderung in den Dolomiten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr: Helgoland im Wechsel der Zeit.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Helgoland im Wechsel der Zeit.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Heute
 Große Festbeleuchtung
 Eintritt 1 Mk.; Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
Die lustigen Nibelungen.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr.
Kasernenluft.
 Auf der Gartenbühne:
Es gibt nur ein Berlin.
 Große Revue.

PASSAGE :: PANOPTIKUM
 Das größte Schaustablisement des Kontinents.
Lebend der Mann mit der eisernen Zunge.
 Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwabende Jungfrau.
 Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
 Der erste Komiker d. Jetztzeit.
Emanuel Steiner
 Rechenphänomen
! und das große Varieté-Eröffnungsprogramm

LUNA-PARK.
 Sensationelle Attraktionen.
 Johnstowns Untergang. Cairo. Lachhaus. Hippodrom Lehmann. Tanagra-Theater. Teufelsrad. Moulin-Rouge. Gebirgsbahn. Wasserrutschbahn.
 Eintrittspreis 50 Pl. (mit Ausnahme der Elitetage).
Elitetag! Heute! Elitetag!
Pracht-Höhen-Feuerwerk.
 Apotheose: Der Michel weint, 4 Kapellen 4
 Sonntag: Wiederholung des Pracht-Höhen-Feuerwerks.

Metropol-Theater.
 Zum 99. Male:
Hohel amüsiert sich!
 Operette in 3 Akten von J. Freund.
 Musik von Rudolf Hellm.
 In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Noack's Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Brunnenschaue 16.
Große Extra-Vorstellung.
Am Braunen vor dem Tore.
 Wiederpiel mit Dir. Dill in den Hauptrollen. Dazu die neuen vorzüglichsten Spezialitäten.
 Anfang 6 Uhr.
 Kaffeestübe von 3 Uhr ab.

Voigt-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Heute sowie täglich:
Der Aktienbudiker.
 Volksstück mit Ges. u. Lang in 3 Akten.
 Gänzl. neue erstklass. Spezialitäten.
 Donnerstags, 10. August: Benefiz für Heinrich Bach: Preziosa.

Wald-Jdyl, Schmöckwitz.
 Sonntag, den 6. August 1911:
2. Großes Sport-Fest.
 : Dauerschwimmen, Schauschwimmen, Wasserballspiel :
 des Berliner Schwimmklub „Germania“.
 X Preisschießen Einsatz 50 Pl. X Preisangeln Einsatz 50 Pl. X
 Hierzu ladet jedermann freundlichst ein Ernst Noack.

Von der Michalebrücke, 3 Min. v. d. Jannowbr.
 Heute Sonnabend Gr. Sommerachts-Promenadenfahrt in. Musik nach Schmöckwitz, Seglerschloß. In den Gesamträumen des Stablisements: Großer BALL. Abf. 9 1/2-10 Uhr abends. Preis hin u. zurück 50 Pl.
 Morgen Sonntag Abf. 9 Uhr nach Freibad Grünau, Krampenburg u. Schmöckwitz. 9 1/2 Uhr nach Neu Mühle, Freibad Grünau, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis hin und zurück 50 Pl. einj. Fahrt 50 Pl. Kinder die Hälfte. 100/3
Reederei Zachow. Tel. 7, 0955.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch Nihilswerder,
 an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.

Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
 Geöffnet v. 10 Uhr vorm. in der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich: D. prunkvolle Eishallert
Montreal
 Die Stadt auf Schlittschuhen.
 Neu: Push-Ball-Spiel
 Zahlreiche Kunstausstellungen. Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.
 Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds.: halbe Kassenpreise

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
 3 Frauenhüte.
 Sie ist eine Ausnahme.
 Das Strumpfband.
 Costa Pampoulette.

Apollo Theater
 8 Uhr:
 Das neue August-Programm.
 8 1/2 Uhr:
Ensemble-Gastspiel Harry Walden
 in
Fein Herzensjunge.
 Gauberville mit Ges. u. Lang in 2 Akten.
 von H. Reibhardt und R. Schaner.
 Musik von B. Rolfe.

Herrnfeld Theater
 Jubiläums-Season 20 jährig. Direktion Anton und Donat Herrschfeld.
 Heute und folgende Tage
Die Waisentänzer
Das Kind der Firma
 Komödie in 2 Akten v. H. u. D. Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Schmerzlose Behandlung
 Schwank in 1 Akt von Robert Volz.
 Anfang 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 Anfang
 moentags 8 Uhr,
 Sonntags 7 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater
 Rudolf Krüger, Palaststraße 13-15.
 Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen. Hellbedachter Theatergarten, bei ungestörter Witterung Schuß bietend.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest.
 Donnerstag: Elitetag.
Volksgarten-Theater
 Sonnabend, den 5. August:
 Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Sommerfest
 des
 Hilfsvereins der Angestellten der Ang. Berliner Omnibusgesellschaft.

Puhlmanns Theater
 Schönhauser Allee 148.
 Täglich
 im herrlichen Naturgarten:
Konert - Theater
 Spezialitäten.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72, Ecke Hegenerstr.
 Anf.: Max Schindelhauer.
 1.-16. August: Niesen - Weltstadt-Programm. U. a.:
 Kurt Armandi, Humorist.
 Cilli Schwarzenberg, Tanzsoubd.
 Harry Bienensteins mod. Stelch.
 Chariss Solter, Delphischer Palast
 Laro Reals. Musik - Excentriques.
 Flourison Terzett. Ges. u. Tanz.
 Stalides Vabereife.

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
 Perleberger Str. 20, Stöndater Str. 19
 Direktion: Karl Pirnau.
Bernardo u. Mertens
Die Nacht des Wäzlers.
 3 Comedies mit Hunden und Tauben.
 Milardo, das tanzende Kerlchen.
 Ado u. Otfried Relay, Duett.
 ? ? Klo ? ? der knisternde Wäzler.
 Die Willhalm phantastischer Akt usw.
 Anfang 4 Uhr. Vorstellung 6 Uhr.

Schweizer-Garten
 Am Königstor. Am Friedrichshain.
 Jeden Abend 7 1/2-10 Uhr:
Wie man Weiber fesselt.
 Volle mit Gesang in 3 Akten.
Spezialitäten. Kinematograph.
 Jeden
 Mittwoch: **Kin. Derfest.**
 Anf. moentags 5, Sonnt. 4 Uhr.

Café Bellevue.
 Rummelsburg am See.
 Inh.: G. Tempel.
 Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstell.
Garten-Konzert.
 Jeden Sonnabend und Donnerstag:
Soireen der Hoffmanns Sänger
 für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Tarifvertrag und Klassenkampf.

Erst wenige Jahre sind es her, seit die Inne, Fabrikanten und andere bürgerliche Ideologen eine Anzahl akademische Verhandlungen auf den Markt brachten, in denen die sich mehr und mehr einbürgernden Tarifverträge als „gewerbliche Friedensdokumente“ und ähnliche schöne Sachen hoffnungsvoll gefeiert wurden. Diese von der Erkenntnis des tiefsten Wesens des Klassenkampfes meilenweit entfernten Elemente, wählten durch ein paar urtümliche Abmachungen die ganze soziale Frage gelöst, und jedes ihrer Wähler stang aus in den salbungsvollen Wunsch, daß es kein Teil zu dieser löblichen Sache beitragen möge. Die Guten. Doch verdient bemerkt zu werden, daß man sich auch in Arbeiterkreisen hier und da jener leinewegs entscheidbaren Ratsität hingab. Als dann der in diesen Dingen mehr bewilligte Genosse A. Braun die erste selbständige Schrift über das Tarifvertragswesen im deutschen Reich erschienen ließ, betonte er sofort, daß sich die deutschen Arbeiter keiner gefährlicheren Täuschung hingeben könnten, als wenn sie in den Tarifverträgen den Anbruch einer Periode des sozialen Friedens, eines Ausgleichs zwischen Unternehmerinteressen und Arbeiterbestrebungen sehen würden. Die Zahl der Tarifverträge nahm mit jedem Jahre zu und man durfte in der Tat gespannt sein, in welcher Weise diese äußere Form des gewerblichen Arbeitsvertrages sich mit den inneren Gesetzen des proletarischen Klassenkampfes abfinden würde.

Die Aufklärung über diese Dinge sollte nicht allzu lange auf sich warten lassen. Die größte Zahl der orts- oder gebietsweise abgeschlossenen Tarife entfiel von Anfang an auf das Baugewerbe. Also war es nur natürlich, daß die baugewerblichen Organisationen hierbei das Versuchsstadium abgeben würden. Schon vom Jahre 1900 an hatte sich für die mit der Gesamtlage vertrauten Leiter dieser Organisationen gezeigt, daß die Unternehmer des Baugewerbes planmäßig darauf hinarbeiteten, eine größere Anzahl Tarife an einem bestimmten Tage ablaufen zu lassen. Die Unternehmer suchten das Tarifgebiet immer mehr zu zentralisieren, um so leichteres Spiel zu gewinnen. Die Komminierung aller Tarife auf einen Tag war ihr stetes Bestreben. Die in Frage kommenden Organisationen wehrten sich gegen diese Taktik so gut sie konnten. Das Jahr 1908, in dem diese Frage sehr akut wurde, war aus wirtschaftlichen Gründen nicht dazu angetan, es wegen dieser Dinge zu einem umfangreichen Kampfe kommen zu lassen. Aus taktischen Gründen nahmen die beteiligten Organisationen, auch die der Zimmerer, was betont zu werden verdient, damals den zentralen Vertragsentwurf in den Kauf. Die Entscheidung war nun auf das Jahr 1910 verschoben und in den ersten Monaten desselben rüsteten beide Parteien angestrengt für den Kampf.

Die Augen der gewerkschaftlich und politisch interessierten Arbeiter und Unternehmer nicht nur Deutschlands, sondern man kann wohl sagen der ganzen Welt, richteten sich nun auf das, was sich nach langen Vorbereitungen hier zum erstenmal austragen sollte. Und die Sachlage war außerordentlich wichtig. War doch nicht lange vorher das schwedische Experiment, der Großstreik mitschuldig, und hatte man in Deutschland, der festen Heimat der modernen Arbeiterorganisationen, außer dem nur drei Wochen dauernden, aus Mangel an Mitteln verunglückten Kampf der Bergarbeiter im Jahre 1906, noch keine derartige Bewegung gesehen, wie sie sich hier zwischen zwei mächtigen Gegnern vorbereitet hatte. Nicht wenige pessimistische Stimmen erhoben sich, und das war klar: hier sollte ein Schulbeispiel versucht werden, denn wurden die Bauarbeiter niedergeworfen, dann schmol den Schornsteinen auch in den anderen Gewerben sofort der Kamin und ein wüster Schlaganfall den letzten Pfennig in den Gewerkschaftskassen hätte angefangen. Bekanntlich wurden die Weisungen angenehm enttäuscht, die organisierten Arbeiter siegen auf der ganzen Linie, und sie durften noch obendrein den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, durch die wohlbedachte, geschickte Parierung dieses Vorstoßes, die Macht und die Ehre der deutschen Gewerkschaftsbewegung gerettet zu haben.

Bei der fundamentalen Wichtigkeit, die diesem Vorgang von Seiten der gesamten Arbeiterschaft beigegeben wurde — handelt es sich doch um Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften — ist es daher wohl zu begrüßen, daß sich der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes entschlossen hat, in einer authentischen Schrift*) diese Dinge festzuhalten und so auch weiteren Kreisen das Studium dieses bis jetzt interessantesten deutschen Arbeitskampfes zu ermöglichen. In seinem Auftrage hat der hierzu in erster Linie berufene Leiter des „Grundstein“, A. Winnig, eine umfangreiche Darstellung dieses Kampfes in allen seinen Phasen gegeben, und man muß, nachdem man das Buch aufmerksam durchgesehen, willig anerkennen, daß hier in prägnanter Form ein abgerundetes Bild entstanden ist, das an innerlichem Gehalt wie an äußerem Aufbau und Form der Sprache einen hervorragenden Platz in der deutschen gewerkschaftlichen Literatur beanspruchen darf. In zehn Kapiteln führt uns der Verfasser durch alle Einzelheiten des Kampfes. Er zeigt uns an der Hand von Zahlbeispielen wie die beiden Parteien sich entwickelten, wie der Gedanke des Tarifvertrages mehr und mehr in den Vordergrund trat, und es allmählich klar wurde, daß es kein Ausweichen mehr geben könne. Die ergebnislosen Verhandlungen und die ebenso verlaufenen Vermittlungsversuche der Verbände gehen wir über, die Aktivität des Kampfes stellt vor uns da, um nachher zu sehen, wie unternehmerseits allmählich der schöne Raub verfliegt und ein ganz solider Magenjammer bei ihnen ungenügsame Einfuhr hält. Nachdem die Kräfte entscheidend gemessen, sind die erst so starken Unternehmer, die da glaubten, in gewinnvoller Manier mit den Arbeitern und ihren Geldern Schandluder spielen zu können, einigermassen bedäufst und beginnen klein zu geben. Bis nach erneuten Vermittlungsversuchen der Friede folgt. Vor dessen Festsetzung lernen wir noch einmal die durch die Schematisierung der Tarifverträge notwendig gewordene schwere Arbeit der Lohn- und Arbeitszeitfestsetzung in den einzelnen Orten kennen, die durch die Vermittlung der zentralen Leitung erfolgen mußte.

Mühsamwert für die organisierte Arbeiterschaft ist, was im letzten Kapitel über deren Solidarität gesagt wird. Trotz der viel gelobten und zuweilen auch nützlichen „öffentlichen Meinung“ hat sich doch gezeigt, daß mit Ausnahme der sozialdemokratischen Presse, deren entscheidender Beitrag im schweren Kampfe rühmend hervorgehoben wird, es nur zwei oder drei linksliberale Blätter waren, die der Wahrheit die Ehre gaben und unparteiisch und leidlich gerecht den Kampf beurteilten. Alle die vielen tausende bürgerlicher Blätter nahmen sonst unbeschwerlich die ihnen von den Unternehmerleitungen zugesandten Maßregeln auf. Im entscheidenden Moment verteilten sie ihre eigene Kundschafft, woraus die Arbeiter lernen und manche nützliche Konsequenzen ziehen sollten. Aber daß sich die gesamte deutsche Presse, von der vornehmsten Zeitschrift bis zum letzten Blättchen mit diesem Kampfe belagte, dokumentiert, daß sich auch das Bürgertum, vom gewissen Schornstein bis zum sonst indifferenteren Spieler, der Tatsache bewußt war, daß hier ein Schlaganfall mehr als Tageswerte angehoben hatte. Ebenso um dieses die Aufgabe des Parteivorstandes und der Generalkommission, die zu gegebener Zeit die Blätter der Klassenengenossen auf die Räte der im Feuer stehenden Avantgarde richteten.

Auch der leidige Streit, der nach dem Kampfe zwischen dem „Grundstein“ und dem „Zimmerer“ einsetzte, findet seine Beurteilung. Das letzte Kapitel gibt einen theoretischen Ausblick für die Zukunft der Arbeitskämpfe, außerdem sind dem Buche noch eine Reihe Anlagen beigegeben, in denen alles Wünschenswerte über den Kampf dokumentarisch niedergelegt ist.

Natürlich konnten wir den reichhaltigen Inhalt des Buches hier nur skizzieren, aber wir fühlen uns verpflichtet, auf alle Fälle zu betonen, daß die Lesarten desselben nicht nur den bausewerblichen Arbeitern, sondern überhaupt allen denen zu empfehlen ist, die sich mit der deutschen Arbeiterbewegung befassen. Letztere ist zwar nicht arm an theoretischen Publikationen, doch ist aus dem Studium dieser praktischen Vorgänge manche reiche Lehre zu ziehen. Es war eine Notwendigkeit, diese umfangreiche, allmähliche Darstellung zu veröffentlichen, um vielen zu zeigen, daß auch unter der Ära der Tarifverträge die Klassenengegenstände nicht gemildert werden, sondern bei erhabener Gelegenheit um so wichtiger aneinander geraten und zum Ausdruck gebracht werden müssen. In solchen entscheidenden Situationen hilft keine kleinliche Kompromisserei und kein Ausweichen, nur der gebietende Stundestest ins Auge sehen und vorbereitet sein, ist die Lösung in solchen Momenten. Das geht aus dem Studium des Winnigschen Buches mit aller Deutlichkeit hervor. Und weil, wie der Verfasser ganz richtig betont, der Kampf auf zentraler Grundlage der Kampf der Zukunft ist, kann der denkende Arbeiter, an den sich das Buch in seinem Vorwort wendet, nicht an der Darstellung dieses Schulbeispiels vorbeigehen. Aus ihr wird er einmal lernen, den Blick fest auf das Unermeidliche zu richten und die zukünftige Taktik der gewerblichen Arbeitskämpfe verstehen, und des ferneren aber auch bei allen Tagesnöden den erhebenden Trost gewinnen, daß auch bei solchen großen Auseinandersetzungen die organisierte Arbeiterschaft, sofern sie nur geschlossen und tapfer in die Arena tritt, zu siegen fähig ist. Und gerade in unserer Zeit ist das Durchdringensein von einer solchen Einsicht mehr als je von Nutzen. Nicht ohne Grund wies der Vorsitzende der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften Segen auf dem eben verflochtenen Gemeinheitsgongreß darauf hin, daß man nicht wissen könne, was der Ablauf der Tarife in zwei bis drei Jahren der deutschen Arbeiterschaft besorgen könne. Und der „Vorwärts“ hat erst vor kurzem mitgeteilt, mit welcher Eile die Schornsteine bereits wieder bemüht sind, ihre etwas mitgenommenen Kassen auf neue zu füllen.

Hinter der äußeren Maske der Tarifverträge (lies: „gewerblichen Friedens“) agieren die Kräfte des Klassenkampfes weiter. Dieses an der Hand der gewerkschaftlichen Erfahrung an dem besten Schulbeispiel auch dem blödesten Auge unübersehlich mit aller Schärfe bewiesen zu haben, ist das schätzenswerte Verdienst dieses Buches.

Aus allen diesen Gründen können wir das Buch des Bauarbeiterverbandes nur empfehlen. Durch sein Studium wird jeder gewinnend. Aus den Erfahrungen des ersten großen Tarifkampfes auf zentraler Grundlage ward es aus dem täglichen Leben heraus geboren, ward es im Kampfe gezeugt, im Kampfe, in dem der Proletarier sein Recht finden soll.

J. Kluge.

Gartenstädte — Einfamilienhäuser!

Und wieder unter vorstehender Spitzmarke geschrieben: „Das ist jetzt vielfach der Gesprächsstoff der Arbeiter und der kleinen Leute. Ist dieses Ideal zu verwirklichen? Kann der Arbeiter den Mietpreis für ein Einfamilienhaus bezahlen? Darauf kommt es aber wesentlich an. Wohl sind in Deutschland schon in mehreren Städten Gartenstädte errichtet, auch aus England hat man davon gehört, aber es besteht darüber noch nicht genügend Aufklärung, welche Mittel dazu notwendig sind. Diese Zweifel gehören in erster Linie große Kapitalien zu klärem Jenseit, um überhaupt bauen zu können. Der Neuanfang von Land zu neuem Preis, um Baugelder zu bekommen, ist ein falsches Mittel und zieht oft böse Folgen nach sich. Staatliche und städtische oder sonstige große Organisationen, die mit Wohlwollen zur Sache stehen, müssen herangezogen werden, damit vor allem ein Fundament zur Existenz vorhanden ist. Dann ist zunächst zu berücksichtigen, daß der Mietpreis sich nicht höher stellt als in der Großstadt. Von Villigentwohnungen als in der Stadt kann keine Rede sein, umso weniger, wenn man das Jahrgeld nach dem Wort hinzurechnet, und Leute, die dieses behaupten, kennen die obwaltenden Verhältnisse nicht genügend. Das Einfamilienhaus selbst als Nebenhand verursacht so viel Kosten mehr gegenüber der Mietskammer, daß es sehr schwer sein dürfte, billiger als bisher zu bauen. Aber das Alleinwohnen hat auch seine Vorteile, für die mancher gern etwas mehr bezahlt. Er entgeht dem Trudel des Großstadthauses, kann Unlieblichkeiten mit den Nachbarn vermeiden, die gewöhnlich aus Differenzen der Kinder entstehen, hat seinen Garten und kann seinen eventuellen Liebhaberinnen für Tiere, Pflanzen oder sonstigem huldigen. Das Prinzip des Alleinwohnens kostet aber Geld und der Anhänger desselben muß sich mit der Mehrzahlung abfinden. Ein zweites wichtiges Moment kommt hinzu: Die Anhänger des Einfamilienhauses wollen gewöhnlich auch mehrere Räume haben. Das ist gewiß ein schöner Wunsch, aber ihn erfüllen ohne Verteuerung ist schon schwerer. Hier wollen wir einsehen, um auf einen Nebelstand aufmerksam zu machen, den leider schon mehrere Gartenstädte resp. derartige Unternehmungen gemacht haben, damit er nicht fortgesetzt wird. Und zwar betrifft es das Bauen der zu kleinen Zimmer. Schon die Ausgestaltung der Baugewerkschaft „Ideal“ in der Hafenstraße zeigte auf den Tafeln solche kleinen Zimmer, 3 mal 4 und 3 1/2 mal 3 1/2 Quadratmeter u.ä. Solche Zimmer sind zu klein und passen vor allem die Möbel der Jetztzeit, die unsere Arbeiter besitzen nicht in die 3 Meter hohen kleinen Zimmer. Noch kleinere als die auf dem Bilde gezeigten Räume fand der Schreiber dieser Zeilen vor kurzem in einer Anstaltung bei Grünau (nicht die Baugewerkschaft „Paradies“), die für die bisher in Gebrauch der Arbeiter gemeinen Möbel viel zu klein sind. Hier sind mit wohlwollender Unterstützung eines bekannten Berliner Arbeiterhauers erbaut worden und hatten man jetzt der Mieter. Aber was fanden wir? 3 und 4 Familienhäuser, aber zu klein und auch zu teuer. 2 Schlafzimmer und 1 Wohnzimmern nebst Zubehör und Garten zum Mietpreis von 87 resp. 85 M. monatlich für je eine Wohnung, ließ man auf dem angelegenen Gelände. Vorkünftigerweise hat man schon nichts von Wohnzimmern geschrieben. Wir fanden auch keine 3 Räume z. B. 2 1/2 mal 4 resp. 3 1/2 mal 4 Meter und in den Vierfamilienhäusern 2,25 mal 4,25, 2,25 mal 4,25. Dazu eine bequeme Wohnfläche nebst Kofee- und Baderraum. Ferner einen um das Haus schmal herumliegenden circa 100 Quadratmeter großen Garten. Wenn auch das ganze einen guten Eindruck macht, so muß doch gesagt werden, daß die Räume dem Preise entsprechend zu klein und die Treppen zu schmal sind. Die Stufen zu den Böden sind lebensgefährlich steil und keine Frau ist in der Lage, mit einem Korb voll Wäsche heraus noch weniger herabzugehen. Ein breites Stiel Möbel kann nicht die Treppe herauf in die obere Etage befördert werden. Auf eine diesbezügliche Anfrage wurde uns erklärt, daß diese von außen durch die Fenster heraufgezogen werden müßten. Riera 50 Quadratmeter Gesamtumfang 444 resp. 420 Mark. Selbst wenn man noch 20 Mark Mietzins für das Gartenland rechnete, so macht das immer noch 8,60 Mark pro Quadratmeter. Die Berliner Durchschnittsmieten berechnete man mit 7 bis 7 1/2 Mark pro Quadratmeter. In Hellenau bei Dresden kostet die Mierte in einem Einfamilienhaus für 78 Quadratmeter 390 Mark oder 5 Mark pro Quadratmeter und für 60 Quadratmeter Land 20 Mark Mietzins extra. In „Paradies“ 8 Mark pro Quadratmeter. Von Hellenau ganz abgesehen, so muß man hier doch 1 1/2 Mark pro Quadratmeter mehr bezahlen als bei unseren Hausagrarierern die doch immer auf gute Preise halten. Es ist unverständlich, wo hier eine angebliche Vergünstigung liegt, von der man bei der Errichtung sprach. Eine nähere Betrachtung der Bauten gegenüber den Bauten ähnlicher Siedelungen konnte und auch nicht überzeugen, daß ein derartiges Doppelhaus mit Grund und Boden mehr als 12 000

Mark kosten könne. Demnach käme eine recht erträgliche Vergütung heraus, mit welcher mancher unserer Hauswirte recht zufrieden wäre. Unsere Befürchtung, daß es unter solchen Umständen dem Arbeiter viel zu teuer werden würde, stieg noch, als wir nach Grünau zurückgekehrt, an den Anschlagläusen circa 20 Wohnungsangebote laien, wo es unter anderem in 10 bis 12 Anzeigen hieß: „4 bis 5 Zimmer mit Zubehör, Mädchenkammer, Badestube, elektrisch Licht und Gartenbenutzung zum Preise von 750 Mark“ oder andere, 3 bis 4 Zimmer, Zubehör, Badestube, Garten für 500 Mark“ und kleinere. Also hier im Ort, im Wald und am Wasser Berliner Preise. Woran mag das liegen, daß diese fern liegenden Arbeiterwohnungen so sehr absteigend von der gedrücklichen Art und zu einem andern Preise erbaut wurden. Vielleicht lernen die Nachfolger daraus, um es anders und besser zu machen.“

Aus Industrie und Handel.

Frühzeitige Ernte als Folge der Hitze.

Im Fürstentum Lübeck und Ost-Holstein ist infolge der abnormen Hitze das Getreide fast einen Monat früher gereift als sonst. Die Roggenernte ist schon überall beendet. Auf den Feldern der großen Güter arbeiten die Dreschmaschinen. Hafer, Gerste und Weizen können gemäht werden. Ein trauriges Bild bieten die Weiden, dieser sonst von Milch und Futter überfließenden Landstriche. Das Gras ist wech. Von einer Grummeternte kann gar keine Rede sein. Erbsen, Bohnen und Kohl beschmachten auf den nach Regen liegenden Feldern. Und das in einer außerst wasserreichen Gegend. Dazu großtrotzig noch die Maul- und Klauenseuche in unheimlicher Weise. Die Milchknappheit wird von den Agrariern benutzt, neue Deutzzeuge zu machen. Der Milchpreis ist fast überall um zwei Pfennige pro Liter verteuert worden. Natürlich wird das nach der Knappheit nicht gehoben, sondern bleibt dauernde Einrichtung — notabene wenn es sich die große Masse gefallen läßt.

Walfisch-N.G.

Die drei Städte Sandefferd, Tönsberg und Larbil in Norwegen bildeten von jeher das Zentrum des Walfanges. Sie haben gewissermaßen das Monopol, weil hier die besten Walfischfänger leben und auch die dort domizilierenden mechanischen Werkstätten ausschließlich auf das Walfischgeschäft eingerichtet sind.

Ueber die Entwicklung der Walfang-Aktiengesellschaften gibt die folgende Zusammenstellung Auskunft. Dabei muß beachtet werden, daß viele derartige Unternehmungen als geschlossene Handelsgesellschaften existieren und daher genaue Einblicke über die Höhe der investierten Kapitalien und der Profite nicht möglich sind.

Innerhalb der letztvergangenen Jahre wurden insgesamt gegründet:

Jahr	Zahl	Kapital
1909	6	3,1
1910	5	4,2
1911	9	5,9
1. u. 2. Quart.	3	2,5
Juli 1911	3	2,5

Die Gründungen zeigen, daß im Walfischfang viel verdient werden muß. Die oben genannten 20 Walfang-Aktiengesellschaften erzielten 1910 rund 20 Millionen Mark Bruttoeinnahmen. Die niedrigste Dividende betrug 20 Prozent, im Durchschnitt werden 40 bis 50 Proz. ausgeschüttet, vier Gesellschaften konnten sogar 100 Proz. verteilen!

Der eigentliche Aufschwung des Walfischgeschäfts hängt mit den Transkontinenten in steigendem Maße zusammen. Das Walfanggebiet kann weit ab von den Küstenstrichen liegen, der Verwertung liegt nichts mehr im Wege. Neben dem nördlichen Polarmeer wird jetzt auch der Stille Ozean und das sibirische Eismeer als Jagdgebiet stark ausgenutzt. Die amerikanischen Walfänger haben ihr Hauptjagdgebiet in der Umgebung von Britisch-Kolumbia. Jetzt werden auch immer mehr die Nebenprodukte des Wales systematisch verwertet. Was ist der Walfisch ein von den australischen Wandwirten gern abgekauftes Dünge mittel.

Die Gesellschaften werden in wenigen Jahren als Walfanggebiete gründlich abgejagt haben, der Uebergründungsperiode folgt ein allgemeiner Zusammenbruch. Hier die Walfangarbeiter, die in den kalten und unwegsamen Gegenden jahraus jahrein sich geduldet und abgemüht haben, wobei ihre Vergütung zu den hohen Dividenden in schreiendem Widerspruch steht, beginnt dann eine Periode allgemeiner Arbeitslosigkeit, bis nicht so leicht gehoben werden kann.

Ob der Walfisch selbst ausgerottet wird und ob viele Arbeiter Nachteile in Kauf nehmen müssen, das ist dem Kapitalismus völlig gleich, er ist ja nicht sentimental veranlagt.

Saatenstand.

Zu den letzten Saatenstandsnotierungen für Preußen bemerkt die „St. Korresp.“: Auch im Juli war die Witterung vorherrschend trocken und heiß. Die Trockenheit wurde allmählich, besonders als im zweiten Monatsdrittel die Temperatur tropische Grade erreichte, besorgniserregend. Obgleich sich in allen Landesteilen zahlreiche Gewitter entluden, waren die Niederschläge überwiegend wirkungslos. Als tierische Schädlings werden die schwarzen Blattläuse, die geradezu verheerend wirkten, beinahe in allen Bezirken hervorgehoben. Auch Mäuse treten wieder zahlreich auf, namentlich in Sachsen und Rheinland. Die Trockenheit konnte jetzt den Getreidefrüchten nicht mehr schaden, da sie mit Ausnahme des Hafers mit dem Wachstum bereits abgeschlossen hatten. Was das Wintergetreide anlangt, so kann von dem Roggen gesagt werden, daß er kaum noch in Frage kommt; denn so weit es nicht schon geborgen war, stand er in Mandeln. Beim Weizen stellte sich heraus, daß er durch den Juni Frost geschädigt ist, da sich verhältnismäßig viele taube Ähren fanden. Weizen und Roggen sollen, was die trockene Witterung an Menge schädigte, an Güte durch sie ersetzt erhalten haben. Ihre Strobergerichte sollen in den meisten Gegenden, in denen Berichte vorliegen, nicht ergiebig sein. Ueber den Spelz liegen besondere Nachrichten nicht vor. Von dem Sommergetreide ist die Gerste in der Reife am weitesten vorgeschritten. In vielen Gegenden ist sie sogar schon geschnitten. Auch das übrige Sommercorn, mit Ausnahme des spät reifenden Hafers, ist dem Reifen nahe; leider ist davon viel bei der Blausche und Trockenheit verloren geworden. Die Erträge an Korn beim Sommergetreide werden, abgesehen von der Gerste, in vielen Gegenden sehr gering anfallen und die an Stroh noch geringer. Von den Hülsenfrüchten sind die Ackerbohnen und Wicken von den schwarzen Blattläusen derart vernichtet, daß sie teilweise keine Schoten ansetzen konnten. Wintererbsen und -klee sind gut eingebracht und werden etwas mehr als einen Normalertrag bringen. Der Flach soll der Ungunst der Witterung nicht lange mehr widerstehen können. Hiemlich allgemein ungünstig lauten die Nachrichten über die Hackfrüchte, bei denen allerdings die Hoffnung auf Besserung nicht ganz aufgegeben wird. Kartoffeln wie Zuckerrüben fangen an, well zu werden. Die Kartoffeln sollen zwar gesund sein, aber zu wenig Ansoßenanfang haben. Die Zuckerrüben haben lichter unter den schwarzen Blattläusen zu leiden. Ganz trostlos sind in diesem Jahre die Futterverhältnisse. Alee, Luzerne und Wiesen lassen einen zweiten Schnitt kaum mehr eroffen. Hier und da ist der Futtermangel schon jetzt sichtbar. Stellenweise ist man bereits zur Zoodenartfütterung geschritten. Schon jetzt müssen die auf den Winter berechneten Futtermittel angegriffen werden.

*) August Winnig: Der große Kampf. 268 S. Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverband. Hamburg 1911. Preis 3 M. Vertrieb durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Auf wiederholte Anfragen erklären wir, daß in Steglitz das Lokal „Albrechtshof“ der Partei nicht zur Verfügung steht und daher streng zu meiden ist. In Friedenau sind der „Kaiser-Wilhelms-garten“ und das Lokal „Hohenzollern“ gesperrt. In beiden Orten steht der Partei kein einziges größeres Versammlungslokal zur Verfügung. Es wird dringend gebeten, obige Lokale zu meiden. Der Besitzer des „Strandlochs“ in Zehlendorf hat seine erst am letzten Sonntag gegebene Unterschrift wegen Hergabe seines Saales schon wieder zurückgezogen. Die Genossen werden ersucht, bei ihren Ausfüllen das „Strandloch“ streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

Romowes. Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, findet die Versammlung des Wahlvereins im Schmidtschen Lokal, Wilhelmstraße 41/43, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches. 2. Der Parteitag in Jena. Referent: Genosse Harder-Wilmersdorf. 3. Bericht der Zeitungsredaktion. 4. Wahl von Delegierten zur Kreisgeneralversammlung und Verbandsversammlung Groß-Berlin. 5. Verschiedenes.

Straßen. Das diesjährige Volksfest findet am Sonntag, den 6. August, in den Gesamtanlagen der Witwe Schöner, Neu-Seeland, statt. Großes Lokal- und Instrumentalkonzert, große Spezialitätenvorstellung, Gesang und turnerische Aufführungen, Volksbelustigungen aller Art, Verlosung, Fadelpolonaise (jedes Kind erhält eine Stadlaterne). Im Saale großer Tanz. Billetts: Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Berliner Nachrichten.

In den Zelten.

Von den zahlreichen Biergarten-Restaurants des vorigen Jahrhunderts haben die ältesten, die „Zelte“ an der Spreeseite, es immer noch verstanden, sich in das moderne, anspruchsvollere Zeitalter hinüberzusetzen. Vor einem halben Jahrhundert bedeuteten sie für das waschechte Berlinertum etwas ganz Besonderes. Man hatte noch so gut wie gar keine Verkehrsverbindungen nach den Vororten, die damals durch die Bank elende Dornhecker waren oder überhaupt noch nicht existierten, scheute auch lange Fußwanderungen und betrachtete einen Spaziergang vor die Stadtmauer, in den verwilderten Biergarten hinein, als eine Landpartie. Das war die eigentliche Blütezeit der Zelte, nach denen die Berliner ebenso arg waren wie heute nach weitentlegenen, oft erst in stundenlanger Eisenbahn- oder Dampferfahrt erreichbaren Wald- und Seebädern. So erlangten diese höchst einfach eingerichteten Vaulichkeiten, die einstmalig wirkliche Zelte waren, eine ungeahnte Volksstimmlichkeit. Wer damals als Fremder nach Klein-Berlin kam, wurde sicher darauf hingewiesen, nicht einen Abend in den Zelten zu verstreuen, wo man Berlin im Freien wie kaum an einer anderen Stelle studieren könne. Das hat sich gewaltig geändert. Von der Volksstimmlichkeit ist immer mehr abgedröckelt. Aber doch zeigt sich hier in drastischer Form noch manches, das mit dem modernen Berliner Leben eng verknüpft ist und diesen Lokalen unter ihresgleichen in der Zweimillionenstadt eine Ausnahmestellung einräumt.

Die Zeltrestaurants öffnen ihre Pforten schon in aller Herrgottsfröhe. Da kommen als Erste die zahlreichen Frühstückstische, die um spätestens sieben Uhr schon die gewohnte Frühpromenade im Biergarten hinter sich haben und nun nach einem Mokka ledigen. Da drüben am langen Tisch läßt sich eine lustige Gesellschaft nieder, der man es ansieht, daß sie überhaupt noch nicht schlafen gegangen ist. Die Spülen den Biermagen mit dem niederschlagenen schwarzen Trank aus, machen einen Mordspektakel und heraufschlagen, wie der angebrochene Vormittag am besten totzuschlagen ist. Parasiten finden, die vom grünen Baum des Lebens die besten Früchte pflücken und der arbeitenden Welt das Fallobst überlassen. Auch Ewigweibliches in wenig dezenter Kleidung mit wirren Frisuren und überlebten Gesichtern ist darunter, triebhaftig von der Freude, und um die jetzige Zeit so mancher Herzallerliebsten im Dsteebade das Morgenständchen darbringt: „Du hast ja keine Ahnung...!“ Traumbeladener hält sich am versteinerten Esplanade ein versprengtes Pärchen umschlungen, das unter den Biergartenbäumen mit den Nachtgallen um die Wette jubilierte, die Welt und den Kaffee zu vergessen scheint. Mit der höher steigenden lieben Sonne gibt es eine ganze Weile Ruhe. Die weißgeschürzten Rechner räumen auf, säubern die Kieswege, decken die Tische. Nächste solide Leute treten zum Frühstück und Mittagstisch an. Und schon gegen drei Uhr erscheinen mit unschätzbare Sicherheit die Helmbinnen der Kaffeeanne mit Romanband, Strickstrumpf und Kritischerbrille auf der Wilsfläche. Gibts denn wirklich noch so etwas im modernen Berlin? Ja doch, in den Zelten kann man es sehen und auch noch im Café Gärtner ein Stückchen weiter die Spree hinauf oder bei Ristenmacher hinter den Zelten beim Anterplatz der Mietzboote. Da leben die Heiratkonzerne des seligen Kapellmeisters Bilse, mit Kaffee und Kuchen umdrängt, im Freien wieder auf. Ueber die Elderei hinweg angeln hundert suchende Mädchenaugen nach dem Zukünftigen, indes Mama sorgsam Wache hält, daß alles zünftig hergeht und möglichst doch der hohe Zwack, nach dem man nun schon so lange vergebens fischt, erreicht wird. Wie mancher hartgesottene Junggeselle hat hier bei den lodenden Klängen der Musik schon angebissen und seine Freiheit verloren! Sichernd, mit viel Geschnatter macht es sich eine Schar von Pensionsgängen inmitten des würdevollen Anstandsraumans bequem. Ein Quartett von alten Damen kloppt unentwegt Sechshundert, natürlich für einen wohlthätigen Zweck. Zwischen durch placieren sich nicht zu wenig meist schon angejahrte Abenteuerinnen, die in den Zelten ebenso Stammgast sind wie auf dem Parkett der Witwenbälle. Dann gegen Abend kommt Juzzi aus den Geschäften. Viel junges Volk, das ehrlich arbeitet und seine Jugend genießen will. Vorüber man sich nicht aufregen soll. Aber auch mancher alte, ausgefuchste Don Juan, der hier auf Raub ausgeht und mit dem vollen Portemonnaie dem „Kalbsfleisch“ fallen stellt. Und drinnen im dunsigen Tanzsaal ist „Schwoof.“ Da scherbelt man mit Charme und Feuer, mit Grazie und — Gemeinheit.

Nur am schönen Sommerabend wird es noch mal wieder volkstümlich. Da sind die Gärten und die Säle zum Plägen voll. Immer neue Tausende füllen die „Lästerallee“ vor den Gittern und forschen vergebens nach einem freien

Stuhl. Am Eingang thront wie vor einem halben Jahrhundert die Kuchenfrau, beim Fahrdrum der Händler mit Kinderluftballons. Drüben auf der Promenade bilden feiste Spreewälder Animen im Sonntagsstaat Chaine, nassauern Musik und kofettieren mit dem zweierlei Tuch, das hier seine „Burschliebstien“ sucht und findet.

Die juristische Sprechstunde findet vom Montag, den 7., bis einschließlich Freitag, den 11. August, von 7 bis 9 Uhr statt.

Ein ehrwürdiges Amt. Während die Fischerei in und um Berlin immer mehr zurückgeht, hat sich eine mit ihr zusammenhängende behördliche Einrichtung durch die Jahrhundertere erhalten, sodaß sie bereits auf ein recht ansehnliches Alter zurückblicken kann. Es ist das Amt des „Prishtabel“, dessen Ursprung bis in die graue Vorzeit geht und der seinen Namen vom slavischen „Prishta“, d. i. Kuffeher, herleitet. Die Prishtabel, die sich nur bei den Spree- und Havel Fischern finden, spielen hier eine sehr umfangreiche Rolle. Sie waren nicht eigentliche Beamte, da sie von keiner offiziellen Stelle ernannt, sondern von den Fischern selbst gewählt wurden. Gerade deshalb aber hatten sie viel weitgehendere Befugnisse. Sie revidierten nicht nur das Fischzeug, den Fischmarkt und den täglichen Fang, sondern sie wurden wohl auch als Schiedsrichter bei gewerblichen Differenzen der Fischer angerufen. Bereits im 17. Jahrhundert versuchte jedoch die Regierung, besondere Amtsvorschriften für den Prishtabel zu erlassen und es existieren seitdem mehrere Dekrete, in denen der Wirkungsbereich des Beamten bestimmt wird. Damit wurden auch allmählich die Einkünfte des Prishtabels, die vorher sehr schwankend und ungleich waren, präzisiert und es wurden ihm neben einem festen Gehalt gewisse Nebeneinnahmen gesichert, z. B. die Erträge aus Schiffsverkäufen, Prüfungsgebühren für Fischnehe, Pfändungsgelder, wenn Nehe nicht vorschriftsmäßig waren und dergleichen. In der Mark waren vier Prishtabel vorhanden, davon einer in Köpenick für den Bezirk Berlin. Nach vielfachen Versuchen, das Amt überhaupt eingehen zu lassen, hat man sich 1867 entschlossen, den Prishtabel in die Domänenverwaltung zu übernehmen, wo er als Fischmeister noch jetzt seinen Platz im Etat hat. Allerdings ist vieles von dem ehemaligen Amt des Prishtabel verloren gegangen, je mehr die Berliner und überhaupt die Spreefischerei von ihrer einstigen Bedeutung verloren hat.

Die Anlegung des neuen städtischen Wasserwerks in der Wohlheide beschäftigte den Magistrat in seiner gestrigen Sitzung. Es soll in der Wohlheide, wie wir bereits früher meldeten, ein weiteres Grundwasserwerk errichtet werden. Der Magistrat stimmte den Vorschlägen der Deputation für die städtischen Wasserwerke über die Größe und Art der neuen Wassergewinnungsanlagen zu. Ueber die Frage, ob der Betrieb durch elektrische Kraft, durch Dieselmotoren oder Dampfmaschinen erfolgen soll, wurde die Beschlußfassung ausgesetzt; sie soll noch in einer Kommission geprüft werden. Der Stadtverordnetenversammlung wird alsbald eine Vorlage über das neue Projekt zugehen.

Berliner Kuhl-Verein für Obdachlose. Im Monat Juli nächstigen im Männerzahl 15 470 Personen, wovon 8827 badeten, im Frauenzahl 3708 Personen, wovon 1214 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten: für Männer Wiesenstr. 55/50, für Frauen Kolberger Str. 30.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit preussische Militärbehörden ihren Drill ausüben, lehrt folgender Fall, der aus Treptow berichtet wird: Um der jetzigen Tropenhitze etwas zu entgehen, ist der Dienst bei dem Telegraphen-Bataillon in die frühesten Morgenstunden verlegt. Auf dem Exerzierplatz in der Eisenstraße wird schon in der fünften Stunde geritten. Hierbei wird aber ein derartiger Staub aufgewirbelt, daß derselbe weitaus von dem Plage noch die Luft verunreinigt. Es ist den Anwohnern infolgedessen unmöglich, auch nur ein paar Minuten die Fenster zu öffnen. Der Staub fliegt in derartigen Mengen umher, daß Leute, welche von ferne die Staubwolken ziehen sahen, glaubten, es wäre irgendwo ein Brand ausgebrochen. Die Eisenstraße war gestern früh um 1/2 Uhr überhaupt nicht zu passieren, denn der Staub setzte sich in die Atmungsorgane und veranlaßte starken Hustenreiz. Etwas mehr Rücksicht hätte doch das Publikum zu verlangen. Hoffentlich führen diese Reizen dazu, diesem Uebelstand in geeigneter Weise abzuhelfen.

Die Krankenhäuserbesetzung der größten Städte. In die Krankenhäuser von Berlin sind in der Woche vom 16. bis 22. Juli insgesamt 1618 Kranke aufgenommen worden, in Altona 101, Breslau 825, Charlottenburg 198, Düsseldorf 221, Essen 90, Frankfurt a. M. 556, Hannover 328, Stettin 134, München 605, Nürnberg 261, Chemnitz 150, Leipzig 334, Hamburg 1123. Der Bestand an Kranken betrug somit am Ende der Woche in Berlin 6539, Altona 442, Breslau 3042, Charlottenburg 721, Düsseldorf 662, Essen 363, Frankfurt a. M. 2107, Hannover 1218, Stettin 578, München 2549, Nürnberg 693, Chemnitz 629, Leipzig 1264, Hamburg 4535. Von den Neuaufgenommenen litten nach einem Auszug der „Arztzeitung“ an Diphtherie und Krupp in Berlin 67, Altona 4, Breslau 4, Charlottenburg 4, Düsseldorf 2, Essen 1, Frankfurt a. M. 3, Hannover 3, Stettin 2, München 2, Nürnberg 1, Chemnitz 2, Leipzig 1, Hamburg 37. An Lungenentzündung litten in Berlin 90, Altona 5, Breslau 22, Charlottenburg 7, Düsseldorf 11, Essen 1, Frankfurt a. M. 24, Hannover 3, Stettin 6, München 38, Nürnberg 18, Chemnitz 5, Leipzig 29, Hamburg 19. An Magen- und Darmkatarrh sowie Wechdurchfall waren erkrankt in Berlin 67, Altona 3, Breslau 37, Charlottenburg 5, Düsseldorf 19, Essen 5, Frankfurt a. M. 32, Hannover 22, Stettin 2, München 20, Nürnberg 22, Chemnitz 9, Leipzig 25, Hamburg 26. An den anderen Krankheiten der Atmungsorgane litten in Berlin 154, Altona 7, Breslau 52, Charlottenburg 26, Düsseldorf 7, Essen 2, Frankfurt a. M. 38, Hannover 14, Stettin 14, München 71, Nürnberg 7, Chemnitz 9, Leipzig 13, Hamburg 83.

Das Ergebnis des Rosenblumentages in Charlottenburg liegt nunmehr vor. Darnach sind am 16. Juni nach Abzug der Unkosten netto ausgenommen 25 916,15 M. Veteranen, die aus diesem Ertrage Unterstüßungen zu Gabeln wünschen, wollen sich wenden an das Zentralkomitee des preussischen Landesvereins vom Noten Kreis, Berlin NW. 40, Rosenstr. 9.

Die Zahl der in der letzten Zeit im Rüggeffee, der Dahme usw. Ertrunkenen ist ungewöhnlich groß. Gestern wurden allein in der Nähe des biologischen Instituts drei Leichen angeschwemmt, darunter die des Maschinenführers Ruhlmann und des Kaufmanns Schlemminger-Verein. Bei Reptunshain wurde die Leiche des ertrunkenen Zehle, und am Wilhelmstrand die Leiche des Kutschers Ulrich gelandet. Auch die Leiche des Kaufmanns Alex Reumann, Berlin, konnte geborgen werden.

Die warme Bitterung und der Gaderbrauch. Die große Hitze kommt den Berliner Gaswerken nicht unerwünscht. Das Publikum wendet sich in einem Maße von dem heißen Kohlenherde ab und dem Gaslocherde zu, wie noch nie zuvor. Schon im vorigen Jahre war der Zuwachs an neuen Gasabnehmern bei den städtischen Berliner Gaswerken mit gegen 30 000 eine Rekordziffer.

Dieses Jahr wird dieser Zuwachs noch weit höher werden; denn im ersten Halbjahre waren es schon 14 Proz. mehr als im ersten Halbjahre 1910. Jetzt ist die städtische Gaswerkverwaltung genötigt, wöchentlich 1000 Gaslocher aus den Fabriken zu beziehen, um den augenblicklichen und den noch zu erwartenden Ansprüchen der neu hinzutretenden Gasabnehmer gerecht werden zu können. Hierbei spielen die breitesten Bevölkerungsschichten, die diese Locher in Verbindung mit Ringgasmeßanlagen miet- oder leihweise beziehen, eine Hauptrolle.

Selbstmord eines Soldaten. Auf dem Truppenübungsplatz Döberitz hat sich der Gardefüßler Rahm mit einem Dienstgewehr erschossen. Der Grund zu der Tat ist anscheinend Zucht vor Strafe, weil er sich außer Dienst betrunken hatte.

Vom Hitzschlag getroffen wurde gestern auf dem Alexanderplatz der 49 Jahre alte Arbeiter Paul Rausch aus der Templiner Str. 12 und ein unbekannter Mann von etwa 50 Jahren, seinem Neheren nach auch ein Arbeiter, vor dem Hause Elisabethstr. 18. Beide wurden von der Rettungswache in der Reibelsstraße nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Von einem Katerwagen überfahren und schwer verletzt wurde Donnerstagnachmittag die 28 Jahre alte Passiererin Frau Martha Kleinede, die in einer Seifenhandlung in der Nachstr. 2 beschäftigt war. In der Nähe des Geschäftes geriet sie beim Ueberqueren des Straßenendamms unter das Fuhrwerk, das ihr über die Brust ging. Die Verunglückte wurde mit einem Koppischen Wagen nach dem Krankenhaus Moabit gebracht.

Der Polizeipräsident teilt mit: Systematisches Schreiben von Vettelbriefen führt in Berlin immer noch zu Lebensunterhalt ohne Arbeit. Kein Briefempfänger sollte geben, ohne vom Polizeipräsidentium (Abteilung II) Auskunft eingeholt zu haben.

Tragödie auf dem Kirchhof. Auf dem städtischen Kirchhof in der Seeferstraße erhob sich Donnerstagnachmittag der 23 Jahre alte Arbeiter Adolf Müller aus der Schulzendorfer Straße am Grabe seines Bruders. Müller kaufte einen Kranz, begab sich damit nach dem Kirchhof und schloß sich, nachdem er den Kranz am Grabe seines kürzlich gestorbenen Bruders niedergelegt hatte, eine Augen in die rechte Schläfe. Tödlich verletzt wurde Müller am Grabe aufgefunden. Er wurde in einem Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe in das Virchow-Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung starb. Die Motive für den Selbstmord sind noch nicht ermittelt worden.

Eine aufregende Szene spielte sich in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in der Belle-Alliancestraße ab. Dort wurden vier Personen, die eine Vergnügungsfahrt nach Mariendorf unternommen hatten, infolge Schwerverdens des Pferdes aus dem Wagen geschleudert und zum Teil schwer verletzt. Wir erfahren zu dem Vorfalle folgende Einzelheiten:

Der Schneidermeister Löwendorf, Gneisenaustr. 21, hatte mit seiner Gattin und einem seiner Bekannten und dessen Gattin in einem Breal, den er vor einigen Tagen gekauft hatte, eine Spazierfahrt nach Mariendorf unternommen. Gegen 11 1/2 Uhr nachts schickte L., der selbst lenkte, mit seinen Gästen nach Berlin zurück. In der Nähe der Vorkammer am Tempelhofer Feld schaute das Pferd, ein junges feuriges Tier, vor einem vorübergehenden Automobil und rannte in rasendem Tempo den Berg hinunter. Der Lenker des Wagens verlor jede Herrschaft über das Tier, ließ die Reime fallen und flammerte sich am Sitz fest. Der außerordentlich kleine und leichte Wagen schleuderte bedenklich und drohte mehrmals umzukippen. An der Ecke der Potsd. und Belle-Alliancestraße wurde Frau Haebide, die auf dem Vorderstuhl saß, vom Vorderschleudert und stürzte so unglücklich, daß ihr die Räder des schwer beladenen Wagens über beide Beine hinweggingen. Das Pferd raste indes weiter, ohne daß es L. gelungen wäre, das Tempo des Tieres auch nur einigermaßen zu mähigen. In der Nähe der Loringgopfer sprang Frau Löwendorf, als das Pferd für einen Augenblick seine Geschwindigkeit verlor, vom Wagen. Im jedoch ebenfalls zu Fall und verstauchte sich den rechten Fuß. Vor dem Hauptportal der Dragonerkaserne verstauchte ein junger Mann, dem Pferd in die Hügel zu fallen, dieses bäumte sich, schlug nach hinten aus und traf den Barbier Haebide so schwer, daß er in weitem Vogen auf das Straßenpflaster geschleudert wurde. Er erlitt eine tiefe Fleischwunde am linken Bein und eine Verletzung des Schienbeinknöchels. An der Keltower Straße gelang es einem Schutpmann, das rasende Tier, das den Beamten noch eine Strecke weit schleifte, zum Stehen zu bringen. In dem Augenblick, als Löwendorf die Hügel wieder ergreifen wollte, schlug das Pferd nochmals hinten aus und stieg dem Lenker eine tiefe nicht ungefährliche Fleischwunde am linken Bein zu. Die vier verletzten Personen wurden nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht, wo drei derselben nach Anlegung von Notverbanden in ihre Wohnung geschafft wurden. Frau Haebide, der beide Oberschenkel gebrochen worden waren und die außer einer tiefen Wunde am Hinterkopf auch eine Gehirnerschütterung erlitten hat, mußte in das Krankenhaus am Urban übergeführt werden. Der Wagen war bei der rasenden Fahrt fast vollkommen zertrümmert worden.

Eine einträgliche Knepperie betreibt in der Provinz ein Mann von etwa 40 Jahren, der sich Koberetfender Richard Gumpel aus der Bahnstraße in Schöneberg nennt. Er wendet sich besonders an Uhrmacher und Juweliere, schwindelt ihnen vor, daß ihm augenblicklich zur Einlösung eines Wechfels 150 M. oder noch mehr fehlten, lockt ihnen Darlehen an und gibt dafür Schmuckstücke zum Pfand, die er in Hamburg gekauft haben will. Mit 10 M. Aufgeld will er die Pfänder in 8 bis 14 Tagen wieder einlösen. Die vertrauensseligen Leute warten aber vergeblich darauf und erkennen zu spät, daß sie für ihr gutes Geld nur Knepp- und Schieberwaren bekommen haben.

Wer ist die tote? Das königliche Polizeipräsidentium teilt mit: Am 2. August gegen 11 1/2 Uhr vormittags wurde am Bellevue-Ufer, in der Nähe der Lusterberücke, die Leiche eines jungen Mädchens aus der Spree gelandet. Sie ist 18-24 Jahre alt, circa 1,60 groß, hat volles dunkelblondes Haar, volles, rundes Gesicht, geneigte Stirn, dunkle Augen, dunkelblonde, bogenförmige Augenbrauen, kleine, bide Nase, spüges Kinn, vollstündige Zähne. Bekleidet ist sie mit schwarzem Oberrock, weißer Bluse, mit weißem Korsettstücken, einem weißen und einem hellblauen Unterrock, weißem Hemde, Vordereilebinde, braunem Korsett, grauen Strümpfen und gelben Halbschuhen mit Schnalle. Personen, welche Angaben über die Persönlichkeit der gelandeten Leiche machen können, wollen sich bei der Kriminalpolizei, Polizei-Präsidentium, Zimmer 348, melden oder ihre Wahrnehmungen zu Nr. 3162 IV. 38 11 einem Polizeirevier mitteilen.

Das Gebrüder Herrfeld-Theater hat am Donnerstag seine 20. Spielzeit eröffnet. Den Theaterbesuchern wurde eine illustrierte Jubiläumsschrift überreicht, in welcher der Werdegang der Herrfelds dargelegt ist. Zu Beginn der Vorstellung sprach Herr Kollad einen Prolog, in dem der Tätigkeit der Gebrüder Herrfeld während der 20 Jahre gedacht und in welchem dem Berliner Publikum für das erwiesene Wohlwollen gedankt wird. — Als Jubiläumsgabe gelangte eine zweifelhafte Komödie: „Das Kind der Firma“ zur Aufführung, welche die beiden Herrfelds zu Verfassen hat. Wie früher so hatten auch diesmal die Autoren die Rollen als Hauptdarsteller übernommen. Der Inhalt des Stückes baut sich auf einem an die Firma Tschoppert gerichteten Briefe auf, in dem ein Tschoppert als der Vater eines unehelichen Kindes bezeichnet wird. Die Firma besteht aus drei Kompagnons, Herrn Tschoppert und seinen beiden Schwiegerjöhnen, die alle schon in

einem Hotel in Blauen gewohnt haben, deren Gelbheit aber nicht ganz rein ist. Einer schiebt die Vaterlosigkeit auf den anderen, wodurch die drohlichsten Situationen heraufbeschworen werden. Der Anwalt löst sich, indem schließlich der Wetter eingestrichelt, daß er der Schwere nicht ist, der mit dem Stübchen in Blauen angehängelt hat. Dem Darsteller wurde reichlich Beifall zu teil und die Bühne wurde mit Blumen und Kränzen für die Jubilare wie für die Mitwirkenden überschüttet.

Vorhergegangen war der Komödie ein netter Einakter von Robert Vohl „Schmerzlose Behandlung“, der in einem Zahnstuhler spielte und einen Don Juan in die größten Verlegenheiten brachte, weil er sich als Vertreter eines Zahnarztes ausgab. Der Zahnarzt half dem Bouffierstengel aus der Patz, in die er geraten war. Nebenbei bewies der als Zahnarzt wirkende Herr Gabel, daß er auf diesem Gebiete eine große Gewandtheit hat, so daß man ihn mit einem richtig gehenden Zahnarzt durchaus verwechseln konnte.

Eine kleine Anzahl Beitragsmarken sind gefunden worden und im Verbandsbureau, Lindenstr. 69, abzuholen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Freie Turnerschaft Rixdorf-Brig veranstaltet am Sonntag, den 6. August, ihr Sommerfest bei Hellsch, Knefbeckstr. 48-49. Das Fest besteht in turnerischen und humoristischen Aufführungen unter Mitwirkung des „Berliner Ill.-Zer“. Da der Verein bei Parteifestschickeln stets mitgewirkt hat, wird gebeten, die Veranstaltung durch Besuch zu unterstützen.

Zwei große Dachstuhlbrände verursachten vorgestern nachmittag und gestern früh der Rixdorfer Feuerwehr schwere Arbeit. Im 6 Uhr nachmittags brannte es an der Ecke der Hermann- und Thomaststraße. Der Dachstuhl des großen Hauses ging ganz in Flammen auf. Bei den Löscharbeiten, die über zwei Stunden dauerten, wurden drei Feuerwehrleute erheblich verletzt. Gestern früh in der vierten Stunde wurde die Wehr nach der Riemerstraße Nr. 16 gerufen. Als sie ankam, brannte der Dachstuhl schon lichterloh. Auch hier wurde er ganz vernichtet. Die Wehr hatte wieder 2 1/2 Stunden mit 4 Köhren zu tun, um des Feuers Herr zu werden. In diesem Falle wurde vorläufige Brandstiftung festgestellt. Alle Bodenverschläge waren mit Petroleum besogen. Der Eigentümer Kaufmann Riemer weist augenblicklich im Bade.

Zu dem Raubfall in der Thälinger Straße werden wir gebeten mitzuteilen, daß der Fabrikmaurer Bernhard Schulze, Ossastraße 84/85, dessen Eltern Juliusstr. 67/68 wohnen, mit dem verhafteten Täter Schulze nicht identisch ist.

Oranienburg.

Den Arm in einem Motor zerrissen. Schrecklich zugerichtet wurde der 10jährige Himmelskinderling Franz Hermann, der bei dem Reubaugrundstück der Traubischen Brauerei in Stellung war. Auf dem schmalen Motor nach dem vierten Stockwerk emporgeklommen werden. Der junge F. war im vierten Stockwerk aufgestiegen und er sollte hier das Zeichen geben, sobald der Motor am Endpunkt war. Statt dessen zog er an der Kurbel mit, und als die unten stehenden Arbeiter plötzlich etwas nachsehen, geriet F. mit dem rechten Arm in das Getriebe des Motors. Der unglückliche wurde mit hoher Gewalt in die Tiefe und der Behälter wurde mitgerissen. Der Unterarm ist dem Geringsfügigen bei dem Unfall vollständig zermalmt worden.

Spandau.

Spandau gegen Professor Eberstadt. Eine Ferienkündigung hielt die Stadtverordneten trotz der großen Hitze am Donnerstag ab. Um die Temperatur im Sitzungssaal einzumachen erstreckte sich zu machen, hatte man an den Seiten und sogar auf dem Vorhandeltisch Ventilatoren, in welchen sich Eis befand, aufgestellt; genügt hat die Geschichte auch nicht viel, denn es blieb noch reichlich heiß. Gleich als erste Nummer beschäftigte die Versammlung die Angelegenheit mit dem Professor Eberstadt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte in einer ihrer letzten Sitzungen eine gemischte Kommission gewählt, welche sich mit der Prüfung der Sache und mit geeigneten Vorschlägen und Erklärungen beschäftigen sollte. Der Magistrat scheint aber dieser Kommission vorgerechnet zu haben. Zunächst war der als Referent bestellte Stadtverordnete Dr. Baumert nicht erschienen. Der Vorleser Lüddecke erklärte aber, daß die Angelegenheit doch beraten werden könnte. Der Magistrat habe nämlich beschlossen, gegen den Professor Dr. Eberstadt Strafantrag zu stellen und erfordere die Versammlung ihre Zustimmung zu erteilen. Der Oberbürgermeister Koecke bemerkte hierzu erklärend, daß der Magistrat die Verteidigung in dem bekannten Aufsatze des Professor Eberstadt in den Preussischen Jahrbüchern darin erblickte, daß er dem Magistrat vorwerfe, er habe einseitig Partei für die Hausbesitzer genommen. Es sei daher nach Ansicht des Magistrats zweckmäßiger, gegen den Professor Eberstadt Strafantrag zu stellen, damit vor Gericht eine Prüfung der Angelegenheit stattfinden kann und Professor Eberstadt in die Lage gebracht werde, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Allerdings könnten dem Professor Wohnungsberechtigter Interessen zur Seite stehen. Nach Ansicht des Magistrats gehen aber die Ausdrücke in dem Artikel weit über den Rahmen der berechtigten Interessen hinaus. Hieraus verliest der Oberbürgermeister eine circa 40 Seiten lange Niederschrift, in welcher er die Ausführungen des Professor Eberstadt zu widerlegen versucht. Außer der Ansicht, daß der Magistrat einseitig Hausbesitzerinteressen vertritt, wird in dieser Niederschrift eigentlich alles ausgeführt, was Dr. Eberstadt der Stadt Spandau zum Vorwurf macht, nämlich, daß eine große Anzahl schlechter Wohnungen vorhanden sind und daß selbst die Stadt solche schlechte Wohnungen vermietet. Aber, so wird in der Niederschrift gesagt, wenn die Wohnungen, die selbst der Kreisarzt nicht für ganz einwandfrei erklärt hat, hübsch sauber gehalten werden, dann machen sie keinen schlechten Eindruck und den Mietern, die darin wohnen, gefalle es so wohl, daß sie gar nicht ausziehen wollen, namentlich weil die Wohnungen so billig sind. Außerdem habe der Fiskus ja auch das ehemalige Justizhaus für eine Kaserne verwendet. Solche Fälle wären noch mehrere nachzuweisen. In der sich anschließenden Diskussion spricht der Stadtverordnete Genosse Kieper seine Verwunderung darüber aus, daß in der Sache so schnell gearbeitet worden sei. Professor Eberstadt müsse dem Magistrat doch wohl bittere Wahrheiten gesagt haben. Es sei auch mal nicht wegzuleugnen, daß in dieser Beziehung Mißstände in Spandau bestehen. Es existieren Wohnungen hier, die den Namen Wohnungen nicht verdienen und wenn sie nicht vermietet werden dürfen, dann wäre sicher eine Wohnungsnot vorhanden. Er spricht dann die Befürchtung aus, daß bei dem Strafentwurf nicht viel herauskommen werde, denn der Professor werde schließlich den Beweis der Wahrheit antreten und dann bezahle die Stadt die Kosten. Die Versammlung stimmt schließlich dem Antrag des Magistrats auf Straferfolgung zu. Ueber die künftige Versorgung der Stadt Spandau lagen der Versammlung die Vorträge vor. Danach soll zur Versorgung der Stadt Spandau, sowie der Landkreise Osthavelland, Westhavelland und Ruppiner Land eine Wasserleitung mit beschränkter Leistung unter der Firma „Mädritsch und Kreis-Krautwert Spandau G. m. b. H.“ errichtet werden. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 2 Millionen Mark. Der Mindestbetrag einer Stammeinlage beträgt 50 000 Mark. Auf das Stammkapital haben nach dem Vertrag dar einzuzahlen: die Stadtgemeinde Spandau 1 Million

Mark, der Landkreis Osthavelland 500 000 Mark, der Landkreis Westhavelland 250 000 Mark und der Landkreis Ruppiner Land 250 000 Mark. Der Ausschuss besteht aus 6 Personen, die jedesmal auf sechs Jahre ernannt werden. Drei davon sind vom Magistrat der Stadt Spandau, je eine von den beteiligten Landkreisen zu ernennen. Der Magistrat von Spandau wählt den Vorsitzenden und die Vertreter der Landkreise den stellvertretenden Vorsitzenden. Die Mitglieder des Ausschusses erhalten als solche keine Vergütung, sondern nur den Ersatz ihrer barem Auslagen. In dem Stimmungsprotokoll wird der Preis für die Kilowattstunde bis zum 31. März 1926: für die ersten in einem Geschäftsjahr abgenommenen 3 Millionen Kilowattstunden auf 6 Pf., für die 4. und 5. Million in einem Geschäftsjahr abgenommenen Kilowattstunden auf 5 1/2 Pfennig und für die darüber hinaus abgenommenen Kilowattstunden auf 5 Pf. festgesetzt. Vom 1. April 1926 ab bleiben weitere Vereinbarungen vorbehalten. Nach ganz kurzer Debatte stimmte die Versammlung sowohl dem Gesellschaftsvertrag wie auch dem Stromlieferungsvertrag zu. — Für den Ausbau der Pianierstraße, die sich in einem sehr schlechten Zustande befindet, bewilligte die Versammlung 146 300 Mark. Ferner genehmigte die Versammlung den Entwurf und den Kostenanschlag der Hafensanitätsbahn und bewilligte die Mittel in Höhe von 1 218 000 Mark. Das ist die vierte Million, die für den Hafen ausgegeben wird, welcher der Stadt bisher so gut wie gar keinen Nutzen bringt. — Endlich soll eine alte Spandauer Verunreinigung, der sogenannte „Deutsche Rhein“, ein kleiner Mühlengraben, der der Stadt nicht nur Störche gereicht, verschwinden. Es wurden für die Aufbesserung desselben 21 500 Mark bewilligt. Es wurden trotz der großen Hitze noch eine ganze Anzahl kleinerer Vorlagen teils erledigt teils vertagt. Von den sozialdemokratischen Stadtverordneten ist der Antrag eingebracht worden, die Stadtverordnetenwahlen für die 4. Abteilung am einem Sonntag stattfinden zu lassen. Dieser Antrag wird in der nächsten Versammlung behandelt werden. Wertwärtigerweise hörte man noch nichts von einem Ausliegen der Wählerlisten.

Notwales.

Ein gefährlicher Brand kam am Donnerstag nachmittag in dem Hause Großbeerenstraße 61 auf unaufgeklärte Weise zum Ausbruch und vernichtete innerhalb kurzer Zeit den gesamten Dachstuhl und das oberste Stockwerk des vierstöckigen Vorder- sowie eines Teiles des Seitengebäudes. Zweizüge der Feuerwehr griffen die Flammen mit vier Köhren an und vernichteten die unteren Stockwerke sowie den neuangebauten Teil des Seitengebäudes zu halten. Bei den schwierigen Löscharbeiten zog sich der Feuerwehrmann Döbel eine Rauchvergiftung zu und wurde von seinen Kameraden in bewußtlosen Zustande auf das Nachbargrundstück gebracht, wo sich sofort einige Mitglieder beider Sanitätskolonnen um ihn bemühten. Als der hinzugerufene Arzt erschien, hatte der Erkrankte bereits das Bewußtsein wieder erlangt, nach einigen Stunden Ruhe konnte er nach Hause geleitet werden. Die etwas später eingetretene freiwillige Feuerwehr aus Wannsee beteiligte sich gleichfalls an den Löscharbeiten.

Der Betrieb der elektrischen Straßenbahn über die Bergstraße bis zur Plantagenstraße ist wegen der in Angriff genommenen Eisenbahnüberlegungsarbeiten eingestellt worden. Die Straßenbahn ist bis auf weiteres von dem jetzigen Endpunkte vor dem Grundstück Kaiser-Wilhelm-Straße 26 zu benutzen. Die provisorische Weiterführung derselben über den Lutherplatz bis zur Eisenbahnstraße ist in Angriff genommen und wird in Kürze fertiggestellt sein. Da die Kaiser-Wilhelm-Straße wegen Verlegung gesperrt ist, wird der Durchgangsverkehr vorläufig durch die Wabelberger Straße geleitet. Die Freigabe der Fußgängerbrücke im Zuge der Wilhelmstraße, die bis zum 5. August höhergelegt werden sollte, wird sich etwas verzögern.

Jugendveranstaltungen.

Rixdorf, Sonntag, den 6. August, Havelwandlung. Treffpunkt 6 1/2 Uhr an den Ringbahnhöfen Berg- und Hermannstraße. Fahrt bis Grünemald, von da Wandlung über Schilddorn, Gatow, Gladow Sacrow Römischhagen, Plaueninsel nach Wannsee. Fahrgeld mit Uebereichen 75 Pf. Die Teilnehmer werden ersucht, Probiant mitzubringen, speziell etwas Trinkenbares.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Reform der Wiener „Sitt“.

Die Polizeidirektion in Wien hat sich veranlaßt gesehen, die Vorschriften, die für die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehenden Prostituierten gelten, in fortschrittlichem Sinne zu ändern. Der sanitäre Zweck dieser Lebensordnung wird in den Vordergrund gestellt. Direkt verboten bleibt das gemeinsame Herumtreifen mehrerer Liebesverführerinnen und die Aufenthaltsgewährung an Jubalier. Sonst sollen nur die gleichen Anforderungen gelten, wie für jedermann. Das bisherige Verbot für Prostituierte, sich vor Einbruch der Dunkelheit zu zeigen, fällt. Nur ganz ausnahmsweise können für Häuser, in denen mehrere Dirnen wohnen, Sondervorschriften erlassen werden, die sich aber aller Kleinlichen und ins einzelne gehenden Beschränkungen enthalten sollen. Bei erstmaliger Uebertretung soll nicht gestraft werden. Die Beziehungen der Prostituierten zu ihren Wohnungsgebern müssen sich auf das Richtverhältnis beschränken, die Wohnungsgeber dürfen keinen Einfluß auf die Ausübung des Anzuchtsgewerbes nehmen. Eine weitergehende Verhinderung der schandvollen Ausbeutung der Liebesverführerinnen durch die Wohnungsgeber ist im Entwurf zum Strafgesetzbuch geplant. Für Minderjährige soll an Stelle der Kontrolle ein nicht bürokratisches Fürsorgeverfahren treten, auch soll die Befreiung der Kontrolle nur unter besonderen Bedingungen zulässig sein und familiäre Rücksichten nicht außer acht lassen. Die Errichtung von Bordellen ist untersagt, die bestehenden — in Wien nur wenige — sollen streng beaufsichtigt werden. Eine ambulante ärztliche Nachbehandlung nach Heilung jeder geschlechtlichen Erkrankung soll der Vorbeugung dienen. — Der Wille dieser Verordnung mag ja recht gut sein; die gräßliche Begleitererscheinung unserer Zeit wird dadurch kaum sehr gemildert werden können.

Die Prostitution in Chicago.

In Chicago hat die sogenannte Lasterkommission die Sittlichkeitsverhältnisse im allgemeinen und die Vordellustände im besonderen untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung werden geheim gehalten; nichtsdestoweniger ist vieles durchgesickert, und der „Daily Socialist“ fordert völlige Veröffentlichung der Resultate jener Enquete, vor allem verlangt das sozialistische Blatt, daß die „Lasterkommission“ durch die Staatsanwaltschaft gezwungen werde, die Namen der durch die Untersuchung bloßgestellten Herrschaften preiszugeben ohne Ansehen der Person und der demokratischen oder republikanischen Parteifreundschaft! Wie gesagt, trotz aller Vertuschungsversuche ist gar manches bekannt geworden, was einen Einblick in die Schreden dieser entsetzlichen weichen Sklaverei gestattet und zeigt, wie die jungen Mädchen zu Tausenden und Abertausenden aus den Heimarbeitsbüden, den Warenhäusern, den Bureau mit ihren Hungerlöhnen in die Jangarme der Prostitution gelockt werden. In Chicago besteht ein „hochbornener“ Klub, vergleichbar der Eulenburgschen „Zofelrunde“ homosexuellen Angeborenen. Die Namen der Klubmitglieder werden von der Lasterkommission ebenso wenig verraten wie die jener „noblen“ Kupplerinnen, die die junge „Ware“ heranschleppen! Diese jarte Rücksichtnahme dürfte allerdings wenig nützen, denn der „Daily Socialist“ verspricht, daß er bald die Liste der Herrschaften veröffentlichen wird. Elegante Bordelle, deren Besuch sich nur die „bessere Klasse“

leisten kann, sind in Halle und Pöhl vorhanden. Hand in Hand mit den Weibern und Weiberleuten der „Freudenhäuser“ arbeiten hochangesehene Chicagoer Herren, die in der Gesellschaft und in den Kirchengemeinden eine große Rolle spielen! Diese Weibemänner treten bei allen möglichen Gelegenheiten für Erleichterung der Vordellustände ein, da dieses „Gewerbe“ ihnen ja reiche Zinsen abwirft! Mehrere Bordelle gehören „vornehmen“ Damen, und eine sehr geachtete Gesellschaft erfreut sich des Besites von vier der berühmtesten Häuser Chicagos! Von 65 Grundeigentumsagenten wollten auf der Süd- und Westseite der Stadt 44, auf der Nordseite von 13 Hausbesitzern 11 gern Kontrakte zur Führung von Vordelluständen in ihren Häusern abschließen!

Endlich noch einiges über die Sinnhaftigkeit aus den Vordellen: Die „Madame“ eines dieser Institute (mit sechs Zimmern und zehn Mädchen) nimmt jede Woche durchschnittlich 1000 Mark ein! Das sind im Jahre etwa 52 000 Mark für ihre Sechszimmerwohnung zahlt sie 10 000 Mark; bleiben 42 000 Mark, von denen die „Madame“ den Hauptteil und die Chicagoer Polizei einen hübschen Posten schluckt, während die Mädchen sich mit dem schäßlichen Rest begnügen müssen. Eine Vordelluständlerin erklärt, sie habe 24 Mädchen, deren jedes wöchentlich 400 bis 2000 Mark abwerfe! — — —

Die moderne Prostitution samt ihrem Rasermentwesen, die dem Kapitalismus ihre Existenz verdanken, sie werden nicht eher vom Erdboden verschwinden, als an die Wurzeln des Kapitalismus selber die Axt gelegt ist.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter zu Hamburg. (S. 29.) Illale Berlin 6. Sonnabend, 6. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Emlenländer Str. 42: Mitgliederversammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. August, vormittags 11 Uhr, Kleine Französer Str. 6: Vortrag von Herrn W. D. Wege: „Die Eröberung Gottes.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Eingegangene Druckchriften.

- Sozialdemokratie und Weltgericht. Von D. Feuerstein. 1,50 Mark. R. Kohn, Pöhl (Württemberg).
- Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Mildorf. 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911. 35 S. Selbstverlag.
- Verklungen Weisen. Lebenserinnerungen von F. Scholz. Geb. 3,50 Mark, brosch. 2,50 Mark. J. Scholz, Mainz.
- Nach Norden. Roman von J. Meier-Graefe. 4 Mark, geb. 6 Mark. J. F. Scholz, Mainz.
- Grundriss der Wirtschaftskunde. Von Leo Wulffsohn. Buchhandl. des Schweiz. Arbeitervereins. 80 Rappen.
- It das Zentrum eine christliche Partei? Von C. Wieland. 32 S. Th. Lampart, Augsburg.
- Schmerz Reliefhandbuch für wandernde Arbeiter. Lorenz Buch für Radfahrer. 180 S. A. Scherm, Stuttgart.
- Wissenschaft und Bildung. Bd. 83. Die Keimische Kultur. Von Prof. Dr. R. Franke u. H. Lohmeyer. — Bd. 82. Leib und Seele. Grundzüge der Psychologie des Nervensystems und der physiologischen Psychologie. Von Prof. Dr. H. Bornemann. — Bd. 81. Kaiser Garten. Von F. Zahn. Einzelband 1 Mark, geb. 1,25 Mark. U. Neugebauer, Leipzig.
- Deutschland und die Modernisierungsbewegung. Zur neudeutschen Richtung. Von D. Franke. 8. Rausch-Verlag. Preis 75 Pf.
- Napoleon Bonaparte. Von A. Dumas. 2 Mark, geb. 2,75 Mark. Franke, Stuttgart.
- Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins für die Reichstagswahlbezirk München I. u. II. 39 S. Verlag des Parteisekretariats München.
- Großdeutschland, die Arbeit des 20. Jahrhunderts. Von R. Tannenber. 2. Folge. Leipzig-Gohlis. 4 Mark, geb. 5 Mark.
- Die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn. Von S. Jászai. 36 S. Bülagass, Budapest VIII.
- Der Strom. Nr. 4. Organ der Wiener Freien Volksbühne. Herausgegeben von G. Bernerstorfer, St. Großmann und A. Raudl. Jahrl. 3 Mark. Deisterfeld u. Co., Wien-Deister.
- Der Graf als Wählung! Ein bayerisches Lustspiel. Nach Originalen. 1. R. R. Standl, Brixen.
- Bericht für das Geschäftsjahr 1910/11 des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg. 39 S. H. Planck u. Co., Magdeburg.
- Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis 30. Juni 1911 der Sozialdemokratischen Partei Heilbronn. 30 S. F. Wagner, Heilbronn.
- Gonod (1818-1893). Von R. G. Prod'homme u. A. Dandrol (in französischer Sprache). 2 Bde. mit 40 Tafeln. Paris, Librairie Ch. Delagrave. 7 Franc.
- Tatenhüben. Schauspiel von F. Starckson und R. Kestler. 1,50 Mark. G. Verlagsbuchhandlung, Hamburg 6.
- Einfachlebens-Kalender für 1912. Umschlageschneidung von Th. Th. Deine. Geb. 1 Mark. Verlag von R. Langen, München.
- Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgesetz. Vom 12. Juli 1911. 7. Aufl. Berlin, Ullrich. 16. Geb. in Leinen 3 Mark.
- Kulturkonfessionsalismus. Von A. Räder. 28 S. „Deutsche Reichspost“, Stuttgart.
- Uns Natur und Weltwelt. Bd. 176. — Führende Decker. Von A. Kohn. Bd. 352. — Einführung in die Biogenie. Von R. D. Bd. 353. — Politische Geographie. Von E. Schuler. Einzelband 1 Mark, geb. 1,25 Mark. G. Teubner, Leipzig.
- Die weltlichen Gefänge des Goldes. Herausgegeben von G. Ullrich. 1 Mark. R. Piper u. Co., München.
- Die Handarbeit, der Grund- und Eckstein der harmonischen Bildung und Erziehung. Von Robert Seidel. Brixen. Art. Institut Ullrich Jahrl. 50 Pf.
- Bericht des Sozialdemokratischen Vereins für den 11. habsburgischen Reichstagswahlkreis vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911. 30 S. Mannheimer Verlagsdruckerei, Mannheim.

Wasserlands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserland	am		seit	
	2.8.	2.8.	2.8.	2.8.
Remel, Tiffi	81	-8	81	2.8.
Bregel, Ankersburg	-49	+2	81	2.8.
Wiesfel, Horn	-20	-2	81	2.8.
Oder, Halber	86	0	81	2.8.
„Krossen	21	0	81	2.8.
„Frankfurt	32	-1	81	2.8.
Saale, Schwarm	-40	0	81	2.8.
„Landsberg	-64	-4	81	2.8.
„Kette, Bismarck	-48	-2	81	2.8.
„Elbe, Diermerg	-105	-5	81	2.8.
„Dresden	-216	+3	81	2.8.
„Harz	-13	-1	81	2.8.
„Magdeburg	6	-4	81	2.8.
Wasserland	am	seit	am	seit
Saale, Großsch	38	2.8.	38	2.8.
„Oabel, Spandau	6	-1	38	2.8.
„Rathenow	-9	+1	38	2.8.
„Spreew	56	0	38	2.8.
„Beelitz	83	-1	38	2.8.
„Witten	-130	0	38	2.8.
„Witten	-60	0	38	2.8.
„Rhein, Rastowkanal	588	0	38	2.8.
„Rath	164	-1	38	2.8.
„Rath	170	-2	38	2.8.
„Rath	30	+2	38	2.8.
„Rath	—	—	38	2.8.
„Rath	—	—	38	2.8.

+) + bedeutet Wind, — Null, — ? Unterbrecht.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69
(Laden)
Wir empfehlen:
Franz Mehring
Deutsche Geschichte
Vom Ausgange des Mittelalters
Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende
Teil I und II je 1,25 Mark. — Beide Teile zu einem Bande vereinigt, gebunden 2,50 Mark

Riesen-
Auswahl

Beispiellose Leistungsfähigkeit

Riesen-
Auswahl

beweisen wiederum unsere

25 Pf. und 95 Pf.-Tage

Hierunter eine kleine Auslese:

3 Teller, tief od. flach, blau Ztblm.	25	1 Paar Bestecke, Solinger	25	1 Pancelbrett für 6 Tonnen und 6 Gewürztonnen, zus.	95	1 Terrac, dekor., f. 6-12 Pers.	95
3 Kompottschüsseln	25	3 Küchenmesser	25	1 Küchenhandtuchhalter, Hartholz	95	1 Kuchenteller, Delft	} zus. 95
1 Bratenschüssel	25	1 Wandspiegel	25	1 Garderobeneiste, Eichenm. & Nickelh.	95	1 Milchtopf,	
1 Milchtopf, echt Porzellan, dekor.	25	1 Bürstenkasten, l. geschnit.	25	1 Garderobeneiste, Eichenm. & Nickelh.	95	6 Teller, echt Porzellan, tief oder flach	95
2 Paar Tassen	25	1 Kaminkasten, l. geschnit.	25	1 Wandspiegel, groß	95	6 Teller, Dessort- m. Goldr., Porz.	95
1 Teller, echt Porzellan, tief oder flach	25	1 Spirituskocher, sehr sparsam	25	1 Rosshaarbesen	95	1 Kaffeekanne, echt Porzell., m. Goldr.	95
1 Kuchenteller, echt Porz., dekor.	25	1 Rohrausklopfer	25	1 Marknetz, extragr. mit Bügel und Holzgriff	95	1 Satz Schüsseln, 7teilig	95
1 Menage, echt Porz., Salz, Pfeffer, Mostr.	25	6 Kleiderbügel	25	1 Wachsachtasche, groß m. Ecken	95	1 Waschgarnitur, bestehend aus: 1 Krug, 1 Waschsüssel, 1 Seifenapf.	95
1 Kartoffelschüssel mit Deckel	25	3 Stullenbrettchen, Schweinform	25	1 Eierschrank f. 24 Eier mit Schloß	95	1 Käseglocke { neu, Steinchen- muster, zus.	95
1 Butterdose, bunt	25	2 Schock Klammern	25	1 Wasserleitungsschoner, dekor.	95	1 Satz Kompottschüsseln, Steinchenmuster, 3 Stück	95
2 Einmach-Steintöpfe	25	1 Messerputzbrett	25	1 Küchenlampe m. gut. Brenner u. Spiegel	95	1 Bierservice, Krug u. 6 Gläser	95
1 Kaffeekanne, echt Porz.	25	1 Quirlbrett, 6teilig	25	1 Waschständer	95	6 Weingläser mit Tablett	95
1 Kaffeeservice, Kanne m. Sahnt, neu	25	1 Stuhlsitz	25	1 Waschsüssel } zus. 95		12 Bierbecher, mit Goldrand	95
1 Kaffeebüchse od. Zucker, blau od. bt.	25	1 Wäscheleine	25	1 Seifnapf	95	1 versilb. Aufsatz	95
2 Weingläser	25	1 Streichholzständer mit Aschbecher	25	1 Brotbüchse, neubl. od. Delft	95	1 versilb. Rauchs-service	95
100 Sorten Nippes-Gegenstände, Wert das Doppelte, Stk.	25	1 Frisierkamm, schwarz oder braun	25	1 Kaffeemühle	95	1 mod. Damen-Handtasche	95
1 große runde Reibe, 3 teilig	25	3 Stück f. Toilett-Seife „Spezialmarke“	25	1 Kaffee-Lot } prima Werk, zus. 95		1 Emaille-Eimer, dekoriert	95
1 großes Haarsieb	25	1 Wachs- oder Kleiderbürste	25	1 Reibmaschine, prima Werk	95	1 Emaille-Wanne, ca. 35 cm.	95
1 Hüllschippe, neublau	25	2 Scheuertücher, starke Qualität	25	1 Emaillier-Hülleimer, groß	95	3 Küchenbüchsen, 1 Pfd., Delft-Dek.	95
2 Rollen Klosettpapier	25	1 Sturzkaraffe mit Glas	25	1 Emaillier-Eimer	95	6 Victoria-Becher, mit Goldr., 0,2	95
3 EB- und 3 Teelöffel, zusammen	25	1 Glas-Butterdose, schönes Muster	25	1 Schauertuch } zus. 95		2 Blumentöpfe, extragroß	95
2 Apacca-Teelöffel	25	1 Glas-Käseglocke	25	1 Bürste	95	6 Apacca-Kaffeelöffel	95
1 Apacca-Eßlöffel	25	1 Glas-Kuchenteller	25	1 Satz Töpfe, Porzellan, 6 Stück	95		
		3 extrastarke Bierbecher	25	3 Vorrats-tonnen, modernes Muster (kompl. Garnitur vorrätig)	95		
		100 diverse praktische Gebrauchs- gegenstände, Wert d. doppelte, St.	25	2 Satz Mehlresten, große Form	95		

L. Katz & Co.

Bergstr. 65, am Ringbahnhof Rixdorf Bergstr. 65, am Ringbahnhof

Zehn billige Anzug-Tage!

Dauer vom Sonnabend, den 5. August bis Dienstag, den 15. August inkl.



Wir verkaufen während dieser Zehn billigen Anzug-Tage **grosse Mengen Anzüge** zu ganz erheblich billigeren Preisen, darunter ein grosser Teil Schaufenster-Modelle bis zur Hälfte des früheren Wertes

PREISLAGEN:

10 ⁰⁰	12 ⁰⁰	14 ⁰⁰	16 ⁰⁰
18 ⁰⁰	20 ⁰⁰	22 ⁰⁰	24 ⁰⁰
26 ⁰⁰	28 ⁰⁰	30 ⁰⁰	32 ⁰⁰

Grosse Mengen

Jünglings- u. Knaben-Anzüge ganz bedeutend unter Preis

Leske & Lehrer

Spezial-Haus guter Herren- u. Knaben-Bekleidung
78 Kottbuser Damm 78

Falsche Sparsamkeit ist es, wenn Sie nicht bedacht sind, **Wanzen u. Schwaben mit Brut** auszutreiben. **Platopulver** schafft garantiert Abhilfe. Pack. 1 00 W., Pack. II 75 Pf., nur echt durch **Drogerie Finsterbusch,** 80., Staliner Str. 63/64.

Hüte in allen Preislagen. **R. Weidner, Hutmacher,** Prinzenstr. 57, an der Dresdener Str. Fahrgehd wird vergütet.

Jugend-Liederbuch



Preis: kartoniert 25 Pf. Gebunden 35 Pf. Zu beziehen durch die **Buchhandlung Vorwärts** Berlin SW, Lindenstraße 69 (Laden) und alle Zeitungsausgabestellen des „Vorwärts“.

10 Mark monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß **J. Tomporowski, Schneidermeister,** Lindenstr. 110. (Wlge-Welle) Verkauf Preisermäßig. & gut. Sig. w. garant. eigenes Stofflag.

Ein Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Vielfachen Wünschen folgend, hat sich der unterzeichnete Verlag entschlossen, die im Rahmen der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erscheinenden Hefte zu Bänden zu vereinigen. Vorerst ist erschienen:

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Band I.

Der erste Band enthält die ersten zwanzig Hefte der mit so großem Beifall aufgenommenen Bibliothek. Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält viele Illustrationen, und präsentiert sich in einem schmucken Einband. Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. — Das erste Lebensjahr. — Gesundheitspflege des Nervensystems. — Der Käftstundentag. — Alkoholtrage und Arbeiterkaffe. — Das Schulland. — Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. — Nahrung und Ernährung. — Wie sollen wir uns kleiden? — Der Arbeiterschutz. — Frauenleiden und deren Verhütung. — Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. — Vom medizinischen Aberglauben. — Das Wasserleitwerkzeug in der Gesundheitspflege des Arbeiters. — Verhütung und Heilung des Stotterns. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. — Zähne und Zahnpflege. — Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. — Der Geschlechtstrieb. — Die Krankenpflege im Hause. — Die Proletarierkrankheit.

Preis 4,50 Mark.

Buchhandlung Vorwärts, SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Bibliothekleiter

seien darauf hingewiesen, daß soeben ein neuer Band der gern gelesten Zeitschrift „In freien Stunden“ zur Ausgabe gelangt ist. Vielen Wünschen folge gebend, hat sich der Verlag entschlossen, eine Anzahl Bände auf gutem Papier drucken zu lassen. Der Preis beträgt in Halbfanz gebunden 5 M., auf geringerem Papier Halbfanz 4 M., Leinen 3,50 M. Als Hauptroman ist in dem Band der rühmlichst bekannte Roman von Karl Spindler

„Der Jude“

enthalten. — Der weitere Inhalt ist wie sonst reichhaltig und interessant.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, Laden.

Warenhaus Hermann Tietz

Von Sonnabend
bis Mittwoch

Frankfurter Allee

Sowelt Vorrat

Extra-Verkauf in fast allen Abteilungen zu Einheits-Preisen

Kleiderstoffe

Blusenstoffe hell gestreift	} 85 Pf.
Kleiderstoffe doppeltbreit, gemust.	
Volle reine Wolle, ca. 110 cm breit	} 125
Volle mit eleganten Seidenstreifen	
Kostümstoffe grau meliert	
Kleider-Alpaka moderne Streifen	

Waschstoffe

Musseline ca. 80 cm breit	} 30 Pf.
Foulardine seidenglänzend	
Blusen-Zephir in versch. Streifen	} 45 Pf.
Mako-Batist bedruckt in Punkt- und Streifenstellungen	
Foulardine mit Seidenglanz, aparte Dessins	
Kleiderleinen Imitation, farbig	
Schweizer Stickereistoffe	} 65 Pf.
Chiffon-Volles in vornehm. Dessins	
Weiss Mull gestreift und gepunkt.	

Strumpfwaren

Damenstrümpfe englisch lang, schwarz und lederfarbig	} 30 Pf.
Damenstrümpfe deutsch lang, schwarz u. lederfarb., gestrickt	
Herrensocken schwarz, leder-, mako-farbig	} 55 Pf.
Herrenschweisssocken meliert	
Damenstrümpfe englisch lang, geringelt	
Damenstrümpfe 1/2 durchbroch., schw. und lederfarbig	
Herrensocken schwarz geringelt u. lederfarbig	} 80 Pf.
Damenstrümpfe englisch lang, geringelt und Knienmuster	
Damenstrümpfe 1/2 durchbroch., schw., leder, feinfarb., Flor	
Herrensocken langgestreift, schwarz u. farbig, bestickt	
Herrenschweisssocken wollegem.	} 110
Damenstrümpfe englisch lang, schwarz, leder, u. fein, Flor	
Damenstrümpfe durchbrochen, in schönen neuen Farben	
Damenstrümpfe farbig, Knienmuster, bestickt	
Herrensocken lang gestreift und bestickt	

Herren - Artikel

Bunte Garnitur Serviteur und Manschetten	} 65 Pf.
Gummiträger für Herren	
Serviteur mit Falten, gr. Form	} 85 Pf.
Breite offene Binder u. Regattes	
Gummiträger für Herren	
Serviteur extra grosse Form	
Offene breite Binder u. Regattes	} 190
Oberhemden Perkal-Einsatz und Manschetten, bunt	
Oberhemden Perkal u. Zephir, durchgeh., bunt m. festen Manschetten	
Oberhemden mit waschbarem Einsatz und Manschetten	
Herren-Hüte steif, Haarfilz	
Herren-Hüte weich, Wollfilz	165

Schürzen

Kinderschürzen aus gut. Gingham, mit Bords garn., 45-60 cm	} 45 Pf.
Kinderschürzen aus weissem Batist, m. Stick-Eins., 45-60 cm	
Tändelschürzen in verschiedenen Ausführungen durchweg	} 95 Pf.
Haus-, Nieder- und Reformschürzen aus gutem Gingham	
Kinderschürzen hübsch, verarbeitet, 45-75 cm lang	
Tändelschürzen mit und ohne Träger, moderne Verarbeitung	

Damen-Konfektion

Weisse Blusen mit Spitzen und Stickerei	} 75 Pf.
Farbige Blusen aus guten Waschstoffen	
Unterröcke aus Waschstoffen	} 150
Kostümröcke aus weissem Satin	
Staubmäntel aus gewirnten Stoffen	
Batistblusen mit Einsätzen und Stickerei	
Damenblusen aus Batist u. Wasch-Voile	} 275
Stickerei- u. Batistkleider mod. Fass.	
Matinees aus reinwollenem Musselin, mit Spitzen garniert	} 490
Unterröcke aus Alpaka oder prima Satin	
Tüll- od. Spachtelblusen ganz gefüttert	
Kostümröcke aus prima Waschstoffen, Alpaka oder englisch gemustert. Stoffen	
Kostüme aus leinenartigen od. englisch gemusterten Stoffen	} 675
Loden-Capes grau oder oliv imprägniert	
Herbst-Paletots aus guten Stoffen	
Kostümröcke in eleganter Ausführung	

Kinder-Konfektion

Knaben-Hosen einfarbig oder gestreift	} 40 Pf.
Knaben-Blusen aus gestr. Waschstoffen	
Russenkittel aus Waschstoffen	} 75 Pf.
Mädchen-Kleider a. bunt. Waschstoff.	
Knaben-Anzüge hochgeschlossen	
Knaben-Hosen aus melierten Stoffen	
Matrosen-Kleider kleine Grössen	} 165
Knaben-Waschanzüge Ia. Qual.	
Kinder-Kleider aus guten Waschstoffen mit Bordüre	
Kittel-Anzüge u. Kleider m. Matrosenkragen	} 275
Capes aus blau Cheviot mit rotem Capuchon, für 3 bis 14 Jahre	
Schul-Anzüge aus blauem Cheviot oder Buckskin-Stoffen	
Mädchen-Kleider aus Barchent od. guten Waschstoff, f. 5-12 Jahre	

Damen-Wäsche

Taghemd mit gestickter Passe	} 95 Pf.
Nachtjacke mit Langette	
Beinkleider Knie- od. lange Form m. Stickerei	
Anstandsrock mit Langette	} 125
Taghemd Fassung oder Passenform	
Nachtjacken aus gut. Stoffen mit Langette	
Beinkleider Knie- od. lange Form, mit Stickerei-Ansatz	} 85 Pf.
Untertaillen mit Stickerei und Banddurchzug	

Seidenstoffe

Blusen-seide hell u. dunkel gestreift	} 95 Pf.
Tussah Roh-Seide	
Serge halbeiden Jackenfutter	} 125
Blusen-seide Taffet- und Messaline-Streifen	
Schotten mit Atlasstreifen	
Merveilleux schwarz, gute Qualität	

Handschuhe

Lange Halbhandschuhe Jacquard-Gewebe	} 15 Pf.
Lange Fingerhandschuhe ca. 45 cm lang	
Kurze Handschuhe glatt und durchbrochen	} 28 Pf.
Kurze Halbhandschuhe Zwirn ohne Spitze	
Lange Halbhandschuhe Seide, schwarz	
Lange Handschuhe eleg. Jacquard-Dessin	
Kurze Handschuhe poröse u. glatte Gewebe m. 2 Druckkn.	} 55 Pf.
Kurze Halbhandsch. Poröse, m. Spitze u. 1 Druckknöpf.	
Lange Halbhandschuhe Seide	} 85 Pf.
Lg. Fingerhandschuhe Perleket, Form Mousquetaire	
Kze. Fingerhandsch. in Leinen-Imit., durchbr., 2 Druckkn.	
Herren-Handschuhe Leinen-Imit.	
Lange Halbhandschuhe reine Seide	} 85 Pf.
Lange Fingerhandschuhe Seide, ca. 40 cm lg.	
Kurze Halbhandschuhe Seide, poröse, 2 Druckkn.	
Herren-Handschuhe in Leinen-Imit.	

Trikotagen

Herren-Hemden Imitation Mako	} 85 Pf.
Herren-Hosen Mako-Imitation	
Knaben-Sweater uni u. geringelt	} 125
Herren-Hemden Mako-Imitation	
Herren-Hosen Mako-Imitation	
Einsatz-Hemden Eleg. Muster	
Sporthemden einfarbig u. geringelt	} 175
Herren-Hemden Mako	
Herren-Hosen Mako	
Sporthemden geringelt	} 175
Einsatz-Hemden eleg. Dessins	

Schuhwaren

Damen-Plüschpantoff. m. Ledersohl. und Fleck	} 85 Pf.
Dam.-Tuch-Reiseschuhe mit Bindfadensohl.	
Mädchen-Lederohrenschuhe Gr. 31-33	} 175
Dam.-Meltonschlupfer in schön. Farb. m. Ledersohle	
Herren-Leder-Schuhe rot und schwarz	} 290
Dam.- u. Herren-Leder-Reiseschuhe rot und schwarz	
Kinder-Boxcalf-Stiefel schwarz Gr. 21-28	} 390
Damen-Segeltuch-Stiefel grau	
Dam.-Lasting-Zugstief. m. anal. und höh. Absatz	
Kinder-Ziegenlederstief. braun, Gr. 25-28	} 690
Kinder Chevr.- u. Boxc.-Stief. Gr. braun, 31-33	
Damen Chevr.-Halbschuhe m. Darby-schnitt	
Damen-Stiefel schwarz Leder mit Lackkappen	

1 Satz Näpfe gerippt (7 Stück)	85 Pf.
1 Satz Töpfe dekoriert (6 Stück)	85 Pf.
1 Brotkorb durchbrochen (oval) fein dekoriert	85 Pf.